

G7426 E

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 3/März 1987

18. Jg.

3,- DM



75 JAHRE
ANIC

Inhalt

Kommentar: Dämpfer für Bonner Hardliner	3
Südafrika Oliver Tambo: Vorwärts zur Volksmacht!	4
Malawi Banda – Südafrikas Komplize	8
Mosambik Interview mit dem neuen Präsidenten Joaquim Chissano	11
Ermittlungsstand zum Absturz Machels	11
China Studentenproteste – Kontroversen um politische Reformen	13
Vietnam 6. Parteitag der KP Vietnams auf Erneuerungskurs	16
Palästina König Husseins Westbank-Krieg gegen die PLO	20
Nikaragua – BRD Von der Städte- zur Länder- partnerschaft?	27
Brasilien Trägerischer Wirtschaftsaufschwung	28
Ökologie Vietnams Kampf gegen das Ökozid	31
Sowjetunion und Dritte Welt Sowjetische Rüstungstransfer (I)	34
Frauenbewegung Das Beispiel Gertrude Shope: ANC-Frauen in vorderster Front	39
Kultur Interview mit der chilenisch- peruanischen Schriftstellerin Isabel Allende	41
Rezension: Guatemala aus der Nähe betrachtet	43
Lesermeinungen zur Türkei, China	44
BRD-Infodienst: Broschüre über die IGM, Philippinisches Volkstheater, Be- atrix Brinkmann freilassen, BRD – Li- banon, Südafrika als Thema des 22. Kirchentages, Konrad-Adenauer-Stif- tung gegen Grüne, Türkei und Men- schenrechte	44
Kurzinformationen: Verschuldungskri- se, Islamische Konferenz, Indien – Pa- kistan, Tschad, Sambia, Philippinen, Mittelamerika, Ekuador, Chile	46



Südliches Afrika

S.4

Im Januar d.J. beging der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) seinen 75. Gründungstag. Sein Präsident Oliver Tambo orientiert auf die Ausweitung von Volksmacht und Guerillakrieg gegen das Apartheidregime.

Mosambiks neuer Präsident Chissano klagt Pretoria der fortgesetzten Stützung der RNM-Contras an, was unterdessen vorzugsweise über Malawi geschieht. Grund genug, um das malawische Banda-Regime unter die Lupe zu nehmen.

Vietnam

S.16

Grünes Licht für tiefgreifende Wirtschaftsreformen gab zur Jahreswende der Parteitag der regierenden KP Vietnams. Mit Guy Van Linh wurde ein Vorreiter des Erneuerungskurses an die Spitze der Partei gewählt.

Was ist der Kern der vietnamesischen Selbstkritik und Neuerungen? Inwieweit färben sie auch auf die Außenpolitik ab? Diesen Fragen geht Prof. G. Giesenfeld, Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV, nach.

Brasilien

S.28

Auf den ersten Blick erscheint Südamerikas Riese im rosigen Licht. Bei den jüngsten Parlamentswahlen feierte Präsident Sarneys Regierungskoalition einen überwältigenden Sieg. Im Wirtschafts- und Kaufkraftzuwachs hat Brasilien 1986 Spitzenwerte vorzuweisen.

Wie P. Garcia zeigt, ist der Gesundheitseindruck dennoch trügerisch.

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübber-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, H. Czapek, H. Denk, I. el-Masry, M. Fey, R. Radke, G. Schucher, E. Wolf

Redaktionsschluß: 5. Februar 1987

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr, Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 0221/3600247

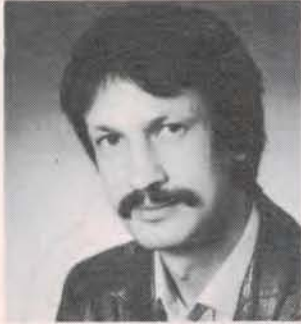
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: AIB, Postgiro Frankfurt/Main, Konto-Nr. 312 093-607 oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, Marxistische Blätter, Demokratische Erziehung, EPK, IZ3W, Mittelamerika Magazin, Atom, Südostasien-Informationen, AG SPAK

Fotonaachweis: AIM, South, AFP, FG Vietnam – BRD, AIB-Archiv, Enfoto Angola, Monimbo, Inside Asia, Time

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel



Zugegeben, das Wunschziel der bundesdeutschen Linken für die Bundestagswahl am 25. Januar d.J. ist nicht in Erfüllung gegangen. Es lautete auf Ablösung der Rechtsregierung durch eine rot-grüne Koalition. Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP haben sich, obgleich mit einer bescheideneren Parlamentsmehrheit als 1983, noch einmal über die Zielinie gerettet.

Bittere Aussichten für unsereinen wie für die Aufrechten der Dritten Welt: Helmut Kohl darf sich im Bundeskanzleramt für weitere vier Jahre als Giftmischer der Weltpolitik daneben benehmen, sei es mit peinlich geschichtsklitternden Vergleichen von UdSSR bzw. DDR mit den Hitlerfaschisten, sei es mit Waffenschiebereien für das Apartheidregime in Südafrika.

Und dennoch werden die unter dem Slogan „Weiter so Deutschland!“ angetretenen Bonner Konservativen nach dem Wahlgang vom 25. Januar nicht mehr ganz die Alten sein. Sie werden nicht mehr „so weiter“ wenden können wie in der Ära 1982-86.

Immerhin waren die „Stahlhelmer“, wie die Hardliner der Rechtskoalition genannt werden, mit der Absicht in die Wahlmanege gestiegen, der Union allein eine absolute Mehrheit zu beschern. Doch ihr Versuch, mit einer Schlußoffensive die Weichen für einen neuerlichen Rechtsruck in der Außen- und Innenpolitik (Sicherheitsgesetze) zu stellen, ging sichtlich daneben.

So mußte die CDU/CSU, trotz des für sie zu Buche schlagenden Wirtschaftsauftriebs, gegenüber der Bundestagswahl 1983 nun Verluste von 4,5% hinnehmen. Der von den „Stahlhelmen“ hart attackierten FDP hingegen gelang ein Zuwachs.

Belanglose Interna? Ich meine nein. Wir haben es hier zu tun mit einer beachtenswerten Kräfteverschiebung innerhalb des Regierungslagers zugunsten des gemäßigeren Flügels.

Sie legt dem von Kohl und den „Stahlhelmen“ verfochtenen nationalistisch-konfrontativen Rückfall hinter Reykjavik (siehe AIB-Sonderheft 4/1986) und einem beschleunigten Demokratieabbau

Steine in den Weg. Hier sollen beileibe keine Illusionen über den bourgeoisen Notnagel FDP genährt werden. Die Liberalen stehen zweifelsohne in der Wirtschafts- und Sozialpolitik an stramm gewerkschaftsfeindlichen, sozialreaktionären Wendeabsichten den CDU/CSU-Hardlinern in Nichts nach.

Und doch bergen der Gewichtszuwachs der Liberalen und der Differenzierungsprozeß in der Regierungskoalition die Chance in sich, daß die seit der Wende stetige Verschiebung der Bonner Welt- und Innenpolitik nach Rechts zumindest punktuell gestoppt, wenn nicht zurückgedrängt werden kann. Darauf verweist beispielsweise die Rede des Außenministers Genscher im Februar d.J. auf dem Weltwirtschaftsforum von Davos, in der er den Westen zu einer konstruktiveren Antwort auf Gorbatschows „neue Politik“ anhielt.

Sind dies bloße Gedankenspiele oder Pflöcke gegen die Vollendung der Wende in der Bonner Außen- bzw. Weltpolitik?

Ich meine, Letzteres kündigt sich an. Die CSU-Offensive gegen Genscher und Strauß' Eigenansprüche auf das bisher liberal geführte Außenministerium wurden vom Wahlvolk nicht honoriert.

So hatte F.J. Strauß zur Jahreswende ein Heraustreten aus „dem Schatten Hitlers“ und die „Freigabe des Waffenexports“ sowie, mit Blick auf das störende Südafrika-Waffenembargo des UN-Sicherheitsrates von 1977, verkündet: „Ein UNO-Beschluß ist nicht zwingendes Völkerrecht.“

Und das in einer Situation, da die BRD zum 1. Januar 1987 für zwei Jahre zum Mitglied des UN-Sicherheitsrates bestellt worden war!

Abschuß Genschers mißlang

CSU-Generalsekretär Tandler rückte weiter klar, daß bei einem straußgerechten Wahlsieg an eine von Genscher in Aussicht gestellte Neuauflage der Entspannungspolitik der 70er Jahre nicht zu denken, die BRD-Außenpolitik stärker an die der USA anzubinden sei. Diesbezügliche Korrekturen zum Südlichen Afrika wie zu Mittel- und Südamerika seien vonnöten. Von den Hardlinern verneint wurde auch die Reykjaviksche Nulllösung für die in Europa stationierten atomaren Mittelstreckenraketen.

Von daher war das Ergebnis des 25. Januar zum Gutteil ein Votum für Genschers und gegen Strauß' außenpolitische Grundlinie.

Andernteils bedeuten das Wahlplus der Grünen (größter Zuwachs von 2,7%) und die geringeren Verluste der SPD (-1,2%)

eine generelle Kräfteverschiebung nach links. Die zu Lasten der CDU/CSU veränderte Parlaments- und Koalitionsbesetzung macht die Zweitaufgabe der Regierung Kohl labiler druckempfindlicher. Was den Bonner Konservativen in Sachen Frieden (Mittelstreckenraketen, SDI, Atomtests), Waffenexporte, Konflikt-, Schulden- und Entwicklungspolitik, demokratische Rechte, Sozial- oder Umweltpolitik aber letztlich abgerungen werden kann, hängt in erster Linie davon ab, wie kraftvoll die außerparlamentarischen Bewegungen die erweiteren Möglichkeiten auch im Innern der Bonner Festung nutzen.

Die Aussichten dafür sind mit dem dortigen Positionsgewinn der Grünen gewachsen, darf man doch von ihnen auch im nächsten Bundestag die entscheidene Vertretung der Anliegen der radikal-demokratisch-antiimperialistischen Bewegungen, des „Drucks der Straße“ erwarten.

Regierung Kohl druckanfälliger

Es steht zu hoffen, daß angesichts des Scheiterns von Raus Ausgrenzungskurs gegenüber den Grünen innerhalb der Sozialdemokratie die Bereitschaft zum Miteinander im Kampf gegen Rechts wächst.

Diesen Annäherungsprozeß in Richtung Abrüstung, Abwehrfront gegen die „Stahlhelmer“ bzw. deren Nachbeter Kohl und in Richtung „großes Bündnis der (gesamten) Linken“ (Hans Dieter Hüsch) ein Stückchen weiter zu befördern, das war auch ein Verdienst der Friedensliste (0,5% Erststimmen).

Das Wissen darum, daß die Entfaltungsmöglichkeiten dieser Oppositionskräfte und ihr Zusammenwirken mit den Massenbewegungen längst nicht ausgeschöpft sind, zeigt einmal mehr an: Die Aussichten, der Regierung Kohl künftig wirksameren Druck zu machen, ja gelegentlich Teilerfolge abzutrotzen, sind nach dem 25. Januar gestiegen. Dies gilt gerade für das Feld der Außenpolitik, für die Friedens- und Solidaritätsbewegung. Man darf hier freilich nichts dem Selbstlauf überlassen. Und es bedarf der Konzentration der Kräfte auf die weltpolitisch bedeutendsten Angriffsflächen. So etwa auf die Abrüstung der atomaren Erstschlagspotentiale. So auf die U-Boot-Affäre, d.h. den Stopp der bundesdeutschen Waffenexporte an Südafrika, in die Dritte Welt. So auf die Beseitigung der Bonner Bremsklötze in Sachen Sanktionen gegen Apartheid-Südafrika. Auf einen groben Klotz gehört bekanntlich ein grober Keil. **Wolfram Brönnner**

Anfang Februar d.J. kündigte Südafrikas Präsident Pieter W. Botha für den Mai 1987 Parlamentswahlen an, allerdings nur für die weiße Minderheit. Die Idee der Bildung einer Parlamentskammer in Pretoria auch für die schwarze Bevölkerungsmehrheit (73%) hingegen verwarf er ebenso wie Verhandlungen mit der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC). Ferner soll der im Juni 1986 verhängte Ausnahmezustand zumindest bis zum Wahlakt verlängert werden. Daß US-Außenminister Shultz unterdessen in Washington einen Dialog mit ANC-Präsident Oliver Tambo aufnahm, paßte den unnachgiebigen Apartheidregenten gar nicht in den Kram. Wenngleich mit der Repressionswelle in den letzten Monaten der Spielraum der Anti-Apartheid-Opponenten in Südafrika arg eingengt und Massenproteste eingedämmt werden konnten, ist der Volkswiderstand keineswegs zerschlagen, sind neue Aufstandsbewegungen nur vertagt. Der ANC, der am 8. Januar d.J. den 75. Jahrestag seiner Gründung ohnehin in der Illegalität beging, orientierte denn auch vorrangig auf die Wiederintensivierung des Massenkampfes und bewaffneter Aktionen im Jahr 1987. Dies sind Kernaussagen der von O. Tambo anlässlich des 75. Jubiläums in Lusaka vorgetragenen Erklärung des Nationalen Exekutivkomitees des ANC, die wir dokumentieren.

Oliver Tambo Vorwärts zur Volksmacht!

(...) In vielen Teilen des Landes unternahm man konkrete Schritte zur entstehenden alternativen Macht, indem die Herrschaftsstrukturen des Feindes zerstört und Organe der Volksmacht errichtet wurden. Die Erfolge, die wir hierbei erzielt haben, bedeuten, daß das Apartheidregime in vielen Teilen Südafrikas die administrative Kontrolle über uns verloren hat.

Diese Entwicklung ist von unschätzbare historischer Wichtigkeit für den Erfolg des revolutionären Kampfes. Sie hat uns die Grundlage dafür geschaffen, entscheidend weiterzukommen in Richtung unseres gemeinsamen Ziels.

In den letzten Jahren haben wir oft von revolutionären Stützpunkten unter den Massen gesprochen als einem wichtigen und zentralen Element unserer strategischen Überlegungen.

Pretoria verlor die Kontrolle

Unser Erfolg bei der Zerstörung der administrativen Kontrolle des Feindes über große Gebiete unseres Landes stellt einen Höhepunkt beim Aufbau dieser Stützpunkte dar. Der Feind sieht, daß der Verlust der Kontrolle das Apartheidssystem zum Untergang verurteilt. Deshalb hat es auf die militärische Kontrolle zurückgreifen müssen.

Die Verhängung des nationalen Aus-



nahmezustands, in der Mitte des „Jahres der Armee des Volkes“ (ANC-Titulierung für 1986; d. Red.), und später die Verkündung der Pressezensur, die die Presse zur stummen Bedeutungslosigkeit verurteilte, waren Elemente des Programms, den Menschen eine militärische Kontrolle aufzubürden, mit dem Kriegsrecht zu herrschen.

Dies war Teil des Prozesses, welcher bereits dazu führte, daß u.a. der sog. Staatssicherheitsrat eingerichtet, die Armee auf dem Land, in den städtischen Wohngebieten (Townships) der Schwarzen sowie in den Schulen eingesetzt und die – wie der Gegner sie nennt – Gemeinschaftsverwaltungs-Zentren (Joint Management Centre) geschaffen wurden.

Es gibt heute kaum ein anderes Land in der Welt, das einen solchen Militarisie-



rungsgrad ertragen muß, wie sie das Apartheidregime unserer Gesellschaft aufgebürdet hat.

Wir haben den Gegner gezwungen, auf sein letztes verzweifeltes Mittel zurückzugreifen – die Militärdiktatur. Durch den Kampf haben wir den Feind dazu gezwungen, offen und durch seine Praxis einzugestehen, daß seine Macht letztlich auf der Gewalt der Waffen beruht. (...)

Wir müssen uns im Kampf vereinigen und gemeinsam dem Sieg entgegenschreiten. Eine der grundlegenden Aufgaben, denen wir uns in der Zukunft gegenübersehen, ist die, daß wir unsere Offensive für die Zerschlagung der Organe der Staatsmacht der Apartheid und für den Aufbau von Organen der Volksmacht an ihrer Stelle fortsetzen und ausweiten sollten. Unsere Ziele müssen die Schaffung revolutionärer Stützpunkte unter den Massen in allen schwarzen Gebieten im ganzen Land und eine strategische Offensive gegen den Feind in seinen Festungen in den Städten und Großstädten sein.

Die Kampagne, das Land unregierbar und die Apartheid unwirksam zu machen, muß zur Entstehung dieser Stützpunkte führen, die sich durch eine Anzahl von Merkmalen auszeichnen müssen. Eines davon ist, daß die Volksmassen nicht nur ein hohes politisches Bewußtsein haben, sondern auch am Kampf zu ihrer Befreiung teilnehmen sollten. Weiterhin sollten die Menschen in demokratischen Massenorganisationen organisiert werden, die ihre Mobilisierung und Aktivierung sicherstellen müssen.

Es ist ebenso lebenswichtig, daß jeder revolutionäre Stützpunkt unter den Massen seine Kampfgruppen haben muß, die beides gewährleisten, die Verteidigung der Menschen und die Durchführung bewaffneter Angriffe gegen den Feind außerhalb des eigenen Gebietes und

überall im Land. Diese Kräfte, die in und unter dem Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation, bewaffneter Arm des ANC; d. Red.) organisiert sind, müssen notwendigerweise unter den Menschen verankert sein und aus dem Volk selbst kommen. Sie müssen von dem einzigen Ziel beseelt sein, gegen das rassistische Regime zu handeln, um die Beteiligung am Volkskrieg zu fördern.

Von zentraler Bedeutung ist ebenso, daß jeder revolutionäre Stützpunkt der Massen starke Untergrundeinheiten unserer Bewegung, des ANC, haben muß, damit dieser seine Vorhutrolle wahrnehmen kann, während wir einen neuen Angriff gegen das Apartheidregime richten.

Wie wir schon gesagt haben, müssen die organisierten Strukturen des ANC selbst weiterhin das volle Vertrauen des Volkes genießen, weil sie aus unseren besten Söhnen und Töchtern bestehen, die nichts anderes erstreben als den Massen zu dienen.

In vielen Teilen unseres Landes haben wir bereits wichtige Fortschritte zur Schaffung dieser revolutionären Stützpunkte unter den Massen gemacht. Wir haben zahlreiche feindliche Organe der Apartheidherrschaft zerstört.

Die Volksmassen haben eine zentrale Rolle in diesem Prozeß gespielt, als aktive Teilnehmer im Kampf für ihre eigene Befreiung. Es ist uns ebenso gelungen demokratische Massenorganisationen zu schaffen, die diese bewußten und aktiven Massen vertreten. Sie reichen von Straßenkomitees bis zum Kon-

gruß südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU), der Vereinigten Demokratischen Front (UDF), dem Nationalen Komitee zur Krise in der Bildung, ihren Mitgliedsorganisationen und anderen demokratischen Formationen.

Wir haben ebenso Kampf- und Selbstverteidigungseinheiten der Massen gebildet, die eine herausragende Rolle spielten, in dem sie die Herrschaftsorgane des Feindes zerstörten und die Menschen verteidigten. Aber als ernsthafte Revolutionäre müssen wir unsere Stärken und Schwächen sorgfältig untersuchen, unsere Fehler aufdecken und korrigieren.

Möglichkeiten nicht ausgeschöpft

In diesem Zusammenhang müssen wir sagen, daß wir nicht so weit vorangekommen sind, wie wir gekonnt hätten und müssen, bezogen auf die Aufgabe, den ANC und die Volksarmee, den Umkhonto we Sizwe, innerhalb des Landes zu stärken und zu vergrößern. Wir müssen diese Frage mit noch mehr Nachdruck als in der Vergangenheit beachten.

Die zentrale vor uns stehende Aufgabe ist es, einen möglichst einheitlichen Angriff gegen das Apartheidregime zu führen, trotz der verzweifelten Gegenwehr des Feindes. Dies erfordert, daß wir große politische und militärische Kräfte organisieren, die politisch und organisatorisch einheitlich vorgehen und für dieselben taktischen und strategischen Ziele mobilisiert werden. Wir rufen alle Revo-

lutionäre auf, diese Aufgabe als eine Angelegenheit von strategischer Bedeutung zu beachten.

Dementsprechend müssen wir eine sorgfältige Einschätzung der Situation im Land treffen, um den Fortschritt, den wir gemacht haben, das Terrain, das wir noch gewinnen müssen, zu bestimmen. Wo nötig, müssen wir unsere Erfolge konsolidieren, die Straßen und Gebietskomitees und anderen Gegenstrukturen stärken; die Massenorganisationen entwickeln und stabilisieren; die Kampfeinheiten verstärken und den Einfluß unserer Vorhutbewegung, des ANC, erweitern.

In einigen Gebieten, sowohl in den Städten als auch auf dem Land, einschließlich der Bantustans, stehen wir immer noch vor der Aufgabe, den rassistischen Verwaltungsapparat zu zerstören und die Fortschritte zu machen, die wir anderswo erreicht haben. Wir fordern die revolutionären Kräfte auf, die uns zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um dem Feind auch in diesen Gebieten entgegenzutreten.

Während des letzten Jahres ist der Feind in Schrecken geraten wegen der Erfolge, die wir bei der Zerstörung seiner politischen und administrativen Kontrolle über das Volk erzielt haben.

Er war besonders besorgt über das Maß an Einheitlichkeit, das wir erreicht haben, das ganze Townships und Dörfer befähigt, als geeinte Kraft zu handeln. Die Rassisten waren besorgt, daß es, trotz all ihrer Anstrengungen das Volk



Schwarze mit Holzgewehren und der Fahne des ANC führen einen Beerdigungszug in Queenstown an

Ausnahmezustand in Südafrika

Damit die Mauer
des Schweigens
durchbrochen wird:

Unterstützt den
Freiheitssender Mandela
(Stimme des ANC)



Unterstützt den „Freiheitssender Mandela“!

Zur Jahresmitte 1986 startete das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) die Spendenkampagne „Freiheitssender Mandela“. Das AIB gehörte zu den Erstunterstützern dieser Solidaritätsaktion, die der südafrikanischen Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) und seiner Gegeninformationsarbeit nach Südafrika hinein direkt zugute kommt. Obgleich der Kampagne keine sonderliche Resonanz in den bundesdeutschen Medien beschieden war, kann sich das Startergebnis sehen lassen. Bis zum Januar d.J. waren rund 200.000 DM auf das ASK-Sonderkonto (siehe unten) eingegangen. Wir meinen: Dieser Auftakt kann nur animieren, weiterzumachen.

Erinnert sei an den Startappell des ANC-Präsidenten Oliver Tambo:

„Unterstützt unseren Freiheitskampf mit Spenden.

Helft uns beim Aufbau des 'Freiheitssenders Mandela', einer Radiostation des ANC. Damit die Lüge keine Chance mehr hat!

Damit die Wahrheit in ganz Südafrika und in der Welt unüberhörbar wird!

AMANDLA NGAWETHU! DIE MACHT DEM VOLK!“

Damit die Wahrheit unüberhörbar wird!
Einzahlungen auf das Sonderkonto Prof. Wulff,
Postgiroamt Frankfurt/Main, Nr.: 527055-602,
Kennwort „Radio Mandela“

zu spalten, unserer Bewegung gelungen war, unser Volk zu dieser einheitlichen Kraft zu schmieden. Deshalb versuchten sie ein weiteres Mal uns gegeneinander aufzubringen und jene Gruppen zu vergrößern – und den Grad ihrer Aktivitäten anzuheben –, die sie unter schwarzen Menschen als Hilfstruppen für das Apartheidsystem rekrutierten.

Diese Aktivitäten des Feindes unterstreichen einmal mehr die strategische Bedeutung der Einheit der schwarzen Massen, der grundlegenden Kraft unserer Revolution. (...)

Wir müssen die breiteste mögliche politische und organisatorische Einheit erreichen zwischen den Arbeitern und Studenten, den Frauen und der Jugend, den ländlichen und städtischen Massen, den Alten und den Jungen; Afrikanern, sog. Farbigen und Indern. Keiner unter uns sollte versuchen, seine Ansichten anderen aufzuzwingen. (...)

Wir brauchen diese Einheit in der demokratischen Massenbewegung selbst. (...) Wir sollten ... alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Stärke der Einheit, für die unsere Bewegung seit einem Dreivierteljahrhundert gearbeitet hat, in den Reihen der demokratischen Massenbewegung zu bewahren. Wir müssen alle Äußerungen der Fraktionierung, der revolutionären Arroganz und des Individualismus bekämpfen. (...)

Bringt den Krieg zum Gegner

In der kommenden Phase wird der revolutionäre Beitrag der Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampf noch mehr Bedeutung haben als in der Vergangenheit. Die Arbeiter müssen ihren Beteiligungsgrad in allen Bereichen unseres Kampfes steigern, am Arbeitsplatz und in der Gemeinde, in der politischen und militärischen Konfrontation.

Um diese Aufgaben besser ausführen zu können, müssen wir weiter hart für den Aufbau und die Stärkung der demokratischen Gewerkschaftsbewegung arbeiten. Die unorganisierten Arbeiter müssen für die Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden und alle Organisierten sollten sich unter dem Schirm von COSATU vereinigen. Wie wir in der Vergangenheit gesagt haben, glauben wir nicht, daß es irgendein entscheidendes Hindernis gibt, das eine demokratische Gewerkschaft hindern könnte, COSATU beizutreten. (...)

Wir müssen zum Sieg voranschreiten. Deshalb müssen wir den Krieg zum Feind bringen.

Wir müssen die Streitkräfte der Apartheid in den Gebieten angreifen, wo ihre Macht konzentriert ist, indem wir kraftvolle Schläge gegen die militärischen, die

wirtschaftlichen und administrativen Strukturen und Ressourcen des Feindes führen. Die gesamte revolutionäre Arbeit sollte darauf gerichtet sein sicherzustellen, daß wir die Stärke, die wir aufgebaut haben, benutzen, um diese strategische Offensive entschlossen und landesweit durchzuführen. Wir müssen die Situation schaffen, in der es dem Feind nicht länger möglich ist, unserem Angriff standzuhalten.

Die Natur der Aufgaben, die wir erfüllen müssen, erlegt den Untergrundstrukturen des ANC und des Umkhonto we Sizwe besondere Verpflichtungen auf. (...)

Das Ziel, unsere bewaffnete Offensive in einen Volkskrieg zu verwandeln, bleibt eines, das wir mit dem größtem Einsatz verfolgen müssen.

Dies ist besonders bedeutend im Licht der strategischen Aufgaben, die wir gerade diskutiert haben. Unsere militärische Massenoffensive muß darauf gerichtet sein, die Verluste der Streitkräfte des Gegners zu erhöhen, diese Kräfte zu zerstreuen und zu verringern, es schließlich unmöglich für sie zu machen, sich selbst zu verteidigen, und die materiell-wirtschaftliche Basis auszuhöhlen, die es dem Apartheidregime erlaubt, sich an der Macht zu halten.

In diesem Prozeß müssen wir gewährleisten, daß wir unsere Kampftruppen zu einer wirklichen Volksarmee, in ihrer nationalen und sozialen Zusammensetzung, in ihrer Größe, Schlagkraft und der Natur ihrer Operationen ausbauen. Sie muß sich weiterhin unterscheiden von den Todeskräften der Apartheid durch die Tapferkeit ihrer Kämpfer, ihre Verpflichtung für die Sache der Befreiung und des Friedens und durch ihre Weigerung, gegen Zivilisten zu handeln, gleich ob schwarz oder weiß.

Aber die Volksarmee, Umkhonto we Sizwe, muß mit all ihren Teilen entschieden gegen den Apartheidfeind handeln und die Bedingungen schaffen, in denen unsere überlegenen Kräfte schließlich das Terrorregime der Apartheid überrennen und überwinden können.

Unser Land ist in die bisher tiefste Krise verstrickt. Das Apartheidregime, und nur dieses Regime, ist verantwortlich für diese Situation.

Die Krise wird nicht enden bevor dieses rassistische Regime der Macht enthoben und von einer Regierung ersetzt ist, die von allen unseren Menschen gewählt wurde. Die weiße Bevölkerung unseres Landes, von der das Apartheidregime vorgibt seine Herrschaft abzuleiten, hat eine große Verantwortung, sich der Mehrheit anzuschließen und so dieses Ziel zu erreichen.

Schwarz-weiße Koalition

Wir wurden in der jüngsten Vergangenheit ermutigt durch die Positionen, die wichtige Teile der weißen Gemeinschaft eingenommen haben, indem sie aus der Klammer der Ideologie und Praxis der weißen Überlegenheit ausgebrochen sind. Die Gewerkschafter, Studenten, Geschäftsleute, religiösen Führer, Frauen, Politiker, Akademiker und anderen, die begonnen haben, sich nach vorn zu bewegen, werden sich schneller und weiter bewegen müssen als bisher. Die sich schnell vertiefende Krisensituation unseres Landes verlangt dies.

Sie erfordert, daß unsere weißen Mitkämpfer einen klaren Bruch mit der Vergangenheit vollziehen und selbst dem Rassismus den Krieg erklären, da er der Feind aller Menschen unseres Landes ist. Sie erfordert, daß sie die herrschende

Gruppe eindeutig als ihre Vertreterin zurückweisen, denn deren einziges Interesse besteht darin, weiter zu herrschen, ohne Rücksicht darauf wieviele unseres Volkes, gleich ob schwarz oder weiß, in diesem Prozeß noch sterben müssen. Die Tageslosung ist, daß beide, schwarz und weiß, in einer starken demokratischen Koalition zusammenkommen sollten, um den Rassisten entgegenzutreten und Seite an Seite als Gleichberechtigte für die Geburt eines neuen Südafrika zu kämpfen. (...)

Die Stunde ist gekommen, in der die Welt, insbesondere die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und andere wichtige Westmächte, endgültig erklären müssen, daß sie nicht länger zusammenarbeiten oder die Aufrechterhaltung von solchen Beziehungen und die Verübung dieser Verbrechen ermutigen werden. Es ist jetzt an der Zeit, daß die demokratische Bewegung unseres Landes überall ihren Platz als die rechtmäßige Vertreterin unseres Volkes einnehmen sollte. (...)

Durch unsere Opfer sind wir dem Siegnahen gekommen. (...) Der Feind des Volkes hat keine Möglichkeit, sich die strategische Initiative zurückzuholen. Diese Situation, die wir selbst geschaffen haben, verlangt von uns, daß wir die Zeit nutzen. Sie verpflichtet uns, die Schlacht zum Feind zu tragen, den Angriff voranzutreiben.

Im Namen des Nationalen Exekutivkomitees Eurer Bewegung, des Afrikanischen Nationalkongresses, erklären wir dieses Jahr unseres historischen 75. Jubiläums zum Jahr des Vormarsches zur Volksmacht. (...)

(Quelle: 8th January 1987, ANC calls for Advance to People's Power!, Lusaka/London, o.D., S. 3-11)



Alltag der Apartheid.

Bilder informieren, klären auf, klagen an. Aus Tausenden Fotos hat der ANC (African National Congress) über 200 eindrucksvolle Bilder ausgewählt. Sie dokumentieren mit begleitenden Texten: Lebensbedingungen der Schwarzen und der Weißen; Zwangsumsiedlung in die Bantustans; Kindheit und Jugend in der Apartheid; Diskriminierung der Frau; Arbeit und Sklaverei.

Alltag der Apartheid. Der Bildband dokumentiert zugleich Widerstand und Perspektiven eines freien Südafrika. Mit einleitenden Texten von Oliver Tambo, Präsident des ANC, und Tony Seedat, Vertreter des ANC in der Bundesrepublik.

Pahl-Rugenstein

Pahl-Rugenstein Verlag,
Gottesweg 54, 5000 Köln 51

23 x 26 cm, 144 Seiten
mit über 200 Fotos, DM 32,-

Joachim Becker Banda – Südafrikas Komplize

„Solange ich lebe, heißt die Losung für Malawi: Von den Weißen lernen.“¹ Unter dieses Leitmotiv stellt Malawis greiser Staatspräsident Kamuzu Banda seine Herrschaft.

Kurz nach der Unabhängigkeit im Jahr 1964 forderten mehrere Minister eine schnellere Afrikanisierung und stärker antikoloniale Politik, und wurden von Banda kaltgestellt. Seitdem verfolgt das malawische Regime eine neokoloniale Wirtschaftspolitik aus dem Lehrbuch.

„Wir unterdrücken den Erwerbs- und Besitzinstinkt hier nicht. Stattdessen ermutigen wir ihn.“² So verkündet der Staatspräsident auf Lebenszeit sein Credo.

Der Präsident hält als „Treuhand der Nation“, wie es offiziell heißt, 99% der Anteile an Press (Holdings) Ltd., Malawis größtem Unternehmen. Press (Holdings) Ltd. ist von Plantagen über Industriebetriebe und Einzelhandel bis zu Transport-, Banken- und Versicherungswesen krakenartig durch die gesamte Wirtschaft verzweigt.

Die ca. 120 Großplantagen des Landes gehören Europäern, transnationalen Konzernen (v.a. Lonrho und Booker Mc Connell), Press (Holdings) und – seit den 70er Jahren – auch hohen malawischen Politikern und Beamten. Auslandskapital, meist britischer und südafrikanischer Herkunft, ist auch in der schwach entwickelten Industrie und im Finanzsektor von großem Gewicht.

Den Besitzinstinkt ermutigen

Trotz vielfältiger Anreize von seiten des Regimes lassen allerdings der geringe Marktumfang, Entwicklungsstand und die abgelegene Binnenlage Auslandsinvestoren die Gewinnaussichten im industriellen Bereich in nicht allzu rosigem Licht erscheinen.

Vom Ende der 50er bis Ende der 70er Jahre stand die Expansion der exportorientierten Plantagen völlig im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. „In dieser Periode wurde der bäuerliche Sektor ausgepreßt, er lieferte Land, Arbeitskräfte, Nahrungsmittel und, via den Überschüssen von ADMARC, der staatlichen Vermarktungsgesellschaft, Kapital für den Großfarmsektor.“³

Die Bauern, so Mwakasungura, der exilierte Führer der oppositionellen Sozia-

listischen Liga Malawis (LESOMA), „arbeiten, um die Achikumbe, eine landbesitzende Klasse von Farmern, zu bereichern“.⁴ Hauptinstrument beim Auspressen der Familienlandwirtschaft, von der etwa 75-80% der 7 Mio Einwohner leben, war die staatliche Vermarktungsgesellschaft, welche die Produzentenpreise für die Produkte der Kleinbauern niedrig ansetzte. Dies zwingt zur Auf-

gleich die „Gewerkschaftsführung“ wahrnehmen. Unter diesen Umständen verwundert es nicht, daß der Anteil der Plantagenwirtschaft an den Agrarexporten von 32% im Jahr 1967 im Jahr 1981/82 auf 80% zunahm.

Tabak, Tee und Zucker erbrachten 1984 82% der Exporterlöse (1967: weniger als 65%).⁷ Die zunehmende Konzentration auf bestimmte Exportprodukte brachte



Pflücker auf malawischer Teeplantage (oben); Präsident Banda (unten)

nahme selbst schlecht bezahlter Lohnarbeit.

Viele Männer aus Malawi, das in der Kolonialzeit zu einem Arbeitskraftreservoir für Zimbabwe, Sambia und Südafrika unterentwickelt worden war, arbeiten im Ausland; allein 30.000 (1983)⁵ in Südafrika, viele auch schlecht entlohnt in der zimbabwischen Landwirtschaft.

Malawis Plantagen selbst zeichnen sich durch Niedriglöhne, katastrophale soziale Bedingungen und verbreitete Kinderarbeit aus.

„Eine jüngste Regierungsstudie legte offen, daß ein Farmerbeiter es sich nicht leisten kann, von seinem Monatslohn einen Sack Mais, ein Grundnahrungsmittel, zu kaufen“,⁶ berichtet Kanyama Chiume, exilierter Führer des Kongresses für die zweite Republik (CSR). Streiks sind verboten, die Gewerkschaften zerschlagen und durch regierungstreue Pseudogewerkschaften ersetzt.

So kann der Personalchef eines britischen Agrarmultis in Personalunion auch



eine zunehmende Abhängigkeit vom Weltmarkt mit sich.

Das Gegenstück hierzu war die vernachlässigte Familienwirtschaft, die das Rückgrat der Nahrungsmittelproduktion ist. Nach einer Dürre mußten Anfang der 80er Jahre erstmals Nahrungsmittel eingeführt werden.

Zahlungsbilanzprobleme und hohe Auslandsschulden waren weitere Facetten der Krise des in den westlichen Medien so gepriesenen malawischen Modells. Das Land hat seit Anfang der 80er Jahre gleich mehrere Kredite beim Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank aufgenommen.

Diese machten einige Auflagen: Die Regierung wertete die Währung mehrfach ab, drückte die Löhne und verabschiedete Sparhaushalte. Das Geflecht von staatlichen Unternehmen und Press (Holdings) wurde reorganisiert, einige von IMF und Weltbank vorgeschlagene Manager ernannt, Firmenanteile an Auslandsunternehmen verkauft.

Die Produzentenpreise für die Familienwirtschaft wurden deutlich erhöht. 1984 setzten IMF und Weltbank durch, daß eher die Produktion von diversen Exportprodukten denn Nahrungsmittel durch Produzentenpreiserhöhungen angeregt wurde.

Malawi hat zwar in vielen Jahren ziemlich hohe Wachstumsraten des Sozialprodukts erzielt, aber „die Aura des Erfolgs von Landwirtschaft und freiem Unternehmertum versteckt“, wie Mwakasungura von der LESOMA sagt, „soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit“. Malawi habe die höchste Kindersterblichkeit

und Erwachsenenanalphabetenquote im südlichen und östlichen Afrika.⁸

Bandas Herrschaft und neokoloniale Wirtschaftspolitik werden durch ein enges Spitzelnetz, dessen Fäden bei den paramilitärischen Jungen Pionieren zusammenlaufen, abgesichert.

Opponenten werden brutal verfolgt. Der Unterdrückungsapparat ist durch südafrikanische und israelische Anleitung perfektioniert.

1981 wurde Orton Chirwa, Führer der oppositionellen Freiheitsbewegung Malawis (MAFREMO), samt Frau und Kind aus Sambia entführt, 1983 zum Tode verurteilt und später nach weltweiten Protesten zu lebenslanger Haft begnadigt. Anfang 1983 wurde Attati Mpakati, Vorsitzender der LESOMA, mit einer eindeutig sozialistischen Orientierung die radikalste der Oppositionsgruppen, in Harare ermordet. Die Täterschaft wird allgemein dem malawischen Regime angelastet. Sein Tod war für die LESOMA ein schwerer Schlag. Versuche, eine vereinte Front der Oppositionsgruppen herzustellen, scheiterten. Über die Stärke von LESOMA, CSR und MAFREMO lassen sich keine verlässlichen Angaben machen.

Doppelspiel gegenüber Frontstaaten

Die regierende Kongreßpartei Malawis (MCP) ist völlig auf den 88jährigen Banda zugeschnitten. Dieser wechselt seine Spitzenpolitiker nach Belieben aus. Die Absetzung endete für manchen im Knast oder hatte andere fatale Folgen.

In westlichen Ländern gilt Banda als zuverlässiger Freund. Außenpolitisch band Banda Malawi in den weißen Machtblock – Südafrika, Rhodesien, die portugiesischen Kolonien – ein.

1967 nahm Malawi diplomatische Beziehungen mit Südafrika auf und schloß ein Handelsabkommen mit dem Apartheidstaat ab. Der Anteil Südafrikas an der malawischen Einfuhr stieg derart begünstigt, im Zeitraum 1966-80 von 7% auf 38%.

Südafrika leistet Malawi Entwicklungshilfe. Es half so u.a. beim Aufbau der neuen Hauptstadt Lilongwe. Der Apartheidstaat läßt das Banda-Regime auch an seinem Unterdrückungsknow-how teilhaben.

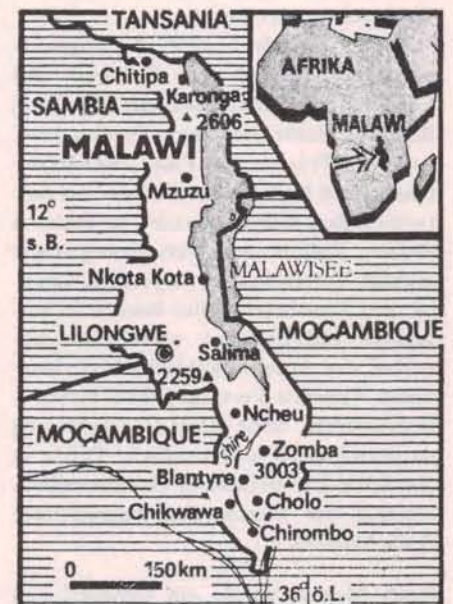
Eng war Malawi auch den portugiesischen Kolonialisten verbunden. Banda besuchte 1971 die portugiesische Kolonie Mosambik.

Malawi war in Beira mit Jorge Jardim durch einen Ehrenkonsul vertreten. Jardim war Geschäftsmann und über seine engen Verbindungen zur Geheimpolizei PIDE/DGS und zur Kolonialarmee maßgeblich an der Aufstellung von Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung be-

teiligt. Er galt bis zu seinem Tod als einer der Finanziers des Nationalen Mosambikanischen Widerstands (RNM).

Mehrere Angestellte Jardim's nahmen später führende Positionen in der RNM ein, darunter der 1983 ermordete RNM-„Generalsekretär“ Orlando Cristina, der Ende der 60er Jahre als Ausbilder der Jungen Pioniere in Malawi beschäftigt war.

1967 wurde auf Betreiben Jardim's und des PIDE die separatistisch-tribalistischen Afrikanische Nationalunion von Rombézia (UNAR) geschaffen (vgl. AIB 1-2/1987, S.12). Sie hatte ihren Hauptsitz in Malawi und genoß die „stillschweigende Unterstützung“⁹ der Regierung Malawis. Diese sah sie als mögliches Vehikel zur Schaffung eines Großmalawi, das auch Teile Nordmosambiks einschloße, an.



Nach der Unabhängigkeit Mosambiks tauchte sie unter der Bezeichnung Africa Livre wieder auf und unternahm von Basen in Malawi aus Überfälle auf Mosambik. Die Reste von Africa Livre und ihrem Umfeld gingen 1982 in der RNM auf.

Banda unterstützte auch die „interne Lösung“ in Rhodesien. Schlägertropps des hieran beteiligten Ndabaningi Sithole wurden in Malawi ausgebildet.

Nach der Unabhängigkeit Zimbabwes schien Malawi eine vorsichtige Kurskorrektur vorzunehmen. Es trat der Entwicklungskoordinierenden Konferenz des Südlichen Afrika (SADCC), die sich explizit die Verminderung der Abhängigkeit von Südafrika zum Ziel setzt, bei.

Zumindest die Schwerpunktsetzung der SADCC auf den Transportsektor entspricht den Interessen der malawischen Regierung. So liegt eine Verbesserung der Transitrouten zu den mosambikanischen Häfen Beira und Nacala im Interesse der malawischen Wirtschaft.



Malawis Regierung bemühte sich auch um wärmere bilaterale Beziehungen mit Tansania, Sambia, Zimbabwe und Mosambik, zu denen das Verhältnis durch die Kollaboration mit dem weißen Machtblock und durch dreiste territoriale Ansprüche gegen Mosambik, Tansania und Sambia sehr getrübt war. Anscheinend handelt es sich jedoch um ein doppeltes Spiel Malawis.

Infiltrierbasis der RNM-Contra

Obwohl die RNM die Transitverbindungen Malawis durch Mosambik permanent angreift und dessen Außenhandel mit enormen Extrakosten (die möglicherweise von Südafrika subventioniert werden) über lange Umwege abgewickelt werden muß, hat Malawi der RNM seit 1981 immer wieder Angriffe von seinem Territorium aus erlaubt.

Mögliche Gründe hierfür: die enge Zusammenarbeit auf den Gebieten der Sicherheit und Wirtschaft mit Südafrika; Bandas Träume von einem Großmalawi. Auch die Präsenz von FRELIMO-Deserteuren und Kollaborateuren mit der portugiesischen Kolonialmacht in Malawis Armee, Polizei und Verwaltung sowie Bandas Verbindungen zu Jardim, Cristina und Konsorten sollte man nicht vergessen. Insbesondere nach dem Abschluß des mosambikanisch-südafrikanischen Nkomati-Vertrags (1984) versuchte Südafrika, seine RNM-Unterstützung zu verschleiern und verstärkt Dritte in die RNM-Unterstützung einzubeziehen. Zentral war hierfür eine ausgeweitete Rolle Malawis.

Nach Malawi wurde ein Großteil von Südafrikas logistischer Unterstützung für die RNM verlegt. Malawi wird, so der bei dem immer noch ungeklärten Flugzeug-

absturz umgekommene Staatspräsident Samora Machel Ende Mai 1986, „von Südafrika benutzt, um bewaffnete Banditen in unser Territorium zu infiltrieren“.¹⁰

Sebastião Mabote, damals Mosambiks Stabschef, verwies im Juni 1986 auf malawische materielle und logistische Unterstützung, Bereitstellung von Reisepässen für die RNM, „die Präsenz von RNM-Basen im südlichen Malawi“ und die Tatsache, „daß südafrikanische Hubschrauber und DC-3s Flugpisten in Malawi benutzten, um RNM-Kräfte in den Provinzen in Niassa, Zambézia und Tete nachzubeliefen“.¹¹

Am 11.9.1986 konfrontierte Samora Machel, sekundiert von Zimbabwes Premier Robert Mugabe und Sambias Präsident Kenneth Kaunda, das Banda-Regime mit Beweisen über Malawis RNM-Unterstützung und forderte deren sofortige Beendigung. Andernfalls drohten sie Malawi mit einer Grenzschließung. Machel drohte seinerseits mit der Aufstellung von Raketen an der Grenze.

Zwar machte Malawis Regierung mit der Zustimmung zur Gründung einer gemeinsamen Grenzkommission eine konziliante Geste. Nach dem Treffen Bandas mit den Frontstaaten-Führern nahm aber auch die Infiltration von RNM-Banditen aus Malawi noch zu.

Diese starteten eine Offensive und versuchten, Gelände zu halten. Tausende RNM-Banditen, wußte der zimbabwische Herald am 8.10.1986 zu berichten, seien aus Malawi „ausgewiesen“ worden – mit ihren Waffen.¹²

„So nicht!“ sagt Mosambiks Regierung. Sie wünsche eine „positive Aktion“ Malawis, so Machel-Nachfolger Joaquim Chissano. „Eine positive Aktion kann in diesem Moment nicht die Ausweisung von Banditen nach Mosambik auf die

Weise, wie es das Smith-Regime tat, sein. Nach der Unterzeichnung des Lancaster-House-Abkommens (über die Unabhängigkeit Zimbabwes; d. Verf.) entleerte es die Banditen nach Mosambik, einige wurden nach Südafrika gebracht.“¹³

Augenzeugen berichteten im Spätherbst von einer fortgesetzten Unterstützung der RNM durch Malawi, einschließlich der Rekrutierung von mosambikanischen Flüchtlingen für die RNM in malawischen Flüchtlingslagern.¹⁴

Eine Kurskorrektur Malawis könnte der kurz vor Weihnachten mit Mosambik abgeschlossene „Pakt, um das bewaffnete Banditentum zu beenden“, wie ihn die simbabwische Sunday Mail (21.12.1986) bezeichnete, signalisieren. Aber es bleibt abzuwarten, inwieweit Malawi dieses Übereinkommen erfüllt.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: G. Braun/H. Weigand: Malawi; in: D. Nohlen/H. Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5, Hamburg 1982², S. 342-359, hier S. 357
- 2) African Business, London, Februar 1982
- 3) Africa Review 1986, Saffron Walden 1986, S. 169
- 4) Moto, Gweru, Nr. 47
- 5) Africa Insight, Pretoria, Nr. 2/1985
- 6) Moto, Nr. 47
- 7) Africa South of the Sahara 1986, London 1985, S. 613
- 8) Moto, Nr. 47
- 9) J. Paul, Mozambique. Memoirs of a Revolution, Harmondsworth 1975, S. 207. 1985 trat UNAR auch wieder „eigenständig“ in Erscheinung.
- 10) The Star, Johannesburg, 20.9.1986
- 11) Africa Report, New York, November-Dezember 1986; vgl. The Guardian, London, 5.7.1986
- 12) Möglicherweise ist Malawis kleine Armee zur Entwaffnung der RNM ohnehin zu schwach.
- 13) The Herald, Harare, 27.11.1986
- 14) Vgl. The Guardian 19.11.1986; The Observer, London, 30.11.1986 (der Observer-Bericht ist mit großer Vorsicht zu genießen)

südostasien informationen



Heft Nr.
4/86

Religion und Kultur

Inhalt u. a.:

- Chinesische Religion
- Kultur des Widerstands
- Vietnamesen im Exil
- Interview: Promoedya Ananta Toer
- Nationale Kultur Malaysias?



und wie immer:

Nachrichten und Literaturhinweise, zusammengestellt aus z. T. schwerzugänglichen Publikationen zur Gesamtregion und zu einzelnen Ländern: Indochina, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei, Indonesien/Osttimor, Philippinen.

Schwerpunkt des nächsten Hefts:
1/87 – PHILIPPINEN

Schwerpunkte der vergangenen Hefte:
3/86 – SOZIALE BEWEGUNGEN
2/86 – ÖKOLOGIE UND
INDUSTRIALISIERUNG
1/86 – MILITARISIERUNG
4/85 – REGIONALE KONFLIKTE

südostasien informationen

erscheinen vierteljährlich
Einzelverkaufspreis:
6,- DM
Jahresabonnement:
20,- DM für Einzelpersonen
40,- DM für Institutionen

Herausgeber und Vertrieb:
Südostasien-
Informationsstelle
Josephinenstr. 71
4630 Bochum 1
Tel.: (0234) 502748

Joaquim Chissano (47) wurde im November 1986 zum Nachfolger des verstorbenen Samora Machel (siehe AIB 12/1986, S. 4ff.) als Staatspräsident und Vorsitzender der Regierungspartei FRELIMO (Befreiungsfront von Mosambik) gewählt. Chissano gehört zu den Gründern der FRELIMO, führte 1974/75 die mosambikanische Übergangsregierung als Premierminister und danach das Außenministerium. In seiner Antrittsrede betonte Mosambiks neuer Präsident, er wolle Machels politische Grundlinie beibehalten, allerdings „die politische und wirtschaftliche Wirklichkeit der Region berücksichtigen“. Zum Jahresende 1986 konnte der landesweite Wahlprozeß mit dem Urnengang zur Nationalversammlung erfolgreich abgeschlossen werden – eine Rücken- deckung für die FRELIMO. In einem von Michel Bole-Richard in Maputo geführten Gespräch ging Chissano ins Detail.

Interview mit Joaquim Chissano

Keine Diskussion mit Terroristen



FRAGE: Nach Ihrer Ernennung ... haben Sie erklärt, die dringlichste Aufgabe sei es, die Sicherheit im ganzen Land wiederherzustellen. Welche Entscheidungen haben Sie zu diesem Zweck getroffen?

J. CHISSANO: Schon Präsident Machel hatte eine Reihe von Entscheidungen getroffen. Meine Aufgabe ist es also zunächst, diese in die Tat umzusetzen. Die wichtigste Aufgabe umfaßt eine Reorganisierung der Streitkräfte und die Stärkung der Parteistrukturen sowie eine bessere Mobilisierung der Bevölkerung. (...)

FRAGE: Haben Sie die Absicht, die UdSSR und die sozialistischen Länder um mehr Militärhilfe zu ersuchen? Oder gedenken Sie, sich an die westlichen Länder zu wenden?

J. CHISSANO: Die Ersuchen sind schon

ergangen. Was die sozialistischen Länder angeht, ist ihre Hilfe konstant.

Fast jedes Jahr erneuern wir unsere Bestellungen entsprechend unserer militärischen Aktivität. Was die anderen Länder angeht, ist das Ersuchen sowohl in allgemeiner wie in spezieller Form ergangen. (...)

Auch seitens der westlichen Länder gibt es einen Willen zur Teilnahme an der militärischen Zusammenarbeit, ich möchte sogar sagen, zur militärischen Hilfe. England hat schon einen entscheidenden Schritt getan. Es bildet unsere Männer aus und unterstützt uns materiell, wenn dies auch keine Waffen einschließt. (...)

FRAGE: Ist es möglich, jene militärisch zu besiegen, die Sie als die „bewaffneten Banditen“ des RNM (Mosambikanischer Nationaler Widerstand, siehe AIB 1-2/1987, S. 10-12; d. Red.) bezeichnen? Haben Sie jemals an Verhandlungen gedacht?

J. CHISSANO: Ich weiß nicht, ob es einen Grund gibt, um mit Terroristen zu verhandeln. Und ich sehe nicht, was die Verhandlungsbasis sein könnte.

Militärischer Sieg ist möglich

Wir wissen, daß diese bewaffneten Banditen von Anfang an „Handlanger“ Südafrikas waren. Ihre Aktionen beweisen, daß sie gegen die Interessen des mosambikanischen Volks, gegen die Unabhängigkeit selbst von Mosambik gerichtet sind.

Worüber sollten wir anfangen, mit ihnen zu diskutieren? Um sie zu bitten, daß sie keinen Terror gegen die Bevölkerung betreiben sollen? Daß sie die Fahrzeuge, die Busse nicht verbrennen sollen? Daß

Ermittlungsstand zum Tode Machels

Wochenlang war der Absturz des mosambikanischen Präsidentenflugzeugs in Südafrika vom 19. Oktober letzten Jahres trotz (oder vielleicht doch eher wegen) zahlreicher ungeklärter Fragen zur Absturzursache aus der westlichen Presse verschwunden. Dies änderte sich erst wieder Ende Januar d.J.

Der Anlaß: Am 20. Januar trat eine internationale Untersuchungskommission zu ihrer ersten Sitzung in Johannesburg zusammen. Mitglieder dieser Untersuchungskommission sind zwar beispielsweise ein US-Astronaut und ein britischer Richter, während sich mosambikanische und sowjetische Experten nicht an ihr beteiligen. Die Regierung Mosambiks ist mit den Bedingungen, unter denen diese Untersuchung durchgeführt wird, nicht einverstanden. Sie führt daher eine eigene Untersuchung durch.

Wesentlich für die Untersuchung sind die Auswertungsergebnisse von Flugschreiber und Gesprächsmitschnitten. Südafrika verzögerte die Auswertung dieser Beweismittel fast einen Monat lang. Erst danach konnten sie in Moskau bzw. Zürich ausgewertet werden. Auf gemeinsame Schlußfolgerungen aus den erhobenen Tatsachen konnten sich die sowjetischen, mosambikanischen und südafrikanischen Experten nicht einigen.

Der Anwalt der südafrikanischen Regierung, Cedric Puckrin, schloß zu Beginn der Anhörung Sabotage und eine Explosion aus; auch ein technisches Versagen der Maschine sei nicht feststellbar. Die Besatzung sei auch nicht angetrunken gewesen.

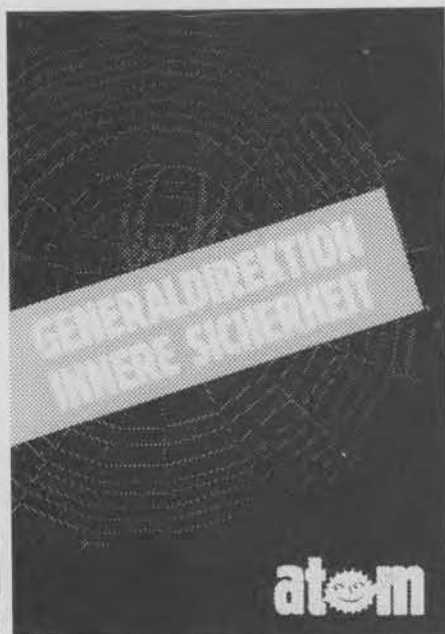
All das führt aber in der entscheidenden Frage, warum das Flugzeug so stark vom Kurs abkam, nicht weit. Die Antwort der sowjetischen Regierung, die sich auf eigene Untersuchungen stützte, lautet: Durch ein Lock-Funkfeuer, das auf der Frequenz des Flughafens von Maputo arbeitete, habe man falsche Flugdaten übermittelt.

Eine irrtümliche Verwechslung von Funkfeuern, beispielsweise dem von Nelspruit und Maputo, ist auszuschließen, da sich überschneidende Funkfeuer auf unterschiedlicher Frequenz arbeiten müssen. Ein Mann, der sich als Offizier der südafrikanischen Luftwaffe ausgab, sagte in einem anonymen Telefonanruf bei einer Nachrichtenagentur in Johannesburg, am 19.10.1986 sei an der Grenze zu Mosambik ein bewegliches Richtfunkgerät aufgebaut worden, um das Flugzeug von seinem Kurs wegzuködern.

Auffällig ist, daß die südafrikanischen Streitkräfte in Nord- und Osttransvaal, wo das Absturzgebiet liegt, am 19. und 20. Oktober in volle Alarmbereitschaft versetzt waren. Der Befehl hierzu soll am 18. Oktober ergangen sein. Im Grenzgebiet zwischen Komatipoort und der Absturzstelle häuften sich Truppenbewegungen und wurden Spezialeinheiten konzentriert. Da die Besatzung über einen magnetischen Kompaß verfügte, der eine autonome Überprüfung des durch Funkfeuer signalisierten Kurses ermöglicht, dürfte ein solches Ablenkungsmanöver eine gewisse Unaufmerksamkeit der Besatzung, die sich z.B. durch einen Routineeffekt eingeschlichen haben könnte, voraussetzen. Ungeklärt ist ebenfalls, warum die südafrikanische Radarüberwachung in der hochmilitarisierten Region die Präsidentenmaschine nicht auf ihre enorme Kursabweichung aufmerksam machte. Auch andere Fragen sind noch völlig ungeklärt.

Joachim Becker

Dokumentation zur neuen Gesetzeslage



Aus dem Inhalt:

- Einschätzungsartikel der »atom«
- Teil A: §129a und §130a
Gesetze u. Begründung im Wortlaut
Stellungnahme der Bundesanwaltschaft
Verfassungsschützer Lochte, Hamburg
Stellungnahmen der Strafverteidiger
Die Sicherheitsideologie Stümpers
Geschichte der Gesinnungsjustiz
- Teil B: Gesetzespaket vom 28.2.86
Einleitung/Zusammenfassung
Staatssicherheit aus einem Guß
Schleppnetz fahndung
Rasterfahndung
Regelungen zum Einsatz von V-Leuten
Zugriff auf die Super-Datei ZEVIS
Die Bedeutung der Volkszählung
- Adressen, Ermittlungsausschüsse

Die Dokumentation hat einen Umfang von 52 Seiten A 4 und kostet 4.-DM. Wiederverkäufer ab 5 Stck. für 3.-DM.

Bestellungen an:
Göttinger AK gegen Atomenergie
»atom«, Postfach 1945 in 34 Göttingen. Tel. 0551-7700158 oder:
Günter Garbers, Posener Str.22 in 2121 Reppenstedt.

sie keine Ohren und den Frauen keine Brüste abschneiden sollen?

Wir sehen keinerlei Notwendigkeit, mit Terroristen zu verhandeln. Sie militärisch zu besiegen, ist möglich. Unsere materiellen Probleme werden gelöst werden, dank einer wachsenden internationalen Sympathie. Zudem sind wir mit der Reorganisierung unserer Streitkräfte befaßt.

RNM-Contra dank Pretoria

Aber dieser Kampf umfaßt gleichzeitig wirtschaftliche, militärische und diplomatische Aspekte. Es ist ein Ganzes, und wir sind dabei, alle Teile dieses Ganzes zu studieren. (...)

FRAGE: Welche handfesten Beweise haben Sie für die Hilfe, die Südafrika dem RNM gewährt, oder gar für seine direkte Beteiligung an der Leitung der militärischen Operationen?

J. CHISSANO: In der Vergangenheit haben die Südafrikaner ihre Beteiligung und Komplizenschaft abgestritten.

Dann ist eines Tages ein südafrikanischer Soldat auf mosambikanischem Boden getötet worden. Pretoria hat es zugegeben.

Heute habe ich Informationen über die massive Infiltration bewaffneter Banditen über Malawi, unter Beteiligung der Südafrikaner. Die einzigen Beweise, die wir haben, sind Informationen über den Einsatz von Flugzeugen und Hubschraubern, die die bewaffneten Banditen versorgen.



Terroropfer der RNM-Contra: Daina Munguamba schnitten sie beide Ohren ab

Das zu liefern, was man „Beweise“ nennt, ist schwer, aber die Gewißheit haben wir: Die Südafrikaner steuern die „bewaffneten Banditen“ fortwährend und bilden sie aus. (...)

FRAGE: Sie haben wiederholt gesagt, daß sie nicht vorhaben, das Abkommen von Nkomati mit Südafrika (von 1984;

d. Red.) zu brechen. Aber was erwarten Sie von Ihren Beziehungen mit Ihrem Nachbarn? Glauben Sie, daß Südafrika die mosambikanischen Arbeiter wirklich ausweisen wird?

J. CHISSANO: Wir müssen auf jegliche Eventualität vorbereitet sein.

Die Ausweisung der mosambikanischen Arbeiter wäre eine der möglichen Repressalien, falls die Sanktionen gegen Pretoria angewendet werden. Das Ziel der Südafrikaner ist es, der Welt zu zeigen, daß die Länder der Region von Südafrika sehr abhängig sind, und so die Anwendung der Sanktionen zu verhindern.

Aber ich glaube, die Welt hat begriffen, daß die Sanktionen nötig sind, um Südafrika zur Abschaffung der Apartheid zu zwingen. (...)

Liberalisierung der Wirtschaft

FRAGE: Haben Sie vor, die Wirtschaft zu liberalisieren?

J. CHISSANO: Das ist ein Programm, über das wir seit langem diskutieren, und das bald abgeschlossen sein wird. Es enthält Maßnahmen auf den Gebieten der Landwirtschaft, der Industrie, der Finanzen, der Löhne und der Preise.

In der Wirtschaft müssen Faktoren der kollektiven und der privaten Produktion wirken. Gerade sind wir dabei, genauer zu bestimmen, welches die Bedingungen für die Entwicklung des privaten Sektors sind.

Der Handel in den Städten liegt in den Händen des privaten Sektors. Vor der Unabhängigkeit hat es einen mosambikanischen Privatsektor überhaupt nicht gegeben. Seine Entwicklung ist unbemerkt von den Augen der Außenwelt abgelaufen.

Das wirtschaftliche Liberalisierungsprogramm, das sind Verbesserungen in der Durchführung einer bereits vorhandenen Politik.

FRAGE: 4 Mio Mosambikaner haben nicht genug Mittel, um sich zu ernähren, und es bestehen heute Gefahren einer Hungersnot.

J. CHISSANO: Es handelt sich nicht um Gefahren. Die Hungersnot ist bereits da. In bestimmten Provinzen hängt sie mit den Nachwirkungen von Naturkatastrophen zusammen, aber auch mit der Situation der Destabilisierung. Viele Leute werden vertrieben oder fliehen.

Ein Teil der Bevölkerung ist außer Landes, weil die „Banditen“ den Bauern keine Möglichkeit lassen, um das Land zu bebauen und zu produzieren. Sie verbrennen die Speicher, weil sie nicht die ganze Ernte mitnehmen können. Das schafft die Hungersnot. (...)

(Quelle: Le Monde, Paris, 11.12.1986)

Günter Schucher

Studentenproteste

Kontroversen um politische Reformen



Beijinger Studenten verbrennen KPCh-Zeitung (l.); Generalsekretär Hu Yaobang (l.) mußte sein Amt an Ministerpräsident Zhao Ziyang (r.) abtreten

„Der Genosse Hu Yaobang (übte) Selbstkritik an seinen Fehlern, die er während seiner Amtszeit als Generalsekretär des ZK der KPCh unter Verletzung des Parteiprinzip der kollektiven Führung in wichtigen politischen Grundsatzfragen begangen hat. Er bat das ZK, seinen Rücktritt anzunehmen.“ Am 16.1.1987 bestätigte das chinesische Fernsehen in den 19-Uhr-Nachrichten mit dem Verlesen des Kommuniqués der erweiterten Tagung des Politbüros vom selben Tag die seit langem kursierenden Gerüchte.¹ Wenn auch nicht explizit gesagt, so ist diese Entscheidung doch das Ergebnis einer ersten innenpolitischen Krise.

Diese stand im Zusammenhang mit den Studentendemonstrationen, deren erste bereits Mitte November 1986 in Jinan stattgefunden haben soll. Zum Jahresbeginn griffen sie schließlich auch auf Beijing über und führten zu einer Kraftprobe zwischen den Presse- und Versammlungsfreiheit fordernden Studenten und der Stadtverwaltung.

Als die Studentenbewegung, die sich, obwohl ihr Ende seit langem vorausgesagt worden war, von Uni zu Uni fortgepflanzt und insgesamt mindestens 80 Lehranstalten erfaßt hatte, bereits ziemlich rasch abebbte,² traten in Beijing die politischen Führungsgremien zusammen und zogen politische und personelle Konsequenzen aus den Ereignissen.

Am 19. Dezember des Vorjahres hatte die Demonstrationswelle Shanghai er-

reicht und erlebte hier in den folgenden Tagen ihren ersten Höhepunkt. Die größten Demonstrationen seit 1976 (damals gegen die „Vierbande“) ließen nicht nur die chinesische Führung erstmals öffentlich Stellung nehmen, sondern fanden auch im Ausland ein reges Echo.

Zahlreiche Fragen wurden aufgeworfen: Was bewegte die Studenten? Von wem wurden die Aktionen initiiert oder gar gesteuert? Wie würden sie das Ringen der verschiedenen Kräfte in der Partei um Positionen angesichts des für Oktober 1987 einberufenen XIII. Parteitag beeinflussen? Würden die „Reformkräfte“ gestärkt oder erhielten etwa die „Konservativen/Dogmatiker“ Aufwind?

„Stiefkinder der Reformen“

Auf einige der Fragen wurden schnell Antworten gefunden. Die Demonstrationen verliefen spontan und unorganisiert, ein klares politisches Programm wurde nicht erkennbar.

Entzündet hatten sich die Proteste zunächst vor allem an den schlechten Lebens- und Studienbedingungen der „Stiefkinder der Reformen“. Allmählich trat dann die inhaltlich vage Forderung nach „Demokratie und Freiheit“ in den Vordergrund. In Hefei/Provinz Anhui am 9.12.1986 bezog sie sich konkret auf

eine stärkere Beteiligung der Studenten an den anstehenden Wahlen für die lokalen Volkskongresse.

Im weiteren Verlauf aber weiteten die Studenten – auch angestachelt durch die staatliche Reaktion (zunächst Medienschwächen, dann Appelle und schließlich Verbote und der Vorwurf, von ausländischen Agenten gesteuert zu sein) – ihre Forderungen aus und wandten sich direkt gegen die Partei: „Nieder mit der Diktatur.“

Zunächst hatten sie sich nur auf die laufende Debatte über „politische Reformen“ bezogen und für ihre Ideen „Verständnis“ bei der politischen Führung gefunden, wengleich diese bereits drängte, die Forderungen über „angemessene Kanäle“ vorzubringen, und darauf hinwies, daß „politische Reformen“ schrittweise „von Generationen“ und nicht einmal in 3-5 Jahren zu verwirklichen seien.³ Jetzt aber griffen sie offen auf Seiten derjenigen in die Debatte ein, die eine Änderung des Systems und nicht nur der Strukturen forderten.

Auf die Frage, wem die Aktionen nutzen, fiel die Antwort schwerer, zumal man im Westen gern zwei Setzungen vornimmt: Erstens gibt es mindestens zwei Fraktionen, von denen eine (dazu zählten Deng Xiaoping, Hu Yaobang und Ministerpräsident Zhao Ziyang) Reformen befürwortet, die andere (angeführt von Politbüromitglied Chen Yun) sie ablehnt. Und zweitens werden die Refor-



BÜCHER DER

AG SPAK

Neu

Rösgen / Neumeier / Hillenbrand / Luner
FRAUEN
Gemeinwesenarbeit Jahrbuch 4
ISBN 3-923 126-45-X
ca. 250 Seiten
ca. DM 24,-

Erstmals erscheint ein zusammenhängendes Buch über Frauen und Gemeinwesenarbeit! Angefangen bei der Ausbildung von Sozialarbeiterinnen (die überwiegend immer noch von Männern nach ihrer Norm praktiziert wird), über die konkreten Probleme im Gemeinwesen (wie leben und wohnen Brennpunktfrauen? Wie arbeiten Sozialarbeiterinnen? etc.), bis zur theoretischen Aufarbeitung von Methoden und Zielen der Bildungsarbeit.

Neu

Swantje Köbsell
EINGRIFFE
Zwangsterilisation geistig behinderter Frauen
ISBN 3-923 126-46-8
ersch. im März 1987
ca. 140 Seiten
M 79 - ca. DM 20,-

Sehr differenziert erarbeitet dieses Buch die Problematik der Zwangsterilisation geistig behinderter Frauen und Mädchen. Besonders interessant sind die aufgezeigten geschichtlichen Entwicklungen, vor deren Hintergrund dieses Thema diskutiert wird. Der historische Bezug vermittelt in Verbindung mit der Darstellung feministischer Standpunkte und der Dokumentation der heutigen Praxis einen umfassenden Einblick in das Thema.

Neu

Tetje Weik
UMSCHICHTUNGEN
Erfolge und Mißerfolge der Gemeindepsychiatrie
ISBN 3-923 126-44-1
ersch. März 1987
ca. 180 Seiten
M 77 - ca. DM 24,-

Über 200 000 Patienten werden jährlich in psychiatrische Krankenhäuser eingewiesen und rund 1 Million Bundesbürger nimmt jährlich die Hilfe eines niedergelassenen Psychiaters oder Psychotherapeuten in Anspruch. Psychische Schwierigkeiten sind in der BRD ein durchaus verbreitetes Phänomen!

Neu

Michael Berger
DIE ÖKOBANK
Vom alternativen Tanz um das goldene Kalb
ersch. im Sommer 1987
ca. 150 Seiten
M 80 - ca. DM 20,-

Noch bevor das alternative Geldinstitut gegen den Widerstand der Genossenschaftsbanken und Aufsichtsbehörden seinen Betrieb aufnehmen kann, hat es Geschichte.

men nur dann zum Ziel führen, wenn China weiterschreitet „in eine zeitgerechte, leistungsfähige und womöglich gar von anderen Gesellschaftskräften als der KP mitbestimmte Industriegesellschaft“.⁴

Dementsprechend wird jede Warnung vor antisozialistischen Tendenzen zur Reformfeindlichkeit erklärt. Wie sollte da erklärt werden, daß Deng Xiaoping selbst den härteren Kurs gegen die Studenten einleitete („Hindernis für die Modernisierung Chinas von der rechten Seite“) und Kritik an Hu übte: Taktik, Kalkül, Opportunismus?

Bereits im letzten Jahr erklärten Zhao und Hu übereinstimmend westlichen Fragestellern, daß es „über die Frage des Grundprinzips in der Beibehaltung der Reformrichtung unter den Führern der Kommunistischen Partei Chinas und der chinesischen Regierung keine Differenzen gibt“ und keine „Reformfraktion“ oder „konservative Fraktion“ existiere.⁵ Die Hindernisse lägen woanders: Kader würden sich Reformen widersetzen, weil sie um „Posten und Pfründe“ fürchteten; die „Macht der Gewohnheit“, das Denken in Stereotypen, sei störend und „eine – verschwindend geringe – Anzahl von Jugendlichen (ist) der Ansicht... wir sollten vollständig nach westlichem Muster verfahren. Dergleichen ist freilich nicht möglich“.

Auch gäbe es „reformfeindliche Traditionen und Denkweisen“: Überreste feudalistischen und patriarchalischen Denkens, der Einfluß des Kleinbauern- und Kleinproduzentendenkens sowie die negativen Aspekte des Kapitalismus (angefangen damit, Geld über alles zu stellen, bis hin zu Schmuggel, Amtsmissbrauch, Betrug, Korruption und schließlich die Ansicht, „der Kapitalismus sei rundum gut“).

Sind hiermit die Reformfeinde deutlich benannt, so ist andererseits unumstritten, daß es in der Führung der KPCh Auseinandersetzungen darum gibt, wie diesen „negativen Erscheinungen“ zu begegnen ist, ob sie Ergebnis von zu weitgehender Reform und Öffnung oder nur durch deren Fortschreiten zu beseitigen sind. Dies wurde bereits auf der Nationalen Delegiertenkonferenz der Partei im September 1985 offensichtlich (vgl. AIB 8-9/1986).

Nach monatelanger Diskussion verabschiedete das ZK im September 1986 seinen Beschluß „über die Leitprinzipien für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation“.⁶ Dieser Beschluß soll nach Informationen der Hongkonger Zeitschrift „Zhengming“ äußerst umstritten gewesen sein. Es setzten sich schließlich die Kräfte durch, die den „negativen kapitalistischen Einflüssen“ mit verstärkter ideologischer Arbeit entgegenzutreten wollen.⁷



Studentendemonstration in Shanghai

Im Wesen geht es bei den Auseinandersetzungen um das Ausmaß der Reformen. Das zeigt sich auch in der seit 1984 laufenden Debatte, inwieweit man an den Grundprinzipien des Marxismus festhalten und welche man weiterentwickeln müsse.

Gerade vor dem angekündigten Parteitag wird sich dieses Ringen verschärft haben, zumal es – trotz aller wirtschaftlichen Erfolge – auch Probleme mit der Reform gibt.

So sanken z.B. seit Anfang 1986 die ausländischen Investitionen in China und trotz einer weiteren Lockerung der Bestimmungen lag das Volumen der Neuverträge im September um 42% unter dem des Vorjahres.⁸

Zwar stieg die Industrieproduktion weiter, aber die Betriebsreform ist ins Stocken geraten. Preis- und Lohnreform sowie die Reform des Arbeitssystems haben zur Unruhe unter den Arbeitern geführt. Eventuell ist es im Zuge der Verabschiedung eines Bankrott-Gesetzes, das lange Zeit im Volkskongreß kontrovers diskutiert wurde, sogar zu Streiks gekommen.⁹

Strukturreformen im Verwaltungssystem blieben bisher ebenso ohne Auswirkung wie eine Anti-Korruptions-Kampagne. Und auch die landwirtschaftliche Reform stellte sich als komplizier-



Beengte Verhältnisse im Studentenheim in Hefei

AG SPAK - Publikationen, Kistlerstr. 1,
8000 München 90, T.: (089) 69 17 822



ter und langwieriger heraus als ursprünglich geplant, die Steigerungsrate der bäuerlichen Einkommen verlangsamt sich.¹⁰

Möglicherweise befürchtete die Partei auch ein Übergreifen der Proteste auf andere soziale Kreise, vor allem die Arbeiter. Am 15. Januar d.J. wurde eine Entscheidung des Staatsrates veröffentlicht, im Interesse „wirtschaftlicher und sozialer Stabilität“ 1987 keine weiteren Preisreformen vorzunehmen.¹¹

Den Widerstand gegen die Reformen zu brechen, ist Ziel der „politischen Reform“, mit deren Erfolg Deng das Schicksal der Reformpolitik insgesamt verknüpfte. Bereits im August 1980 hatte Deng umfangreiche Vorschläge zur Reform des Führungssystems von Staat und Partei gemacht. Sie wurden – obwohl zunächst als „80er Reform“ begrüßt – bis heute nur zu einem kleinen Teil verwirklicht, die Diskussion darum Ende 1980 eingestellt.

Im April 1986 griff Deng selbst die Frage erneut auf und forderte die Beschränkung der Macht und der Einmischung der Partei in Betriebs- und Verwaltungsangelegenheiten. Die „Beziehungen zwischen 'oben' und 'unten'“, das „Verhältnis zwischen politischer und wirtschaftlicher Administration“, die „Arbeitsteilung von Partei, Regierung und Volksvertretung“ sowie die „Entwicklung der sozialistischen Demokratie“ soll neu überdacht werden. Eine Arbeitsgruppe unter Zhao soll bis zum Parteitag ein Programm erarbeiten.

An eine Reform des politischen Systems ist dabei allerdings nicht gedacht, dieses soll vielmehr vervollkommen, die Führung der Partei verbessert werden. Dem dient auch die zeitgleich laufende Erziehungskampagne zum Beschluß zur „geistigen Zivilisation“.

Doch das Konzept der „politischen Reform“ ist umstritten und wurde auf einer Tagung der Führung im Juli/August 1986 kontrovers diskutiert. Vereinbart wurde, die öffentliche Diskussion zwar („auf wissenschaftlicher Forschung basierend“) fortzusetzen, aber keine kon-

kreten Maßnahmen zu ergreifen.¹² Auf der folgenden ZK-Tagung war das derzeit „größte Problem der Reform“ überhaupt kein Thema!

Befürchtet wurde, daß der Partei die ideologische Führung aus der Hand gleitet. Schon seit langem zeigten Untersuchungen weitverbreitete „Zweifel an der Überlegenheit des Sozialismus“.¹³ Tatsächlich wurden in der Diskussion auch Stimmen laut, die für eine parlamentarische Demokratie und die Auflösung aller Grundorganisationen der Partei plädierten.¹⁴ U.a. trat der inzwischen abgesetzte und aus der Partei ausgeschlossene Vizerektor der Universität Hefei, Fang Lizhi, mit sehr weitgehenden Vorschlägen an die Öffentlichkeit. Auf ihn beriefen sich die Studenten. Aber als sie noch „Nieder mit den Konservativen im Politbüro“ skandierten, hatte Denk sich bereits entschieden gegen den „ideologischen Trend des bürgerlichen Liberalismus“ ausgesprochen. Seit dem Neujahrskommentar der Volkszeitung war klar, daß die Partei kein Abgehen von den „vier Grundprinzipien“ dulden würde: Festhalten an der Führung der Partei, am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen, an der demokratischen Diktatur und am Sozialismus.¹⁵

Die Studentendemonstrationen, so die Volkszeitung am 6. Januar d.J., seien nichts Erschreckendes, aber ein ernstes Ereignis und das „unvermeidliche Ergebnis der Schwäche einiger Genossen im Kampf gegen die Ausbreitung des bürgerlichen Liberalismus“.¹⁶ Gemeint war u.a. Hu Yaobang. Zu seinem Nachfolger wurde Ministerpräsident Zhao Ziyang bestimmt.

Hu habe, so Zhao im Gespräch mit einer Delegation des Politbüros der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, schon seit langem die Anzeichen für eine besorgniserregende Ausbreitung bürgerlich-liberaler Tendenzen geduldet und damit indirekt unterstützt. Einen Kurswechsel bedeute seine Absetzung also nicht, an der Öffnungs- und Reformpolitik werde festgehalten.¹⁷

Anmerkungen:

- 1) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 18.1.1987; Frankfurter Rundschau (FR), 17.1.1987 und Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 17.1.1987
- 2) Sei es wegen der bevorstehenden Semesterprüfungen, wegen des politischen Drucks (immerhin wurde ihr vorgehalten, antisozialistischen Feinden in die Hände gespielt zu haben) oder auch wegen der winterlichen Kälte. Vgl. IHT, 6.1.1987 und FR, 6.1.1987
- 3) Renmin Ribao (RMRB), Beijing, 8.12.1986
- 4) Der Spiegel, Nr. 2/1987, S. 92
- 5) Beijing Rundschau (BR), Beijing, Nr. 28/1986, S. 26 und Das Neue China, Nr. 4/1986, S. 22

- 6) In: BR, Nr. 40/1986
- 7) Vgl. Zhengming, Hongkong, Nr. 11/1986, S. 6ff.
- 8) Vgl. FR, 31.12.1986
- 9) Vgl. Marxistische Blätter, Nr. 2/1987 und BR, Nr. 51/1986, S. 17f.
- 10) Vgl. RMRB, 25.11.1986 und 11.12.1986
- 11) Vgl. Die Welt, 16.1.1987
- 12) China aktuell (CA), Nr. 8/1986, S. 487 und 537
- 13) Vgl. z.B. CA, Nr. 7/1986, S. 407
- 14) Vgl. Zhengming, Nr. 12/1986, S. 10 und Far Eastern Economic Review, Hongkong, 25.12.1986
- 15) Vgl. RMRB, 1.1.1987
- 16) IHT, 7.1.1987 und FR, 7.1.1987
- 17) Vgl. FR, 20.1.1987

Neuerscheinung

Georg Cremer
Mangel und Verschwendung
 Energieprobleme im Nord-Süd-Konflikt



Herausgeber: Informationszentrum Dritte Welt/Freiburg

Aus dem Inhalt:

- Importabhängigkeit: Erdöl
- Das Ende des billigen Öls
- Die Entwicklungsländer in der Ölpreiskrise
- Feuerholz — die andere Energiekrise
- Bevölkerungswachstum und Energiekrise
- Verstädterung: Abgeschnitten von traditionellen Energiequellen
- Energieeinsparung: Auch für Entwicklungsländer?
- Erschließung eigener Energiequellen
- Kernenergie für die Dritte Welt?
- Steigender Energieverbrauch als Sachzwang — Ein Energieweltbild zerbricht
- Können die endlichen Energieressourcen geschont werden?
- Eine neue Ölpreiskrise?
- Krieg um die Rohölquellen?
- Exportieren wir unsere Energieverschwendung?

168 Seiten · 12,80 DM
 ISBN 3-922263-03-2

Bezug: Informationszentrum Dritte Welt
 Postfach 5328 — 7800 Freiburg
 Für den Buchhandel: Prolit Vertrieb, Gießen



Neugewählter Parteivorsitzender Nguyen Van Linh (vorne) vor dem Parteitagplenium, auf dem er Truong Chinh (hinten, l. v. r.) ablöste

Günter Giesenfeld

Kontinuität und Erneuerung Zum 6. Parteitag der KP Vietnams

„In Bezug auf politische Veränderungen war dies der wichtigste Parteitag, den es je gegeben hat“ — so äußerte sich der frühere CIA-Agent und neuerdings wieder vielzitierte Professor an der kalifornischen Berkeley-Universität und Vietnam-„Experte“ Douglas Pike.¹

Seine Aussage ist typisch für die westliche Berichterstattung über den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams, in der vor allem die personellen Veränderungen an der Parteispitze — das Ausscheiden der drei prominenten Weggenossen Ho Chi Minhs, Pham Van Dong, Truong Chinh und Le Duc Tho² — als Zeichen für radikale Neuorientierungen in der Politik dieses Landes angesehen wurden.

Die Spekulation über Flügelkämpfe und Rivalitäten blühte — zumal es neben dieser neuen Phase in dem langwierigen, aber längst in Gang gekommenen Prozeß der Ablösung noch weitere Begleiterscheinungen gab, die als sensationell empfunden wurden.

Neu war, daß im Vorfeld des Parteitags ungewöhnliche Anstrengungen unternommen worden waren, die öffentliche Diskussion über kritische Entwicklungen zu intensivieren. Die Parteiführer, einschließlich des erst im Sommer 1986 gewählten Vorsitzenden Truong Chinh,

reisten monatelang durch das Land und suchten den persönlichen Kontakt mit der Bevölkerung und den örtlichen Parteigliederungen.

Neu war auch die fast ein Jahr dauernde Kampagne der Kritik und Selbstkritik, die gelegentlich zwar eher pflichtgemäß als engagiert geübt wurde, aber eine unendliche Fülle von tatsächlichen und dringenden Problemen der Bevölkerung bei der Arbeit und im täglichen Leben an den Tag brachte. Eine allgemeine Atmosphäre der Erwartung und gelegentlich auch die Unsicherheit, möglicherweise sogar selber von den Konsequenzen der Kritik überrollt zu werden, herrschte im Land.

Kritik und Selbstkritik

Schließlich war die Diskussion auf dem Parteitag zwar nicht kritischer als sonst,³ aber sie wurde sofort und mit allen peinlichen Details veröffentlicht. Dies geschah z.B. mit der Rede von Nguyen Thanh Binh, in der offen gegen den Bericht des Parteivorsitzenden Truong Chinh der Vorwurf erhoben wird, er enthielte „keine wirklichen Lösungen, um die dringenden ökonomischen Probleme

zu lösen und die Erwartungen der Bevölkerung zu erfüllen“.⁴

Eine neue, westlichen Vorstellungen eher entsprechende Informationspolitik

Fahrradreparatur in einer privaten Werkstatt Hanois



ist aber nicht gleichzusetzen mit spektakulären Veränderungen der Politik selbst. Weder die Neubesetzung des Politbüros noch die scharfe Selbstkritik der Parteiführung dienen der Durchsetzung eines neuen politischen Konzepts.

Der Parteitag hat Beschlüsse gefaßt, die viel eher Kontinuität erkennen lassen, denn sie sind die Fortsetzung einer Linie vor allem in der Wirtschaftspolitik, die schon seit mehreren Jahren verfolgt wird. In der Außenpolitik ließen die Beratungen zudem keinerlei Neuorientierung erkennen.

Spekulationen, der Leiter der sowjetischen Parteidelegation, Ligatschev, habe den Vietnamesen eine „Vorleistungsgeste in der Kambodschafrage“⁵ nahegelegt, sind Ausgeburten westlichen Wunschenkens. Vietnam blieb bei der Ankündigung des Truppenrückzugs für 1990. Und es gibt kein Anzeichen dafür, daß die sowjetische Führung nicht mit der Friedens- und Kooperationspolitik Vietnams in Indochina übereinstimmt, die keineswegs erfolglos ist.⁶

Die Analyse der innen- und wirtschaftspolitischen Situation, die ganz im Mittelpunkt des Parteitages stand, hat ergeben, daß im wesentlichen nicht die Konzepte falsch waren, sondern deren halbherzige und dilettantische Durchführung, was allerdings weder die Fehler und Irrtümer entschuldigt noch ihre schlimmen Folgen erträglicher macht.

Und diese wurden breit dargestellt und intensiv erörtert: In fast keinem Bereich der Wirtschaft wurde in den letzten Jahren das gesetzte Planziel erreicht.

Trotz leichter Steigerungen der landwirt-

schaftlichen Produktion (18,5 Mio t Reis im Jahr 1986, 300.000 t mehr als 1985 – geplant war aber eine Steigerung um 1,8 Mio t) wird in bestimmten ländlichen Gebieten die akute Unterernährung zu einem immer größeren Problem.

Angesichts der Bevölkerungswachstumsrate, die trotz intensiver Familienplanungs-Propaganda immer noch viel zu hoch ist, bedeuten diese Ziffern eine Verschlechterung der Versorgungslage, die durch Einwirkung von Naturkatastrophen sehr schnell äußerst kritisch werden kann.

Aber auch auf allen anderen Gebieten liegen die Ergebnisse weit unter denen der frühen 80er Jahre (Bruttosozialprodukt: Steigerung 4,6%, früher bis 8%; Industrieproduktion: 5,6%, früher bis 12%). Der Staat ist immer weniger in der Lage, die Bauern mit den notwendigen Arbeitsmitteln zu versorgen (Düngemittel, Transportkapazität), kann andererseits auch nicht genügend Produkte aufkaufen, weil ihm die Mittel fehlen.

Fehler Voluntarismus, Übereilung

Unter diesen Umständen hat die 1985 verfügte Aufhebung der Preisbindung katastrophale Folgen gehabt. Denn damit war es privaten Händlern erst recht möglich, durch Konkurrenz die staatlichen Verkaufsorganisationen auszuschalten. Und die Preise gerieten völlig außer Kontrolle, Spekulation und Veruntreuung blühten, die Inflationsrate schoß auf 700%.⁷

Und doch wurde in den Diskussionen nicht angezweifelt, daß die Maßnahmen, die seit dem 8. Plenum⁸ in Gang gesetzt worden sind, richtig waren und ihre Fortführung nötig ist.

Die negativen Effekte sind vor allem auf die doktrinäre Art und Inkompetenz, mit der sie schon bei der Einführung praktisch sabotiert worden sind, zurückzuführen. Global betrachtet, ergibt die Bewertung dieser und vieler anderer Details, daß der Prozeß des Wiederaufbaus nach 30 Jahren Krieg immer noch in den Anfängen steckt, und daß dies in zunehmendem Maß auch auf das Versagen von Partei und Regierung zurückzuführen ist.

Unerbittlich nennt die Schlußresolution die Gründe („Subjektivismus, Voluntarismus, schablonenhafte Denk- und Handlungsweisen, Übereilung“) und die Schuldigen: „Ohne die objektiven Schwierigkeiten zu unterschätzen, kommt der Parteitag zu der Erkenntnis, daß die subjektiven Gründe für diese Situation vor allem in Irrtümern und Fehlern der Führung und Leitung durch Partei und Staat zu suchen sind.“⁹

Weder ist solche Kritik neu, noch kön-

demokratische Erziehung

Wir gehen weiter...

zum Beispiel im
Februar:



■ Als Gläubiger erwachen
Von Arno Klönne

■ Neu lernen, was es heißt,
ein Deutscher zu sein
Von Kurt Fallner

■ „Deutschland den Deutschen“ –
Bericht vom Fan-Projekt der
Hamburger Sportjugend
Von Bernd Lange

Und außerdem:

■ Kontinuität der Katheder-
pädagogik, oder: Differenzen
über faschistische Pädagogik
Von Hans-Jochen Gamm

■ GEW-Bildungspolitik am Ort:
De facto wieder Schulgeld?
Von Norbert Müller

Aktuelle Stunde

■ Verschuldungskrise der
Dritten Welt

Ich möchte die **Demokratische Erziehung** kennenlernen. Bitte, schicken Sie mir ein (kostenloses) Probeheft.

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Bitte ausschneiden und
abschicken an:

Pahl-Rugenstein Verlag GmbH
Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

demokratische
erziehung



immer noch links

links
Sozialistische Zeitung
● Seit 1969
● Forum der Neuen Linken
● Jeden Monat neu
Einzelexemplar DM 4,50
Jahresabonnement DM 49,-
Bezug:
Sozialistisches Büro
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach

nen die Maßnahmen überraschen, die als Konsequenz daraus auf dem Parteitag formuliert wurden:

Zurücknahme der Konzentration auf industrielle Großprojekte (außer Wasserkraftwerken und Erdölförderung), Fortführung der Landwirtschaftsreform (Kontraktssystem), Aufbrechen der bürokratischen Strukturen von unten, Befriedigung der direkten materiellen Interessen der Bevölkerung, Förderung der privaten Kleinproduktion vor allem zur Überwindung von Engpässen, Qualifizierung der Kader vor allem auf der mittleren und unteren Ebene, größere Eigenverantwortung auf Betriebsebene.

Schwerpunkte der Produktion sollen in den kommenden Jahren neben der Landwirtschaft sein: Konsumgüter, Energie und Export.

Der Hauptimpuls, der von diesem Parteitag ausgeht, soll die als richtig eingeschätzten Maßnahmen durch größeren Sachverstand, höheres gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein und mehr Engagement des einzelnen – unter Vermeidung sowohl des doktrinären Bürokratismus als auch des Egoismus – zum Erfolg führen.

Die „Erneuerung“, um das Schlagwort zu benutzen, das alle Reden beherrschte, bezieht sich also vor allem auf einen Neuanfang im Verhältnis zwischen Partei, Regierung und Volk.¹⁰ Zur Durchsetzung der neuen Prinzipien hat der Parteitag durch die kritische Bestandsaufnahme und die Erneuerung in den eigenen Reihen eine wichtige Vorleistung erbracht.

Van Linhs Wahl meint...

Dies läßt sich auch daran ablesen, daß in der Parteiführung des Gewicht des Südens spürbar größer geworden ist. Hier liegt wohl seine historische Bedeutung. Der Sieg 1975 hatte für das wiedervereinigte Land eine wirtschaftliche Katastrophe zu Folge, die vorhersehbar, aber unvermeidbar war: zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruch des Südens hatten die bis zu 25 Mrd US-Dollar, die jährlich ins Land geströmt waren, sicher ebensoviel beigetragen wie die Bombardierung und Verseuchung ganzer Landstriche.

Damals gab es keinerlei eigene Produktion, das Land lebte ausschließlich von amerikanischem Geld (Polizei, Armee, Thieu-Verwaltung). Die ökonomischen Aktivitäten der Bevölkerung beschränkten sich auf Dienstleistungen für die Logistik und das Vergnügen der US-Soldaten.

Das bedeutete, daß der selbst wirtschaftlich ausgeblutete, finanziell bankrotte und zerstörte Norden, dessen minimale industrielle Produktion ausschließlich

auf die Versorgung der Armee ausgerichtet war, in den ersten Jahren den Süden voll versorgen mußte.

Zu den nicht materiell meßbaren Folgen des Vietnamkrieges gehört außerdem, daß während dieser 30jährigen Phase der vietnamesischen Geschichte nie die Gelegenheit gegeben war, die wichtigsten friedensstauglichen Qualifikationen zu erwerben und Erfahrungen zu machen, die jetzt von der mittleren Generation gefordert werden.

In dieser Notsituation auf solche Teile der Bevölkerung zurückzugreifen, die in der Konsum- und Korruptionsatmosphäre des alten Saigon einige Fertigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet erworben hatten, konnte beim Aufbau des Sozialismus gefährlich werden.

...Aufwertung des Südens

Erst seit einigen Jahren sind Anzeichen dafür sichtbar geworden, daß im Süden sich langsam die Basis einer eigenständigen wirtschaftlichen Struktur entwickelt.

D.h. eine Struktur, die unabhängig ist – nicht von einer nördlichen Tendenz zur Einmischung und Bevormundung, sondern von der die ganze Zeit nicht abreißen Unterstützung aus dem Norden – von der früheren Rolle als neokolonialistische Versorgungs- und Zuliefererwirtschaft.

Der neue Parteivorsitzende, Nguyen Van Linh, ist einer derjenigen, die diesen Prozeß in wichtiger Position mit in Gang gesetzt haben. Er ist einer der wenigen überlebenden¹¹ Führer der Befreiungsfront des Südens, wurde nach der Befreiung (April 1975; d. Red.) zum Vollmitglied des Politbüros ernannt und widmete sich, als Gewerkschaftsvorsitzender und Parteisekretär von Ho-Chi-Minh-Stadt, dem wirtschaftlichen Aufbau des Südens.

Sein zeitweises Ausscheiden aus dem Politbüro (1982-85) dürfte darauf zurückzuführen sein, daß seine Vorstellungen damals noch auf jene Enge des doktrinären Blicks und jene Angst vor unabsehbaren Konsequenzen stießen, die dieser Parteitag so hart kritisiert hat.

Linhs Wahl zum Parteivorsitzenden und die Berufung weiterer Praktiker¹² aus dem Süden ins Politbüro (Vo Chi Cong, Vo Van Kiet) ist nicht das Signal einer radikalen Wende, vor allem nicht einer Machtübernahme durch Sympathisanten einer wie immer „freieren“ oder „kapitalistischeren“ Wirtschaftsform.¹³

Innerhalb des langwierigen geschichtlichen Übergangs von der Nachkriegszeit zur Phase des Wiederaufbaus (siehe AIB-Sonderheft 1/1985; d. Red.) wurde auf diesem Parteitag ein weiterer Schritt hin zur Normalisierung vollzogen. Er ist we-

nig spektakulär und noch ohne Erfolgsgarantie, aber konsequent im Sinne des lebensnotwendigen Ringens um das Gleichgewicht zwischen einem durch äußeren Druck äußerst eingegengten Handlungsspielraum, hochgesteckten gesellschaftlichen Zielvorstellungen und dem Vertrauen auf die eigene Kraft.

Anmerkungen:

- 1) In: Time, New York, 29.12.1986
- 2) Die ihre Regierungsämter nach wie vor ausüben.
- 3) Ähnlich kritische Interventionen waren auf dem 5. Parteitag 1982 etwa von Le Duc Tho oder Pham Van Dong zu hören gewesen.
- 4) Le Monde, Paris, 19.12.1986 und Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 1.1.1987
- 5) Le Monde, 24.12.1986
- 6) Zum ersten Mal war im Dezember 1986 eine chinesische Parteidelegation in Vientiane. Gerüchte um einen baldigen endgültigen Rückzug Pol Pots von der politischen Bühne legen den Beteiligten zudem eine gewisse Zurückhaltung nahe. Er soll sehr schwer krebskrank sein. Vgl. IHT, 16.12.1986.
Die Grenzzwischenfälle um den 7.1.1987 dienten wohl beiden Seiten eher der politischen Positionssicherung. Vgl. IHT, 22.1.1987. Mit der Berufung der Generäle Le Duc Anh (Oberbefehlshaber bei der Vertreibung des Pol-Pot-Regimes 1979) und Doan Khue (Truppenkommandeur in Kampuchea) ins Politbüro setzte der Parteitag einen unmißverständlichen Akzent.
- 7) Über die Inflationsrate gab es auf dem Parteitag keine Zahlen. Angaben hier nach Information von „Vietnamese Officials“ gegenüber dem IMF. FEER, 22.1.1987
- 8) Im Juni 1985:
 - Lockerung der Regierungskontrolle über die Betriebe,
 - Aufhebung der gewaltigen Subventionierung der Staatsbetriebe,
 - Erneuerung des Lohnsystems für die Staatsangestellten,
 - Währungsreform (Abwertung 1:10).
- 9) Zit. nach: Afrique-Asie, Paris, Nr. 391, 12.-25.1.1987
- 10) Bei meinem Aufenthalt im Sommer 1986 in Vietnam habe ich gelegentlich den aus der kubanischen Revolution stammenden Slogan gehört: „Changer ou mourir“ (etwa: „Entweder es ändert sich was oder wir gehen alle zugrunde“). Er bezog sich eindeutig auf Verhaltens- und Klimakorrekturen, und nicht auf die politische Richtung.
- 11) Die Massaker der Amerikaner nach der Tet-Offensive 1968 und die brutalen Säuberungen nach 1973 (das berüchtigte „Phönix“-Programm) hatten das erklärte Ziel, die fähigsten Führer und Kader der Befreiungsfront auszurotten.
- 12) Linh ist „kein Vertreter radikaler Veränderungen“ (Le Monde, 20.12.1986). Die Qualifikationen der Neuberufenen liegen nicht in der programmatischen Radikalität, sondern in ihrer Erfahrung bei der Anwendung der von ihnen mitgetragenen Reformen „vor Ort“.
- 13) So werden, wenn es um internationale Vergleiche geht, auch die westlichen Kommentatoren vorsichtig: „...wenig Hoffnung auf jene Art von Unterst-zu-oberst-Durchschütteln, wie es in Deng Xiaopings China in Gang ist.“ Newsweek, New York, 5.1.1987



Ein Schiff für Vietnam

„Hoa Binh – Frieden“ heißt ein Schiff, das die Aktion Friedensdorf und die Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der BRD und der SR Vietnam arbeitslosen Jugendlichen in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi gemeinsam zur Verfügung stellen werden. Das zur Zeit noch die Ostsee befahrende Fischereischiff, das auch als „Fischereischul-schiff“ eingesetzt werden kann, soll vor allem helfen, die reichen Fischgründe vor der Küste Vietnams künftig besser zu nutzen.

Die „Hoa Binh – Frieden“ wird die Fahrt nach Vietnam im Juni d.J. antreten und auch hochwertige Hilfsgüter, die das Land dringend benötigt, in seinem Frachtraum mitführen. Steuerlich absetzbare Spenden werden auf die Konten der Aktion Friedensdorf, Stadtpar-kasse Essen, Konto 250 555 (BLZ 360 501 05) und der Freundschaftsgesellschaft Vietnam, Postgiroamt Köln, Konto 11 60-501 (BLZ 370 100 50), jeweils mit dem Stichwort „Schiff“, erbeten.

Lothar A. Heinrich Husseins Westbank- Krieg gegen die PLO



König Hussein (r.) hier beim Allianz-Abkommen mit Y. Arafat, steht heute im Bunde mit den israelischen Besatzern gegen die PLO

Mit der Ernennung von drei neuen Bürgermeisterern für die Städte Hebron (Al Khalil), Ramallah und El-Bireh am 28.9.1986 durch die israelische Besatzung wurden formal wieder alle palästinensischen Gemeinden in der 1967 besetzten Westbank von Palästinensern geführt.

Bei den neuen Bürgermeisterern handelt es sich um den 58jährigen Abdel Majid Zir für Al-Khalil, den 59jährigen Khalil Moussa Khalil für Ramallah und um den 71jährigen Tawil in El-Bireh. Alle drei gehören zu den großen Familien ihrer Gemeinden, die seit langem dem haschemitischen Königshaus in Jordanien verbunden sind.

„Lebensqualität“ durch die Besatzer?

Ihre Ernennung, die von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und allen nationalen Kräften des palästinensischen Volkes, die die freie Wahl der Bürgermeister fordern, abgelehnt wird, ist einer der Hauptbestandteile eines seit geraumer Zeit von der israelischen Regierung Schamir/Peres in die Wege geleiteten neuen Programms für die besetzten Gebiete, des „Programms zur Verbesserung der Lebensqualität“ in diesem Teil Palästinas.

Das Ziel dieses Programms ist in erster

Linie die Förderung oder gar Erschaffung angeblich authentischer neuer nicht der PLO verbundener Führer der Palästinenser in den besetzten Gebieten. Das Programm besteht aus ökonomischen und politischen Maßnahmen, die eine aktive Förderung durch äußere Kräfte erfordern, und zwar insbesondere durch die USA und durch die mit diesen verbündeten arabischen Regimes, dem jordanischen aus historischen und geographischen Gründen an erster Stelle.

Es ist kein Geheimnis, daß dieser Plan den vollen Segen der USA hat, da er doch bestens in das Camp-David-Abkommen (1978) und den Reagan'schen Nahost-Plan (1982) paßt (siehe AIB 7/1985 und 11-12/1982).

Wo die USA und Israel am Werk sind, ist die BRD im übrigen wieder einmal nicht weit. Nachdem bereits zuvor der jordanische Kronprinz Hassan bei einem Besuch in Bonn um bundesrepublikanische Wirtschaftshilfe für die besetzten Gebiete gebeten, die BRD ihre Zustimmung jedoch von der Einwilligung Israels abhängig gemacht hatte, wurde diese von Verteidigungsminister Jizchak Rabin im Juli 1986 gegenüber den Bundestagsabgeordneten Burkhard Hirsch und Gerhard Baum offiziell gegeben.

Die Gelder, die über Jordanien fließen sollen, zielen auf die Förderung wohlhabender Palästinenser, die nicht der

PLO, sondern Jordanien und internationalen Finanzkreisen nahestehen sollen. Etwa gleichzeitig kündigte auch der neue Generalkonsul der USA in Ostjerusalem, Morris Draper, verstärkte US-amerikanische Finanzhilfe für die „Privatinitiative“ in den besetzten Gebieten an.

Die Realisierung des wirtschaftlichen Teils dieses Plans ist nicht möglich ohne eine enge Zusammenarbeit mit dem jordanischen Regime, das alleine über einen entsprechenden Einfluß auf Teile der palästinensischen Bevölkerung verfügt. Seinerzeit hatte die Weigerung Jordaniens, das israelische Projekt der „Dorfligen“ mitzutragen, mit dazu beigetragen, daß dieses Kollaborateursnetz definitiv zusammenbrach.

Das jordanische Regime hat inzwischen weder in Worten noch in Taten einen Zweifel an seinem ernstesten Willen gelassen, sich mit voller Kraft an dem israelisch-amerikanischen Projekt zu beteiligen. Zunächst hatte es sich bemüht, sich dabei durch ein Bündnis mit dem (rechten) PLO-Flügel um deren Vorsitzenden Yassir Arafat abzusichern und bereits damit die PLO insgesamt zu schwächen. Das von Hussein und Arafat vereinbarte Amman-Abkommen (vom Februar 1985, siehe AIB 4/1985; d. Red.) war dafür die erste Stufe.

Nachdem sich die PLO-Führung jedoch nicht dazu bequem wollte, den logisch nächsten Schritt zu machen und die PLO in ein Anhängsel des jordanischen Außenministeriums umzuwandeln, entschloß sich König Hussein, die Repräsentanten dieser Linie praktisch aus Jordanien hinauszuerwerfen. Damit verband er die Reaktivierung seines alten Projektes, die PLO überhaupt zu liquidieren und sich wie in den Zeiten vor 1967 zum alleinigen arabischen Verwalter der palästinensischen Angelegenheiten zu machen.

„Entwicklungshilfe“ für Kollaborateure

Die „Washington Post“ faßte ein Interview, das sie mit König Hussein während seines US-Besuches gemacht hatte, am 11.6.1986 wie folgt zusammen: „Er hinterließ den Eindruck, ohne es explizit zu sagen, daß eine Arabische Gipfelkonferenz aufgerufen werden könnte, eine neue Führung für die Palästinensische Befreiungsorganisation zu bestätigen oder anderenfalls eine Führung außerhalb der PLO anzuerkennen, die mit König Hussein bei Friedensbemühungen zusammenarbeiten würde.“

In einer Pressekonferenz in Jordanien sagte König Hussein am 12. Juli 1986 u.a.: „Die Frage der Selbstbestimmung ist eine jordanisch-palästinensische Frage. Es ist völlig falsch, sie in einer inter-

nationalen Konferenz zu diskutieren." Diese gegen das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und gegen die PLO als einen Ausdruck dieser Selbstbestimmung gerichteten Thesen werden seit einigen Monaten in aller Öffentlichkeit in die Praxis umgesetzt, während sie in den vergangenen Jahren unter dem Deckmantel der Zusammenarbeit mit dem rechten PLO-Flügel eher unter der Hand praktiziert wurden.

Zu den wichtigsten Maßnahmen des jordanischen Regimes gehörten in den letzten Monaten in diesem Sinn die folgenden: Nachdem König Hussein im Februar 1986 der PLO-Führung offiziell die Zusammenarbeit aufgekündigt hatte und seitdem deren Bewegungsmöglichkeiten in Jordanien immer stärker ein-



Sympathiekundgebung für die PLO (oben); Einsatz israelischer Besatzer gegen palästinensischer Demonstranten (unten) in der Westbank



geschränkt wurden, kaufte das jordanische Regime den ehemaligen Chef des militärischen Abschirmdienstes der PLO, den Oberst Atallah Atallah (Abou Zaim), und ließ ihn im April 1986 in Rebellion gegen Arafat treten.

Einer der pikanten Aspekte dieser Affäre ist der, daß Abou Zaim einer der PLO-Offiziere war, deren Absetzung wegen Korruption und Feigheit von der Fatah-Fraktion um Abou Moussa gefordert worden war. Arafats Festhalten an Abou Zaim war einer der Gründe für die Abspaltung der Abou-Moussa-Fraktion im Jahr 1983 gewesen (siehe AIB 1/1984 und 4/1985; d. Red.). Anfang Juni 1986 beschloß das jordanische Regime, alle palästinensischen Jugendzentren in das jordanische Ministerium für Jugend einzugliedern, löste die gewählten Exekutivkomitees auf und ernannte politisch willfährige Komitees. Durch ein Protestschreiben, das der Direktor der UNRWA in Jordanien am 5. Juni 1986 schickte, ließ sich Amman nicht beeindrucken.

Als nächstes versuchte das Hussein-Regime, den Informationsfluß zwischen den Palästinensern in Jordanien und der Westbank zu unterbrechen, indem es den

jordanischen Medien untersagte, Informationen zu übernehmen, die von den unabhängigen und pro-PLO-Zeitungen Ostjerusalems herrührten. Es setzte außerdem 34 Journalisten dieser Zeitungen — darunter die Chefredakteure von „Al Mithaq“, „Al Fajr“, „Al Quds“ und „Al Shaab“ auf eine schwarze Liste und drohte ihnen Verhaftung an, wenn sie nach Jordanien kämen.

„Al Mithaq“ und „Al Ahd“ wurden übrigens am 22. August von den israelischen Besatzern als angebliche Organe der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) geschlossen.

Der wichtigste Teil der jordanischen Politik ist jedoch die enge Zusammenarbeit mit Israel bei der Schaffung einer funktionierenden Struktur palästinensischer Kollaborateure.

Das jordanische Kabinett hat in diesem Zusammenhang im Juli 1986 den Plan für die „Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den besetzten Gebieten, 1986-90“ verabschiedet. Er sieht vor, daß 1,4 Mrd \$ aus den USA und den Golfstaaten sowie der EG — darunter wie erwähnt insbesondere auch der BRD — über Jordanien in die besetzten Gebiete

— einschließlich des früher zu Ägypten gehörenden Gaza-Streifens — gepumpt werden. Der Plan sieht vor, daß von diesen Geldern 17% der Landwirtschaft, 6,2% der Industrie, 42% dem Bausektor, 21% dem Erziehungswesen, 9,5% dem Gesundheitswesen und die restlichen 2,8% der sozialen Entwicklung zugute kommen sollen.

Im Plan wird offiziell als Ziel die Entwicklung menschlicher Ressourcen, die Verminderung der dauernden oder zeitweiligen Auswanderung und die Einschränkung der Notwendigkeit arabischer Arbeit in israelischen Betrieben genannt. Doch zeigt allein die Tatsache, daß nur 23,2% der Ausgaben für die einzigen Produktionssektoren, die Landwirtschaft und die Industrie, zur Verfügung stehen, daß das wirkliche Ziel völlig anderer Natur ist.

Die besetzten Gebiete werden weiter völlig abhängig bleiben. Der Besatzungsmacht werden zweitens große Ausgaben erspart. Und drittens ist mit dem Plan ein Deckname für die großzügige Verteilung von Bestechungsgeldern an die „gemäßigte“ palästinensische Bourgeoisie gefunden, die einerseits an leicht verdientem Geld im Dienstleistungs- und Immobiliensektor interessiert ist, und die sich gleichzeitig für eine Wiedererrichtung der jordanischen Herrschaft über die Westbank einsetzt.

Im übrigen geben selbst diese Prozentsätze ein falsches Bild, wenn man beispielsweise bedenkt, daß von den 61,7 Mio Jordanischer Dinar (1 JD = 0,16 DM, Stand 1986; d. Red.), die für die Landwirtschaft vorgesehen sind, nur 28,1 Mio unmittelbar in die Produktion fließen sollen. Der Rest hingegen ist überwiegend für die Einrichtung verschiedener Büros und Institutionen (Beratungs-, Marketing-, Forschungszentren udgl.) vorgesehen.

Krönung Bürgermeisterbenennung

Auch eine nähere Aufschlüsselung der Ausgaben für andere Sektoren wie dem Bausektor zeigt ähnliche Tendenzen. 42% dieses Sektors stehen z.B. nur für öffentliche Gebäude zur Verfügung. Die sich so ergebenden jährlichen Ausgaben von 82 JD für jede der ca. 220.000 Familien in den besetzten Gebieten, von denen rund 80% als bedürftig anzusehen sind, sind absolut unzureichend, um einen qualitativen Wandel in der Wohnungssituation der Bevölkerung herbeizuführen. Sie sind hingegen durchaus geeignet, die Taschen der Eigentümer lokaler Baufirmen und Zulieferbetriebe zu füllen.

Es ist sicher kein Zufall, daß die jordanische Regierung ihren „Entwicklungsplan“ während des Besuchs von US-Vize-

AIB

AIB-Sonderheft 4/1986

Dritte-Welt-Politik der BRD



Bundesrepublik und Dritte Welt

Themen:

- Neuorientierung der Entwicklungspolitik
- Wem nutzt die Entwicklungshilfe?

Der bundesdeutsche Anteil

- an der wirtschaftlichen Ausbeutung
- an der Schuldenkrise
- am NATO-Interventionismus
- Fallbeispiele: Nicaragua und Südafrika
- Anliegen der Solidaritätsbewegung
- Alternativen der Opposition
- Dokumente, Rezensionen

Exklusiv

Interviews mit

- Annemarie Borgmann (Die Grünen)
- Karl-Heinz Hansen (Friedensliste)

32 Seiten (DIN A 4), 2,50 DM

**33% Rabatt
ab 10 Exemplaren**

präsident George Bush in der Region im Juli 1986 verkündete, und daß Bush ihn offiziell begrüßte. Der jordanische Minister für die Angelegenheiten der besetzten Gebiete, Marwan Dudin, hat seinerseits darauf hingewiesen, daß die Vorbereitungen für den Plan nach dem Amman-Abkommen zwischen Jordanien und der PLO „in Erwartung möglicher politischer Entwicklungen“ getroffen worden seien, „die die Wiedervereinigung der Wirtschaft der Westbank mit den Wirtschaften der benachbarten arabischen Regionen und insbesondere mit der Eastbank erleichtern würden“.

Die jordanische Herrschaft soll diesmal die Form eines jordanisch-israelischen Kondominions haben und so schließlich die ökonomische und dann politische Durchdringung Jordaniens durch Israel ermöglichen. Jordanien hat sich auch entschlossen, aufs neue die Gehälter derer zu zahlen, die zur Zeit der jordanischen Herrschaft vor 1967 im öffentlichen Sektor beschäftigt waren.

Am 17. September 1986 wurde in Nablus zum ersten Mal seit 1967 eine arabische Bank eröffnet. Die „Kairo-Amman Bank“, die zu 88% Jordanien und zu 12% Ägypten gehört, hat ihren Sitz in Amman. Sie soll den Einfluß, den Jordanien 1967 mit der Schließung der gleichnamigen Bank verlor, wiederherstellen und einen palästinensischen Beitrag zur Finanzierung des erwähnten Fünf-Jahres-Plans leisten.

Die bisherige Krönung dieser Politik ist jedoch die Ernennung der drei Bürgermeister, der vor 7 Monaten die Ernennung von Hafiz Touqan zum Bürgermeister von Nablus vorausgegangen war. Die Ernennung dieser Bürgermeister hat mit Zustimmung Jordaniens, ja mit Hilfe jordanischen Drucks stattgefunden. König Hussein hat nicht nur eine erneute Zahlung aus seit 1982 eingefrorenen Fonds und eine bevorzugte Behandlung der betroffenen Gemeinden im Fünf-Jahres-Plan angekündigt.

93% der Palästinenser pro PLO

Nachdem Anfang März 1986 mit Zafir al Masri der erste aus der Reihe der neuen jordanisch-israelischen Bürgermeister nach zweimonatiger Amtszeit in Nablus auf offener Straße von palästinensischen Fedayin liquidiert worden war, zogen alle übrigen Anwärter ihre Kandidatur zurück. Unter diesen Umständen bedurfte es nicht nur der fortgesetzten Spaltung und Schwäche der PLO, sondern auch gezielten Drucks seitens des jordanischen Regimes, um neue Kandidaten zu finden.

Ob Israel, Jordanien und die USA diesmal mit ihrem Projekt durchkommen

werden, ist noch nicht abzusehen. Die Chancen stehen eher schlecht, wenn man die Ergebnisse einer Meinungsumfrage betrachtet, die Anfang August 1986 in der Westbank und im Gaza-Streifen im gemeinsamen Auftrag von „Al Fajr“, der US-amerikanischen Zeitung „Newsday“ und dem australischen Rundfunk durchgeführt wurde.

Demnach betrachten 93% der Palästinenser der besetzten Gebiete die PLO als einzigen legitimen Vertreter. Nur 1% wünschen eine mit Jordanien verbundene palästinensische Entität. 78% befürworten den bewaffneten Kampf, und nur 7% glauben an die Effizienz diplomatischer Aktionen.

Wenn sich auch 71% zu Anhängern Arafats erklärt haben, kann dieser doch nicht übersehen, daß sich diese Anhänglichkeit primär auf ihn als Symbol der palästinensischen Einheit und nicht auf seine Politik bezieht. Anfang September 1986 fand in Prag ein Treffen zwischen der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP), der Kommunistischen Partei Palästinas (PCP) und Al Fatah statt, bei dem sich die drei Organisationen auf eine 11-Punkte-Plattform zur Wiederherstellung der Einheit der PLO geeinigt haben. Sie enthält die gemeinsame Feststellung, daß das Amman-Abkommen nicht mehr gültig sei und nicht mehr die Basis der Politik der PLO auf palästinensischer, arabischer und internationaler Ebene bilde.

Dies ist den von Syrien unterstützten Organisationen einschließlich der PFLP bislang aber noch nicht konkret und verbindlich genug, um schon jetzt eine Wiedervereinigung, und d.h. die Auflösung der Palästinensischen Rettungsfront zu akzeptieren, wenn diese auch schon seit längerem von der Forderung des Rücktritts Arafats als Vorausbedingung Abstand genommen hat.

Die immer offensichtlicher werdende Notwendigkeit, den konzertierten Plänen zur faktischen Liquidierung des palästinensischen Widerstandes — sei es in Form der geschilderten ökonomischen Maßnahmen, sei es in Gestalt der Angriffe der libanesischen schiitischen „Amal“-Milizen auf die Palästinenser im Libanon und weiterer Maßnahmen der arabischen „Wächter Israels“ — eine größtmögliche palästinensische Einheit entgegenzusetzen, hat dazu geführt, daß inzwischen immerhin Gespräche stattfinden konnten zwischen der Fatah und der PFLP als wichtigster Kraft der Palästinensischen Rettungsfront. Wieweit diese Gespräche erfolgreich sein können, hängt vor allem davon ab, ob sich die Fatah-Führung endlich dazu entschließt, von ihr unterzeichnete politische Vereinbarungen wie die Prager Erklärung auch in der Praxis zu achten.

- Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z. B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

- Rechnung

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Unsere Buchgeschenke

Wer uns einen neuen Abonnenten nennt oder das AIB verschenkt, erhält eins der unten aufgeführten Bücher nach Wahl. Das Buch wird bei Erteilung einer Abbuchungsvollmacht sofort ausgeliefert oder nach Bezahlung des Aboppreises von 33 DM.

- Bahrmann/Jacobs/Links, Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra, WKV, 216 S., 16,80 DM
- Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, WKV, 296 S., 16,80 DM
- Ege/Ostrowsky, Ronald Reagan. Biographie, PRV, 336 S., 16,80 DM
- R. Falk, Nelson Mandela. Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen, PRV, 288 S., 12,80 DM
- R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, PRV, 224 S., 14,80 DM
- R. Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf, PRV, 220 S., 14,80 DM
- B. Gaul, Das Land denen, die es bebauen. Agrarreform in Nicaragua, WKV, 224 S., 14,80 DM
- H.E. Gross, Guatemala, WKV, 248 S., 14,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Der neue Mensch, WKV, 192 S., 12,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Guerillakampf und Befreiungsbewegung, WKV, 216 S., 14,80 DM
- Nelson Mandela, Der Kampf ist mein Leben, WKV, 416 S., 18 DM
- J. Matthews, Die Träume des David Patterson. Roman, WKV, 362 S., 16,80 DM
- L. Otero, Stadt im Feuer, Roman, WKV, 384 S., 16,80 DM
- E. Reimann, Ich war ein Contra, PRV, 120 S., 9,80 DM
- Vukani - Makhosikazi, Frauen in Südafrika, PRV, 288 S., 16,80 DM
- Ziegler/Popow, Ändere die Welt, sie braucht es. Ein Dialog zwischen Ost und West, PRV, 232 S., 14,80 DM

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

387

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Postkartenaktion

Freiheit für Beatriz Brinkmann!



AIB-Geschenkabo

Ja, ich möchte das AIB zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab verschenken.

- befristet für ein Jahr
 unbefristet*

*) Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort _____

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

Bank/Geldinstitut _____ Ort _____

- Rechnung

Datum _____ Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort _____

Dr. Beatriz Brinkmann ist seit über 4 Monaten im Gefängnis.
Tausende Bitten für ihre Freiheit sind nicht gehört worden. Es ist sogar nicht erreicht worden, daß ihr Anwalt Akteneinsicht bekommt.
Deshalb wende ich mich jetzt an Sie und bitte um Freiheit für Dr. Beatriz Brinkmann.

Dr. Beatriz Brinkmann lleva más de cuatro meses en la cárcel.
No se han escuchado miles de solicitudes pidiendo su libertad. Ni siquiera se ha logrado que su abogado pueda conocer los documentos del proceso.
Por esto me dirijo ahora a Usted para pedirle la libertad de Dr. Beatriz Brinkmann.

Unterschrift

Absender

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Postkarte

Luftpost
1,- DM

Brigadier General
Eduardo Iturriaga Neumann
Libertador Bernardo O'Higgins 543
VALDIVIA/CHILE

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Eberhard Wolf

Von der Städte- zur Länderpartnerschaft?

In einem ersten Beitrag in AIB 1-2/1987 (S. 54-56) hatte Eberhard Wolf, Mitglied der Städtepartnerschaftsinitiative Mainz-Diriamba eine Bilanz des Kampfes für Städtepartnerschaften mit Nicaragua gezogen. Nun möchte er am Beispiel der hessischen Nicaragua-Koordinationsgruppe zeigen, daß die regionale Vernetzung auf Landesebene ein wichtiger Schritt ist, die einzelnen Initiativen zu stärken und neue Möglichkeiten der Solidaritätsarbeit zu eröffnen.

Die Koordinationsgruppe hessischer Nicaragua-Initiativen gründete sich im Herbst 1985 mit dem Ziel, einen überregionalen Erfahrungsaustausch zwischen den Lokalgruppen zu ermöglichen und eine gemeinsame Interessenvertretung gegenüber der rot-grünen Landesregierung zu schaffen.

Kooperation Hessen — IV. Region

Der landesweite Zusammenschluß stellte somit eine Antwort auf die isolierte Arbeitssituation der Komitees sowie eine notwendige Ergänzung zu den Bundestreffen des Wuppertaler Informationsbüros dar. Mittlerweile zählt die Koordinationsgruppe mehr als 40 Mitglieder, wobei der überwiegende Teil der Gruppen im Bereich kommunaler Beziehungen und Projektförderung tätig ist. Daneben arbeiten auch verschiedene Fachgruppen aus dem medizinischen (Medico International), landwirtschaftlichen (Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz), technischen (Werkhof), kirchlichen (Ökumenische Initiative) und gewerkschaftlichen (DGB-Arbeitskreis) Sektor mit.

Durch den Landtagsbeschluß der „Zusammenarbeit zwischen dem Land Hessen und der IV. Region/Nicaragua“ — verabschiedet mit rot-grüner Mehrheit im April 1986 — sind auf die Koordinationsgruppe neue Aufgaben zugekommen, die vor allem eine verbesserte Interessenabstimmung zwischen den Komitees in den unterschiedlichen Sektoren erforderlich machen.

Da sowohl die Grünen als auch die Koordinationsgruppen sich für eine offizielle Partnerschaft zwischen den Ländern stark machten, ist die Kompromißformel der „Zusammenarbeit“ zweifelsohne auch eine Widerspiegelung der derzeitigen Kräfteverhältnisse zwischen Solidaritätsbewegung und dem reformi-

stischen Block. Im Landtagsbeschluß wird die Landesregierung aufgefordert, „gemeinsam mit kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen sowie den hessischen Nicaragua-Initiativen und kommunalen Partnerschaftsgruppen entwicklungspolitische Projekte in der IV. Region zu fördern“ und beauftragt, „umgehend alle Schritte zur Realisierung dieser Zusammenarbeit mit der Region IV in die Wege zu leiten“.¹

Die materielle Absicherung der Zusammenarbeit ist durch die Bereitstellung von 0,5 Mio DM für Projekthilfe 1987 sichergestellt.² Daneben werden im Beschluß ausdrücklich auch solche entwicklungspolitischen Maßnahmen wie Stipendienvergabe, Wissenschafts- und Kulturaustausch, schulische und außerschulische Bildungsmaßnahmen sowie Öffentlichkeitsarbeit genannt, die im Rahmen der offiziellen Zusammenarbeit ebenfalls gefördert werden sollen.

Revolutionsfeier in Masaya mit bundesdeutscher Beteiligung



BRÜCKEN SCHLAGEN



Resümiert man die Erfahrungen der letzten Monate, so haben die Informationsreise einer 10köpfigen Delegation aus Hessen³ in die IV. Region sowie der anschließende „Gegenbesuch“ von fünf nicaraguanischen Bürgermeistern (aus Diriamba, Ocotal, Rivas, Masaya, Ciudad Sandino) einschließlich des Regierungsbeauftragten für Kooperation mit dem Ausland einen wichtigen Schritt zur Vertiefung der politischen und menschlichen Beziehungen geleistet. Und sie haben das politische Gewicht der Koordinationsgruppe als Initiator der Kontakte erhöht.

Ob es in den nächsten 2 Jahren gelingen wird, die Möglichkeiten des Landtagsbeschlusses auszuschöpfen und insbesondere die Etatmittel aufzustocken, wird eine Frage der Kräfteverhältnisse außerhalb und innerhalb des Parlaments (nach der Landtagswahl im September 1987) sein.

Zweifelsohne hat der Landtagsbeschuß die Handlungsspielräume und Legitimationsbasis für die Gruppen in den Kommunalparlamenten erhöht, die eine politische und materielle Unterstützung für Nicaragua über kommunale Beziehungen anstreben. Die tatsächliche Umsetzung muß allerdings von den Komitees politisch durchgesetzt und organisatorisch abgesichert werden.

Eine der wichtigsten Konsequenzen für die Koordinationsgruppe ist die baldige Schaffung professioneller Arbeits- und Organisationsstrukturen (hauptamtliche Mitarbeiter, Büroausstattung, finanzielle Absicherung der Arbeit). Eine Einsicht übrigens, die von den bundesdeutschen Organisationen, die mit der Contra eng zusammenarbeiten, schon seit einiger Zeit in die Praxis umgesetzt wird.⁴

Anmerkungen:

- 1) Hessischer Landtag, Drucksache 11/5480 vom 11.3.1986
- 2) Bereits 1985 hatte die Landesregierung 1 Mio DM für ein Krankenhausprojekt am Rio San Juan zur Verfügung gestellt.
- 3) Vgl. Frankfurter Rundschau, 3.7.1986
- 4) Siehe AIB 4/1986, S. 22ff.



Themen:

- Die Facetten der US-Aggression
- Contra-Krieg und Volksverteidigung
- Die Menschenrechtskampagne
- Soziale Bilanz der Revolution
- Der Weg zur Überlebenswirtschaft
- Die Amtskirche stößt auf Widerstand
- Die neue Verfassung
- Städtepartnerschaften
- Interview mit Sergio Ramirez
- Die Bonner Contra-Hilfe

Autor(inn)en: J. Hippler, H. Ballauf, R. Meyer, E. Wolf, S. Flaig, M. Schuck, W. Brönnner, N. Biver

36 Seiten (DIN A 4), 2,50 DM

Brasilien

Peter Garcia Trägerischer Wirtschaftsaufschwung

Bis zum 20. November 1986 war Finanzminister Dilson Funaro einer der beliebtesten Politiker Brasiliens. Der vorausgegangene beeindruckende Wahlerfolg der Regierungskoalition „Aliança Popular“ war nicht zuletzt seiner Popularität zu verdanken.

Dann änderte sich die Situation schlagartig. Öffentliche Veranstaltungen wurden aus Furcht vor Übergriffen abgesagt. Und selbst zu geschlossenen Versammlungen wagte sich Funaro nur noch durch die Hintertür.¹

Als die Massenproteste auf den Straßen zunahmen, bot er Präsident Sarney seinen Rücktritt an.

Der Grund für das Auf und Ab im öffentlichen Stimmungsbaremeter hatte beide Male den gleichen Namen: Cruzado-Plan.

Die erste Fassung dieses Plans zur Stabilisierung der Wirtschaft Brasiliens war am 28.2.1986 in Kraft getreten. Kernpunkte waren die Einführung der neuen Währung Cruzado, ihre Bindung an einen festen Dollar-Umrechnungskurs und eine allgemeine Lohnerhöhung von mindestens 30%, bei gleichzeitigem Einfrieren der Verkaufspreise.

Als Folge dieser Maßnahmen hatten die 50% der Brasilianer, die sich knapp 10% des Nationaleinkommens teilen müssen, das erste Mal nach langer Zeit wieder genug zu essen.

Als am 15.11.1986 die Brasilianer bei einer Beteiligung von 95% den Regierungsparteien bei den Kongreß- und Gouverneurswahlen zu einer überwältigenden Mehrheit verhalfen, bedankten sie sich damit vor allem für den Cruzado-Plan.

Die Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (PMDB) erreichte 22 der 23 Gouverneursmandate und 54,2% der Stimmen. Für die zweite Regierungspartei, die Partei der Liberalen Front (PFL), entschieden sich 23,4% der Wähler. Insgesamt hatten sich 32 Parteien zur Wahl gestellt, darunter erstmals wieder die Brasilianische Kommunistische Partei (PCB).

Obwohl die Wahl hauptsächlich ein Votum für den Cruzado-Plan war, bedeutet das nicht, daß dieser Wirtschafts-

mechanismus im November noch so gut funktionierte wie zu Beginn seines Einsatzes. Wo nur möglich wurde der Preisstopp umgangen: durch Änderung der Verpackung, des Namens, der Abfüllmenge oder der Qualität.

Außerdem leerten sich die Regale zusehends. Grundnahrungsmittel wie Milch, Milchprodukte, Eier, Fleisch, Gemüse und Kartoffeln waren entweder überhaupt nicht mehr oder nur „unter dem Ladentisch“ mit einem Aufschlag von mindestens 50% des Preises zu erhalten.

Um dieser Sabotagepolitik der Nahrungsmittelhersteller und -händler entgegenzuwirken, ließ die Regierung Anfang Oktober auf drei Großfarmen je 2.000 Rinder beschlagnahmen (bei Zahlung von 3/4 des amtlichen Preises).

Schröpfung nach der Wahl

Aber der Cruzado-Plan wurde nicht nur im Bereich der Lebensmittelversorgung ausgehöhlt. Obwohl nach offiziellen Zahlen die Inflation von über 200% auf 10% gesenkt werden konnte, gibt es deutliche Anzeichen dafür, daß die Inflationsrate in Wirklichkeit viel höher liegt.

Z.B. erhielt man ungeachtet der Tatsache, daß der Cruzado mit einer offiziellen Rate von 13,88 an den US-Dollar (\$) gebunden war, auf dem Schwarzmarkt 28-29 Cruzados pro \$.²

Auch die Regierung war sich darüber im klaren, daß die Wirksamkeit des Cruzado-Plans nachließ. U.a. war es nicht gelungen, die Verschuldung der öffentlichen Hand abzubauen. Deshalb wurde am 21.11.1986 – 6 Tage nach den Wahlen – der Cruzado-Plan II ins Leben gerufen.

Mit gezielten Steuer- und Preiserhöhungen sollen jährlich über 11 Mrd \$ an Kaufkraft abgeschöpft werden. Betroffen sind die öffentlichen Dienste (Strom, Telefon, Post, Wasser), alkoholische Getränke und Zigaretten (+ 100%), Benzin (+ 60%), Autos (+ 80%) usw.

Außerdem wurde die sofortige Schließung oder Zusammenlegung von 15

staatlichen Unternehmen verfügt – unter ihnen das einflußreiche Kaffee-Institut.

Das bedeutete für 30.000 staatliche Angestellte den Verlust ihrer Arbeitsplätze. Weitere 32 Unternehmen der öffentlichen Hand sollen in den nächsten Monaten folgen.

Alles in allem bedeuten die Maßnahmen des Cruzado-Plan II für 1987 eine Erhöhung der Staatseinnahmen um fast 50%: von ursprünglich vorgesehenen 306 Mrd Cruzados auf jetzt 466 Mrd. Schließlich geht der neue Wirtschaftsplan auch von einem festen Kurs des Cruzado zum \$ ab: Einer ersten Abwertung von 1,8% werden weitere Währungsanpassungen in kleinen Schritten folgen.³

Eine prinzipielle Änderung der Wirtschaftspolitik ist jedoch weniger im Hinblick auf die Instrumentarien als auf die Zielsetzung beabsichtigt. 70% der Preise blieben weiterhin eingefroren und auch für die neuen Preise gilt nach der Erhöhung wieder ein Preisstopp.

Fußangel Auslandsverschuldung

Neben der Reduzierung des Staatsdefizits geht es hauptsächlich darum, die Bedienung der Auslandsschuld abzusichern. Die Kaufkraft der Bevölkerung soll wieder geschmälert werden, damit die für den Export produzierten Waren nicht weiter der Bedarfsbefriedigung auf dem Binnenmarkt dienen. Denn im November 1986 wurde nur noch ein Handelsbilanzüberschuß von 131 Mio \$ erzielt – anstelle der monatlich dringend benötigten Milliarde.⁴

Obwohl die brasilianische Wirtschaft 1986 die imponierende Wachstumsrate von 11% erreichte⁵, ist das Land dem Abbau der Außenverschuldung keinen Schritt näher gekommen. Im Gegenteil, die Außenschuld erreicht bald die Grenze von 110 Mrd \$.

1986 mußte Brasilien 12 Mrd \$ für die Bedienung seiner Schuld bezahlen. Der Handelsbilanzüberschuß lag jedoch nur

zwischen 9 und 10 Mrd \$. Die Differenz konnte 1986 auch nicht durch neue Direktinvestitionen abgedeckt werden. Während in der Vergangenheit die Neuinvestitionen zu einem jährlichen Mittelzufluß von 2 Mrd \$ beitrugen, wurde für 1986 ein Negativsaldo von 1,2 Mrd \$ verzeichnet.

Die ausländischen Konzerntöchter, die unter dem Cruzado-Plan immer weniger an Reinvestitionen interessiert sind, haben im vergangenen Jahr Rekordüberweisungen an ihre Muttergesellschaften vorgenommen. Die Neuinvestitionen aus



Präsident Sarney im Wahlkampf

dem Ausland sanken von 582 Mio \$ im ersten Halbjahr 1985 auf lächerliche 15 Mio im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres.

Da Brasilien seinen Zahlungsverpflichtungen trotzdem nachkam, schmolzen die Devisenreserven des Landes zusammen: von 7,7 Mrd \$ Anfang des Jahres auf höchstens 5 Mrd \$. Das „Jornal do Brasil“ spricht sogar nur noch von einem Restbestand von 2,5 Mrd.⁶

Neu bei dieser Konstellation ist das Verhalten des Auslandskapitals. Jahrzehntelang war Brasilien – unter den Militärregierungen – ein Paradies für Auslandsinvestitionen. Nicht, daß nun Präsident Sarney oder Dilson Funaro einen grundsätzlich anderen Kurs fahren wollen.

Aber sie vertreten den Flügel der brasilianischen Bourgeoisie, der im Rahmen des unter jetzigen Bedingungen Möglichen nationalen Interessen durchsetzen möchte – allerdings nicht gegen, sondern mit Hilfe des Auslandskapitals (Funaro ist selbst Fabrikant). Es geht ihnen darum, Brasilien möglichst schnell auf den Weg zu einem hochentwickelten Industriestaat zu bringen, in dem der Binnenmarkt, d.h. die Kaufkraft des Durchschnittsbrasilianers, eine ähnlich wichtige Rolle spielt, wie in den USA oder Westeuropa.

Dieser Sprung nach vorn sollte mit Hilfe des Cruzado-Plans verwirklicht werden, der das Wachstum der Wirtschaft in den Mittelpunkt stellte. Die anfängliche Euphorie des Auslandskapitals über neue mögliche Absatzchancen wich bald der Ernüchterung, als den ausländischen Unternehmen immer klarer wurde, daß auch sie einen Beitrag zur Erreichung der ehrgeizigen Ziele der Regierung Sarney leisten sollen.

„Ausländerfirmen fürchten um ihr Kapital in Brasilien“ überschrieb „Die Welt“ einen Artikel kurz nach dem 8. Treffen der deutsch-brasilianischen gemischten Wirtschaftskommission Mitte Oktober 1986. Danach leiden die bundesdeutschen Unternehmen der Automobil- und Pharmabranche in Brasilien zunehmend unter Preisstopp und Steuererhöhungen. Ihre Verkaufspreise würden nun größtenteils unter den Produktionskosten liegen.

Auslandskapital entsetzt

Aber die Verunsicherung der ausländischen Unternehmen rührt nicht alleine von den verordneten Niedrigpreisen her. Es geht die Furcht um, „daß in der beabsichtigten neuen Verfassung Beschränkungen für die Tätigkeit des Auslandskapitals festgeschrieben werden“. In der Tat ist diese Sorge nicht unbegründet.

Am 18.9.1986 war dem Präsidenten von einer Kommission von 51 Professoren und Verbandsvertretern ein fast 500 Artikel umfassender Entwurf einer neuen Verfassung vorgelegt worden. U.a. soll die 40-Stunden-Woche festgelegt werden sowie Beteiligung der Arbeiter an Gewinn und Umsatz, Garantie des Arbeitsplatzes und Arbeitslosenversicherung, volles Streikrecht auch im Bereich der öffentlichen Hand, strengere Kontrolle ausländischen Kapitals und sein Ausschluß vom Abbau der Bodenschätze.

„Die deutschen Aktionäre sind entsetzt über die Dinge, die in den Zeitungen erscheinen“, ließ dazu Rolf Löchner, Generaldirektor von Bayer do Brasil wissen.⁷

Supermarkt in Rio de Janeiro



Ein dritter Stein des Anstoßes ist die Marktreservierung der Elektronik-Branche für brasilianische Firmen.

In den Zeitungen fordern brasilianische Unternehmer, daß im Interesse der Zukunft der Nation weitere strategisch wichtige Branchen für die heimische Industrie reserviert werden müßten. Da die USA hier bis jetzt noch direkter betroffen sind, ergriff ihr Vertreter die Offensive: „Der amerikanische Botschafter droht Brasilien“, hieß im Oktober 1986 eine Schlagzeile, die über die ganze erste Seite des großbürgerlichen „Jornal do Brasil“ ging.

Angedroht wurde ein Handelskrieg und der Abzug der Investitionen. Darauf Luis Gonzaga Belluzzo, Chefberater des brasilianischen Finanzministeriums: „Dieser Botschafter ist wirklich ein Affe.“⁸

Inzwischen strich Washington Brasilien die Zollpräferenzen. Aber auch einige brasilianische Unternehmer sind gegen den Cruzado-Plan. Genau so wenig wie die ausländischen Anleger sehen sie ein, warum auch sie für die Sanierung der Wirtschaft Opfer bringen sollten.

Schon lange forderten sie eine Lockerung der Preiskontrollen und die Einstellung der dirigistischen Wirtschaftspolitik. Mit den Maßnahmen vom 21.11.1986 waren sie ebenfalls nicht einverstanden, weil die wenigen zugestandenen Preiserhöhungen durch die gestiegenen Energiekosten und die höhere Steuerbelastung mehr als aufgehoben worden seien.

Erster gemeinsamer Generalstreik

Schließlich fühlte sich auch die Mehrzahl der Wähler durch die Preiserhöhungen vom 21. November 1986 betrogen. Bereits 7 Tage später wurde von der CUT, der Gewerkschaftszentrale der Arbeiterpartei (PT), ein Protestmarsch durch Brasilia organisiert. Nachdem über 100 Demonstranten verletzt und 30 festgenommen waren, wurden mehrere Privat- und Polizeiwagen in Brand gesteckt und Läden geplündert.

Für den 12. Dezember riefen die CUT und die Allgemeine Zentrale der Werk-tätigen (CGT), die der PMDB nahe steht, das erste Mal gemeinsam zu einem Generalstreik auf.

Das führte jedoch nicht zu einer Vermischung der unterschiedlichen Standpunkte der beiden Gewerkschaftsorganisationen. Die CGT befürwortet prinzipiell den Plan Cruzado und den Sozialpakt der Regierung, die CUT lehnt beides ab. Einigkeit herrscht jedoch bei der Forderung nach einem Schulden-Moratorium.

Der Streik wurde nur teilweise befolgt. Zentrum war der Industriegürtel um São Paulo, die Hochburg der CUT.

Am Tag des Streiks herrschte landesweit ein Klima der Einschüchterung. In den Großstädten wurden Panzer postiert, Straßensperren errichtet und Passanten durchsucht. Auch Bahnhöfe und Flughäfen wurden unter Militärkontrolle gestellt. Schon Tage vorher waren die Massenmedien einer verstärkten Zensur unterworfen.⁹

Die breite Protestfront gegen den Cruzado-Plan II machen einmal mehr das Dilemma deutlich, in dem die Regierung Sarney steckt: hohes Wirtschaftswachstum und uneingeschränkte Bedienung der Auslandsschuld unter einen Hut zu bringen.

IMF befriedigt

Die stärkere der beiden Regierungsparteien, die PMDB, ist hier bereits einen Schritt weitergegangen. Am 27.11.1986 erklärte der Vorsitzende der PMDB-Fraktion in der Abgeordnetenkammer, Pimenta da Vega, im brasilianischen Fernsehen, daß die Partei von der Regierung einen Zahlungsaufschub oder eine Begrenzung des Schuldendienstes fordere.

Da die PMDB seit den Wahlen über die absolute Mehrheit verfügt, blieb diese Forderung nicht unbeachtet.

Am 7. Dezember erklärte Funaro in New York vor ausländischen Schuldnern: „Die Schuld kann nur dann bezahlt werden, wenn sie in den nächsten Jahren zu beträchtlich niedrigeren Kosten bedient wird... Wir sind bereit, über das zu verhandeln, was verhandelbar ist, nicht aber über das Wachstum unserer Wirtschaft.“¹⁰

Welche Antwort Funaro darauf erhielt, ist nicht bekannt. Aber vielleicht waren seine markigen Worte nicht ganz so ernst gemeint. Denn wenig später, zu Weihnachten, setzte er die Politik zur Ausschöpfung des von ihm ins Leben gerufe-

nen Cruzado-Plans fort, indem er das Volkseinkommen weiter beschchnitt. Für 500 Produkte – u.a. für verschiedene Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Brot und Milch – wurden weitere Preiserhöhungen verfügt oder angekündigt. Z.B. stiegen die Milchpreise um 110%.¹¹

Die gleichzeitig einigen Sektoren zugestandene Gehaltserhöhung von 25% ist da nur ein schwaches Trostpflaster. Der Vater des Cruzado-Plans schnürt seinem Kind langsam aber sicher die Kehle zu, damit die ausländischen Gläubiger Brasiliens um so freier atmen können.

Die im sog. Pariser Club zusammengeschlossenen Gläubigerstaaten dankten es ihm mit der Umschuldung von über 4 Mrd \$ öffentlicher Schulden am 21. Januar d.J. Obwohl Brasilien ein formelles Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF), das üblicherweise die Voraussetzung für Umschuldungsverhandlungen ist, abgelehnt hatte, hatten dieser und die US-Regierung den Verhandlungen zugestimmt, nachdem der Cruzado-Plan II in Kraft getreten war. Verhandlungen mit den Privatbanken über neue Kredite und die Umschuldung von 40 Mrd \$ werden sich anschließen.¹²

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Le Monde (LM), Paris, 10.11.1986
- 2) Angaben nach: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 22./23.11.1986
- 3) Vgl. Handelsblatt, 25.11.1986; Latin American Weekly Report (LAWR), London, 4.12.1986 und LM, 10.12.1986
- 4) Angabe nach: Latin American Economic Report (LAER), London, 31.12.1986
- 5) Vgl. IHT, 3./4.1.1987
- 6) Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.11.1986 und LAWR, 18.12.1986
- 7) Die Welt, 21.10.1986 und Süddeutsche Zeitung (SZ), 28.10.1986
- 8) Jornal do Brasil, Rio de Janeiro, 22.10.1986 und SZ, 28.10.1986
- 9) Vgl. LAWR, 11.12.1986 und LM, 14./15.12.1986
- 10) IHT, 8.12.1986
- 11) Vgl. El Pais, Madrid, 27.12.1986
- 12) Vgl. LAER, 31.12.1986

Polizeieinsatz gegen Demonstranten, die gegen die massiven Preiserhöhungen nach den Wahlen protestieren



Elisabeth Kempf

Vietnams Kampf gegen das Ökozid

Vietnam, ein Land, das sich von einem 30 Jahre währenden Krieg erholt, sieht sich heute der größten Herausforderung seit der Befreiung vor über einem Jahrzehnt gegenüber. Um mit einer ökologischen Krise fertig zu werden, startet seine Regierung eine nationale Naturschutzstrategie, einen langfristigen Plan, um Vietnams leidende Umwelt wiederherzustellen.

Drei Jahrzehnte der Auseinandersetzung, während derer die Vietnamesen zuerst die Franzosen und später die USA bekämpften, verursachten nicht nur den Tod und das Leiden von Millionen von Menschen, sondern verwüsteten auch Naturreichtümer, die jahrhundertlang das Land ernährten hatten.

Neben den 4 Mio erfaßten vietnamesischen Kriegsoffizieren, von denen 60% Kinder unter 16 Jahren waren, wurden durch flächendeckende Bombardierungen mehr als 72 Mio l Pflanzenvernichtungsmittel und 13 Mio t Munition abgeworfen, eine Menge, die der 450fachen Stärke der Atombombe von Hiroshima entspricht.

Die absichtliche Zerstörung der Wälder Vietnams, der Küsten-Mangrovenwälder, der Tierwelt und der Grundlagen der Landwirtschaft hat einen neuen Ausdruck geschaffen, „Ökozid“.

Er wurde von Wissenschaftlern geprägt, die die tragische Auswirkung gesehen und studiert haben, die die Kriegführung auf Vietnams zerbrechliche menschliche und natürliche Umwelt hatte. Um diesen Niedergang umzukehren, hat Vietnam Premierminister Pham Van Dong Anfang d.J. offiziell die wichtigste Empfehlung der nationalen Naturschutzstrategie gutgeheißen – die Gründung einer Nationalbehörde für den Schutz der Natur.

Zusätzlich haben die Wissenschaftler des Landes Indochinas erstes internationales Naturschutzabkommen entworfen. Angeregt von Vietnams führendem Umweltwissenschaftler, Professor Vo Quy von der Universität Hanoi, sieht es die Zusammenarbeit zwischen Laos, Kambodscha und Vietnam vor, um die Umwelt zu schützen und gemeinsame Naturreichtümer zu erhalten.

Der Vertrag, dessen Umsetzung durch die Kommission für wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit Mitgliedern aus allen drei Ländern erfolgen soll,

sah zuerst die sofortige Erhaltung der bedrohten Tierwelt der Region vor. Dies betraf u.a. das scheue Kouprey (*Bos sauveli*), die primitivste Rinderart der Welt, und viele Wasserzugvögel.

Diese Maßnahme, die von den Ministerien für Land-, Forstwirtschaft, Tierwelt und Fischerei aller drei Nationen angenommen wurde, ist nur einer von vielen Schritten der Vietnamesen, die kriegs-verwüsteten Ökosysteme Indochinas wiederzubeleben.

Die Waldzerstörung geht weiter

Aber die Hinterlassenschaft des Krieges behindert die Naturschutzbemühungen erheblich.

Blindgänger und Wrackteile stellen ernsthafte Gefahren für die Bauern, Förster und Agrarwissenschaftler dar, wuchern des Gras hat sich ausgebreitet, wo chemisches Sprühen Mio ha Wald zerstört hat; Bombenkrater haben Wälder und Felder

verdrängt, und 20% der Gezeiten-Mangrovenwälder in Südvietnam haben sich trotz jahrelanger Neupflanzungen nicht erholt.

Unglücklicherweise ging in Vietnam sogar noch mehr Waldland verloren, seit der Krieg vor 10 Jahren endete. Das rücksichtslose Sammeln von Brennholz, Waldbrände und jahrhundertalte Methoden der Brandrodungs-Landwirtschaft lichten systematisch ungefähr 200.000 ha Wald pro Jahr. Vietnam forstet jährlich etwa 100.000 ha mit einer Überlebensrate von nur 36% auf.

Die Zentralregion, die das wohl am stärksten von der Erosion betroffene Gebiet des Landes ist, ist der nationalen Naturschutzstrategie zufolge vielleicht das zerbrechlichste von allen lebenserhaltenden Systemen des Landes. Ortsansässige haben den Wald gerodet, was zu ernsthafter Erosion und zu einem starken Verlust von Mutterboden und Humus geführt hat.

Tiefe Regenwasserrinnen durchfurchen



Foto: von Tho An: Einen Baum pflanzen

trockene Hügel aus rotem Staub, die zwischen extremen Bedingungen von Unfruchtbarkeit und Dürre wechseln. Insgesamt erstreckt sich Vietnams Ödland jetzt über etwa 13 Mio ha. Davon sind 5 Mio Grasland, 4 Mio Gestrüpp und 3,9 Mio nackte Hügel.

Der Waldanteil in einigen der nördlichen Provinzen ist von 60,8% im Jahre 1943 auf 10% heute abgesunken. Örtliche Wissenschaftler berichten, daß 10.000 ha oder 20% des Gebietes durch Bombardierungen während des Krieges zerstört wurden. Heute wird der Hauptteil des geschlagenen Holzes zur Deckung des steigenden Bedarfs an Bau- und Brennholz verwandt oder schafft Platz für Ackerland. Aufforstungs- und agrarforstwirtschaftliche Pläne in dem Distrikt wurden während der Kriegsjahre unterbrochen, sind aber jetzt während dieses vergleichsweise stabilen Zeitabschnitts wieder aufgenommen worden.

Das Erbe des Krieges

Vietnams Naturschutzstrategie warnt davor, daß die natürliche Bewaldung des Landes im Jahr 2000 verschwunden sein wird, falls nicht Milliarden von Bäumen in den nächsten Jahren angepflanzt werden.

Sie betrachtet schon jetzt 40% des Landes als Ödland. Die Bevölkerung hat sich in den letzten 40 Jahren zudem verdoppelt, von 30 Mio auf fast 60 Mio, wodurch die schnell dahinschwindenden natürlichen Reichtümer des Landes zusätzlich belastet werden.

Es wird weiter davor gewarnt, daß Regenfälle und das darauffolgende Abfließen des Wassers in Flußgebieten zu einem Kreislauf von schweren Überflutungen und Dürren führen werden, die das Besitztum und die landwirtschaftliche Produktion schwer schädigen werden, wenn man innerhalb der internationalen Gemeinschaft nicht Mittel findet, um Vietnam zu helfen, mit einer massiven Wiederaufforstung zu beginnen. Diese Entwicklung hat in einigen stark entwaldeten Gebieten der nördlichen und zentralen Provinzen schon eingesetzt.

Im vergangenen Herbst machten zwei Taifune Teile von Mittel- und Nordvietnam dem Erdboden gleich, fällten Bäume und Stromleitungen, töteten 800 Menschen und machten tausende obdachlos. Wissenschaftler nehmen an, daß Waldverlust die Verhaltensweise von Taifunen verändert haben könnte, die jetzt öfter ins Landesinnere eindringen als in der Vergangenheit.

In einigen Gebieten Vietnams werden bis zu 173 t Mutterboden pro ha in jedem Jahr weggeschwemmt.

Das beraubt nicht nur den Boden seiner Fruchtbarkeit, sondern schafft auch

ernsthafte Probleme für die Wasserwirtschaft des Landes. Viele Quellen trocknen wegen der Zerstörung von wichtigen Wassersammelungsgebieten aus. Außerdem verstopfen Dämme durch hohe Sedimentablagerungen.

Dem vietnamesischen Hydrologie-Spezialisten Le Thac Can zufolge sind eine Reihe von Staubecken in Vietnam nahezu ausgetrocknet. Viele verschlammten in der Trockenzeit, wodurch sich die geplante Elektrizitätsmenge, die sie erzeugen sollen, stark vermindert. Der Wasserstand von Strömen und Flüssen in einer Anzahl von Provinzen hat erheblich abgenommen. Der Grundwasserspiegel ist abrupt gesunken.

Neben einer geschädigten Landwirtschaft hat die Forstwirtschaft Jahrzehnte des Krieges in einem ebenso schlechten Zustand überlebt. Während der vergleichsweise friedlichen Jahre zwischen 1954 und 1961, nachdem die Vietnamesen die Unabhängigkeit von den Franzosen erreicht hatten, aber sich bereits der US-Präsenz widersetzen mußten, begannen Förster mit agrarforstwirtschaftlichen Plänen (eine Kombination von Baum- und Nutzpflanzenanbau) und Aufforstung, um die Bodenerosion unter Kontrolle zu bekommen und die Nutzholzindustrie zu fördern.

Wenn auch die Ausdehnung der agrarforstwirtschaftlichen Projekte fast zum Stillstand kam, gingen einige Waldanpflanzungen weiter. In den nördlichen Provinzen pflanzten die Vietnamesen über 30.000 ha Wald während der letzten Jahre des Indochinakrieges an. (...)

Erosion und Dürre

Während der 60er Jahre wußte fast alle Welt, daß die beiden wichtigsten nördlichen Städte Vietnams, Hanoi und Haiphong, schweren Bombardierungen ausgesetzt waren.

Was jedoch weniger an die Öffentlichkeit drang, aber fast 20 Jahre später sehr bekannt ist, war der ausgedehnte Schaden, den ein Großteil des Nordens erlitt. Insgesamt zerstörten Bombardierungen 12 von Nordvietnams 29 Provinzhauptstädten, 56 seiner 116 Distrikthauptstädte und 300 von 2.700 angegriffenen Dörfern.

Die Provinz Vin Phy, die von Hanoi aus in weniger als einer Autostunde erreichbar ist, ist noch immer dabei, Bombenkraterfelder aufzufüllen, die von der intensiven US-Bombardierung zwischen 1965 und 1968 zurückgelassen wurden. Während dieses Zeitraumes warfen die USA 1 Mio t Bomben auf Nordvietnam ab, die doppelte Menge, die die USA auf dem pazifischen Kriegsschauplatz im 2. Weltkrieg oder während des Koreakrieges abwarfen.



Durch die Aufforstung sollen Erosionsschäden wie hier verhindert werden

Neben der Bombardierung der von Hanoi sternförmig ausgehenden Hauptverbindungslinien bombardierten die US-Piloten auch das komplizierte Bewässerungssystem der Region, wobei sie Hunderte von Wasservorratsanlagen und Bewässerungsdeichen zerstörten. (...) Neben den Auswirkungen der Kriegführung haben die Wälder im Norden unter den Äxten der Bergvölker gelitten, die das Land für die Landwirtschaft rodeten, ohne Bäume neu anzupflanzen. Französische Kolonialisten beuteten das Nutzholz über Jahrzehnte aufs Geradewohl aus.

Und während der Besatzungszeit im 2. Weltkrieg beuteten die Japaner weite Waldgebiete brutal aus, nicht nur im Norden, sondern auch in Mittel- und Südvietnam. Ein vietnamesischer Beamter erklärte, daß der Mißbrauch von vielen Wassereinzugsgebieten durch die Japaner heute zur Austrocknung von mehreren der wichtigsten Reservoirs des Landes geführt hat.

Um die Aufforstung voranzutreiben, haben die Vietnamesen viele großangelegte agrarforstwirtschaftliche Experimente durchgeführt, um herauszufinden, welche Pflanzen einander ergänzen. Sie zielten größtenteils darauf ab, besonders in den Zentralprovinzen die Bodenerosion unter Kontrolle zu bringen. In einem Versuch pflanzten die Wissenschaftler Ananas unter Zuckerrohr an, wodurch die Bodenerosion stark vermindert wurde. Sie zogen auch Erdnüsse neben Maniok mit gleich guten Ergebnissen.

Die Erosion sank auf 57,3 t Bodenverlust pro ha und Jahr, verglichen mit 115,4 t Bodenverlust pro ha und Jahr, als nur Erdnüsse angepflanzt wurden. Der Anbau von Maniok mit Sojabohnen verminderte die Erosion noch weiter auf nur 2,9 t Bodenverlust pro ha und Jahr. Die Wiederherstellung von Vietnams

Küsten-Mangrovenwäldern wurde erheblich behindert durch die gravierenden Auswirkungen, der der Abwurf von Pflanzenvernichtungsmitteln auf sie hatte. Alles in allem besprühten die US-Truppen über 1,7 Mio ha landwirtschaftliche Anbaufläche, Wälder und bewaldete Gebiete in Südvietnam mit 44 Mio l Agent Orange, 20 Mio l Agent White und 8 Mio l Agent Blue.

Die Wälder im Hoch- oder Inland mehrerer Provinzen unweit von Ho-Chi-Minh-Stadt erlitten die schwersten Zerstörungen. Aber das Versprühen von Pflanzenvernichtungsmitteln ruinierte auch die Gezeiten-Mangrovenwälder im Mekong-Delta, und mehr als 40% dieses produktiven Wald- und Fischereigebietes wurden völlig zerstört.

Vor 10 Jahren sagten Wissenschaftler voraus, daß mit Neuanpflanzungen die Mangrovenwälder in 2 oder 3 Jahrzehnten regeneriert werden könnten.

Dr. Arthur Westing, eine Autorität auf dem Gebiet der Folgen der chemischen Kriegführung in Vietnam, sagt voraus, daß einige der Mangrovenwälder mindestens 50 Jahre brauchen werden, um sich zu erholen. Auf der Halbinsel Camau z.B. berichten Wissenschaftler, daß fast 25.000 ha zerstörter Gezeiten-Mangrovenwälder immer noch Ödland sind.

Die am meisten vorherrschende Mangrovenart, *Rhizophora spiculata*, die früher der örtlichen Bevölkerung Nutzholz, Stroh und Gerbsäure und den Einwohnern von Saigon Holzkohle lieferte, befindet sich im ernstesten Zustand. Bei früheren Anpflanzungen gelang nur der Erhalt von 10-15% der Bäume. Die jüngsten Anstrengungen, stark behindert durch den Mangel an Ausrüstung und Geldmitteln, haben nur zu einer teilweisen Wiederaufforstung auf der Camau-Halbinsel geführt.

Die Wiederbelebung zerstörter Mangrovenwälder in der Nähe von Ho-Chi-Minh-Stadt wurde durch den Straßenbau unterstützt. Seit die Arbeit dort im Jahre 1976 begann, wurden vier Unternehmen für Mangroven-Forstwirtschaft in Dat Mui gegründet, ungefähr eine Fahrstunde von Ho-Chi-Minh-Stadt entfernt.

Die Bäume, vor nur 8 Jahren angepflanzt, erbringen nun eine stetige und gewinnbringende Versorgung mit Holzkohle für Ho-Chi-Minh-Stadt. Viele der Bäume sind im Gegensatz zur verwüsteten Halbinsel 3-4 m hoch.

Eine andere Region, die während des zweiten Indochinakrieges verwüstet wurde, sind die Mangroven- oder Malaleuca-Wälder im Inneren Südwestvietnams. Bevor es mit Agent Orange besprüht und mit Napalm verbrannt wurde, versorgte das 90.000 ha große Gebiet die örtlichen Bewohner mit Nutz- und Brennholz und beherbergte eine große Vielfalt von

Vogelarten. 20.000 ha wurden völlig zerstört und weitere 60.000 ha schwer beschädigt.

Wissenschaftler erwarten, daß es 20-30 Jahre dauern wird, bis sie damit beginnen können, die neugepflanzten Wälder einzuschlagen. Anfängliche Neupflanzung schlug fehl, und mehrere Gebiete wurden zwei- oder dreimal neu angepflanzt. Ein Abschnitt leidet besonders unter verkrüppeltem Wachstum und einer anormalen rötlich-orangen Färbung der Blätter.

Vietnams Erholung wurde schwer durch das Fehlen internationaler Hilfe behindert. Mehrere Länder haben ihre Unterstützung zurückgezogen oder gekürzt, während andere – obwohl sie dem Anliegen des Landes Verständnis entgegenbringen – es schwierig finden, Hilfe der vietnamesischen Regierung direkt zu gewähren.

Andererseits hat Schweden, das jährlich 20 Mio Dollar durch die Schwedische Behörde für Internationale Entwicklung gibt, den größten Teil der Unterstützung für Vietnam geleistet, während es seine Naturschutzstrategie entwirft. Die Vereinten Nationen steuern weitere 20 Mio Dollar jährlich bei und die Sowjetunion läßt jedes Jahr eine Mrd Dollar nach Vietnam fließen, während der Rest der Welt im gleichen Zeitraum 10 Mio Dollar beisteuert.

Die Wissenschaftler und Regierungsbeamten, denen nichts übrigbleibt, als sich großteils auf eigene Mittel zu stützen, werden von Mangel an Ausrüstungen geplagt. Das Land braucht dringend

Maschinen und Fahrzeuge. Die einzige Transportart im Geflecht der Mangrovenwälder und Kanäle ist der Sampan oder das motorisierte Kanu. Unter den besten Bedingungen braucht man 2 Tage, die geschädigten Gezeitenwälder zu erreichen. Und dort wird immer noch die meiste Arbeit mit der Hand verrichtet.

Glücklicherweise unterstützt die erfahrene Führung Vietnams die nationale Naturschutzstrategie des Landes und seinen Vorstoß zur Umweltreform rückhaltlos auf der höchsten Regierungsebene.

General Vo Nguyen Giap z.B., der Befehlshaber der vietnamesischen Armee während der Kriegsjahre, hat das Einleitungskonzept der Umweltschutzstrategie geschrieben. Als stellvertretender Minister für Wissenschaft und Technologie und einer der führenden Umweltschützer des Landes faßt General Giap Vietnams Zukunftsoptimismus zusammen:

„Die Strategie ist ein besorgniserregendes Dokument, und das zurecht, aber es ist nicht pessimistisch. Die einschneidenden Umweltprobleme können gelöst werden. Die Grundlage der Naturreichtümer kann wiederhergestellt werden, und die vietnamesischen Menschen besitzen die Energie, die Disziplin und die Findigkeit, diese Probleme zu bewältigen, genauso, wie sie erfolgreich die Aufgaben der Befreiung und der Vereinigung angepackt haben.“

(Quelle: Inside Asia, London, Juli-August 1986, S. 33-35)

Zeitschriftenschau

Peripherie, Nr. 24/Dezember 1986

Schwerpunkt: Rassismus ● Marxistische Konzepte von 'Rasse', Klasse und Staat ● Interkulturelle Kommunikation in der Migrationsforschung ● Kapitalinteresse und Apartheid ● Burenideologie ● Hommage an Hubert Fichte

Einzelpreis 9 DM; Doppelheft 16 DM; Abo 30 DM

Bezug: Peripherie, c/o FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

ila-info, Nr. 101/Dezember 1986

Schwerpunkt: Brasilien – Der Kampf um ein Stückchen Erde ● Agrarpolitik der brasilianischen Regierung ● Agrarreformgesetz ● aktuelle Landkonflikte ● Interview mit dem brasilianischen Bischof Dom Jose Rodriguez ● Brief aus Brasilien zu einer Aktion landloser Bauern ● Weitere Beiträge: Asylantenwahlkampf ● Synode der EKD ● Konferenz „Freiheit und Demokratie“ der KAS ● Konferenz „Kultur und Politik bei Antonio Gramsci und Jose Carlos Mariategui“ ● Interview mit dem mexikanischen Filmemacher Paul Leduc

Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM

Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 4/1986

Thema: Vom Reaktor zur Bombe – Atomkraft in der Dritten Welt ● Stellt der Export von Atomkraftwerken einen vielleicht sogar unverzichtbaren Beitrag zur Lösung der drängenden Energieprobleme des Südens dar, oder dient er tatsächlich nur dazu, Schwellenländer mit Großmachtambitionen zur Bombe zu verhelfen? ● Beiträge zur Nuklearpolitik in Indien, China, Brasilien und Argentinien ● Weitere Artikel: Erster philippinischer Reaktor wird verschrottet ● Sicher, sicherer, KWU – Auftragsflaute für deutschen Atomexporteur ● Uranförderung in der Dritten Welt ● Der Ernstfall ist Alltag: Über 1500 Atombombenexplosionen als Tests

Einzelpreis 5 DM; Abo 22 DM

Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Mittelamerika-Magazin Nr. 58/Dezember 1986

Ein Thema beschäftigt seit einigen Wochen die rechte Propaganda gegen Nicaragua: das Verbot der Zeitung „La Prensa“, das von den hiesigen Unterstützern der Contra zum Mord an der Pressefreiheit hochstilisiert wird. Ein Selbstmord sei es gewesen, so die Autoren des Artikels „Sprachrohr der Opposition?“, der den Schwerpunkt des Mittelamerika Magazins bildet. ● Weitere Themen: Erdbeben in El Salvador ● Duarte und das Militär ● Hasenfus-Prozeß ● Demokratischer Wahlsieg in den USA ● Leere Urnen in Haiti ● Neue Linksregierung auf Barbados

Einzelpreis 3 DM; Abo (6 Hefte) 18 DM

Bezug: Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1

Peter Wahl

Die sowjetischen Rüstungstransfers (I)



Seit Ende des 2. Weltkrieges hat es ca. 150 kriegerische Konflikte und Kriege gegeben. Bis auf eine Handvoll fanden alle in der sog. Dritten Welt statt.¹

Die Militarisierung Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ist zu einem grundlegenden historischen Prozeß in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts geworden. Die Millionen von Toten, Verstümmelten, Waisen und Witwen, all das Leid der Kriegsoffer ist unermeßlich, ebenso wie die ökonomischen, sozialen und ökologischen Schäden.

Dabei sind die Auswirkungen der Militarisierung nicht erst dann dramatisch, wenn es zum Krieg kommt. Rüstung und Militarisierung sind zu einem der wichtigsten entwicklungshemmenden Faktor für die Entwicklungsländer geworden. Darüber hinaus sind heute nicht nur die unmittelbar in eine kriegerische Auseinandersetzung verwickelten Konfliktparteien betroffen.

Regionale Konflikte in der Dritten Welt können sich sehr schnell zu globalen, die ganze Menschheit bedrohenden Problemen auswachsen und zu einem Weltkrieg führen. Damit bekommen – das ist erstmalig in der Menschheitsgeschichte – selbst lokale Kriege in Afrika, Asien und Lateinamerika eine gattungsbedrohende Dimension.

Die Rüstungstransfers aus den kapitalistischen und sozialistischen Industrieländern in die Dritte Welt, die die wichtigste

materielle Grundlage der Militarisierung dort bilden, sind damit zum unlöslichen Bestandteil der globalen Rüstungsproblematik geworden. Der Militarisierung in der Dritten Welt muß deshalb u.a. auch durch eine Beendigung der Rüstungstransfers in die Dritte Welt die materielle Basis entzogen werden.

Die sowjetische Führung ist sich dieser Zusammenhänge bewußt. In den Abrüstungsvorschlägen Gorbatschows vom Januar 1986 ist ein ganzes Kapitel dem Zusammenhang von Rüstung, Unterentwicklung und neokolonialer Abhängigkeit gewidmet.

Ausdrücklich heißt es dort: „Unsere neuen Vorschläge sind an die ganze Welt (Hervorhebung P.W.) adressiert... Das vom Militarismus aufgezwungene Prinzip 'Aufrüstung statt Entwicklung' muß abgelöst werden durch das Prinzip 'Abrüstung für Entwicklung'.“²

Sache globaler Rüstung

Die Rolle der Rüstungstransfers in die Dritte Welt für deren Militarisierung wird dabei ebenso klar gesehen: „Wir teilen Ihre Ansicht, daß der Verkauf und die Lieferungen konventioneller Rüstungen einen gefährlichen Kanal für die Ausdehnung des Wetttristens auf verschiedene Gebiete der Welt darstellen und zur Entstehung von Spannungs- und Konflikt-herden in diesen Gebieten beitragen.“³

Wenn die Sowjetunion eine solche Sicht der Dinge hat, warum – könnte man jetzt fragen – beendet sie dann nicht einfach ihre Rüstungslieferungen an die Dritte Welt?

Im Kern ist dies die gleiche Fragestellung wie die Aufforderung nach einseitiger Abrüstung der UdSSR. Als gangbarer Weg zur Beendigung der Militarisierung der Dritten Welt ist dies unrealistisch.

Allgemeine Abrüstung zwischen Ost und West ist, ebenso wie eine Demilitarisierung der Dritten Welt und die Beendigung der Rüstungstransfers, nur machbar in einem gesteuerten Prozeß wechselseitiger Maßnahmen, abgesichert durch politische Vereinbarungen und eingebunden in ein Netz konkreter Entspannungsmaßnahmen und aktiver Friedenssicherung durch Kooperation.⁴

Nur so ist für alle Beteiligten gewährleistet, daß durch Ungleichgewichte infolge einseitiger Maßnahmen nicht der internationale machtpolitische Status quo zwischen den Akteuren und innenpolitisch der gesellschaftspolitische Status quo verändert wird. Gerade hier liegt ja ein zentrales Problem einer Friedenssicherung, die nicht Unterwerfung und Aufgabe der Identität einer Konfliktpartei beinhaltet.

An einem Gedankenexperiment wird dies deutlicher: Man nehme den Fall, die UdSSR stoppt jegliche Militärhilfe für Nicaragua und die sandinistische Regierung wäre nicht mehr in der Lage, die Contra militärisch zurückzuschlagen, geschweige denn eine direkte US-Intervention bis zu einem gewissen Grade abzuschrecken.

Angriffsziele hängen lassen?

Eine einseitige Abrüstung also Nicaraguas, zudem von der UdSSR aufgezwungen! Das Resultat liegt auf der Hand: Binnen weniger Monate müßte die sandinistische Revolution sich selbst aufgeben und sich dem Willen der USA/Contra unterwerfen bzw., wenn sie sich mit den verbleibenden militärischen Mitteln verteidigt (unter Inkaufnahme eines Blutbades in der eigenen Bevölkerung), das gleiche Ergebnis 3 Wochen später hinnehmen.

Aus diesem Grunde hat auch Nicaragua nicht auf einseitige Abrüstung gesetzt, sondern auf einen politischen Prozeß auf der Grundlage gegenseitiger Maßnahmen aller am Konflikt Beteiligten. Die Verhandlungen dazu im Rahmen der Contadora-Gruppe streben eine politische Entspannung in Mittelamerika mit entsprechenden Abrüstungsmaßnahmen – einschließlich der Beendigung des Rüstungstransfers in die Region – an. Auf diesem Wege könnten auch in den

anderen Konfliktzonen der Dritten Welt Voraussetzungen geschaffen werden, den Rüstungstransfer zu beenden. Für den Nahen Osten, für die Golfregion, für Afghanistan u.a. liegen dafür politische Verhandlungsvorschläge auf dem Tisch. Es sind die USA, die NATO und in ihrem Gefolge deren regionale Klienten, die es ablehnen, in einen politischen Verhandlungsprozeß einzutreten, und die stattdessen militärische Lösungen erzwingen wollen.

Ergänzt werden könnte der regionale Ansatz zur Eindämmung der Rüstungstransfers durch direkte Vereinbarungen zwischen NATO und Warschauer Vertrag. Entsprechende Verhandlungen haben auch bereits stattgefunden. 1977 gab es sowjetisch-amerikanische Gespräche über eine Reduzierung des Rüstungsexports (Conventional Arms Transfer Talks, CATT).

Diese Verhandlungen wurden im Rahmen des US-Schwenks zur offenen Konfrontationspolitik 1980 von den USA abgebrochen.

Reagan scheut Begrenzungen

Die Reagan-Administration hat seither die Rüstungsexportpolitik konsequent in ihre globale Hegemonialpolitik eingepaßt.

„Waffenverkäufe sind“, so der US-Kritiker Andrew J. Pierre, „zu einer wichtigen Komponente der Auseinandersetzung der amerikanischen Regierung mit der Konkurrenz der Sowjetunion auf globaler Ebene geworden, vielleicht sogar zum Hauptinstrument für überseeische Aktionen, die nicht bis zum direkten Einsatz der amerikanischen Streitkräfte reichen.“⁵

Im Rahmen der Herausbildung der Doktrin vom Low Intensity Conflict – dem Konflikt niedriger Intensität, d.h. Interventionismus ohne direktes Eingreifen von US-Kampftruppen – ist der Rüstungsexport zu einem tragenden Pfeiler in Washingtons Politik gegenüber der Dritten Welt geworden.

Die Sowjetunion tritt dagegen nach wie vor „für eine Begrenzung des Verkaufs und der Lieferung konventioneller Waffen auf internationaler Ebene, für die Wiederaufnahme der entsprechenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen und für einen Fortschritt bei diesen Verhandlungen ein. Die Sowjetunion hat nichts dagegen einzuwenden, daß auch andere Staaten zur Erörterung dieser aktuellen Frage herangezogen werden“.⁶

In der Prager Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten vom 4. Januar 1986 wird diese Position gegenüber der NATO noch einmal offiziell als Verhandlungsangebot unterbreitet.



Ein Netz sowjetischer SAM-Luftabwehrkrakenstellungen war ein wirkungsvolles Mittel gegen den US-Bombenkrieg in Vietnam (oben); sowjetische Panzer im Dienst der gegen Südafrika kämpfenden Volksarmee Angolas (unten)



Tabelle 1
Empfänger sowjetischer
Rüstungstransfers 1945-85 (9)

A. Militärische Unterstützung von
Befreiungsbewegungen

Pathet Lao, Laos
FNL, Vietnam
FNL, Algerien
MPLA, Angola
PAIGC, Guinea-Bissau
FRELIMO, Mosambik
ZAPU, Zimbabwe
ANC, Südafrika
SWAPO, Namibia
PLO, Palästina

B. Militärische Kooperation mit
sozialistischen Entwicklungsländern

Mongolei
KVDR (Nordkorea)
DRV (Nordvietnam bis 1975, danach
SRV)
VR China 1949-55
Kuba

C. Militärische Kooperation mit sozia-
listisch orientierten Entwick-
lungsländern, progressiven, antiimperialisti-
schen Regimes

Guatemala, 1954, unter dem linksge-
richteten Präsidenten Arbenz, von
USA gestürzt
Peru, 1968-75
Grenada, 1980-83
Nicaragua
Afghanistan, seit 1950
Indonesien, 1956-64 unter Sukarno
Algerien
Ägypten, unter Nasser bis zum Bruch
unter Sadat 1976
Syrien
Libyen
Irak, erste Periode ab 1958, dann wie-
der seit 1981
Arabische Republik Jemen (Nord-

Jemen) 1955, 1962-70 mit Republika-
nern im Bürgerkrieg
VDJ (Südjemen)
Zypern, 1964 unter Makarios
Guinea
Ghana, unter Nkrumah
Kongo, 1960, Unterstützung für
Lumumba in der Kongokrise
Mali, 1961, erneut 1976
Sudan, 1964-71
VR Kongo/Kongo Brazzaville
VR Benin
Äquatorial-Guinea
Uganda, ab 1965 unter Obote, 1978 im
tansanisch-ugandischen Krieg (Idi
Amin) von sowjetischer Seite abge-
brochen
Somalia, 1963, 1970-75
Äthiopien
Guinea-Bissau
Kampuchea
Madagaskar
Tansania
Sambia
Mosambik
Botswana
Angola

D. Rüstungstransfers an sonstige Block-
freie, bürgerliche und reaktionäre
Regimes

Indien
Burma, 1955-64
Sri Lanka, 1971
Iran, 1966-79
Kuwait
Jordanien, 1983
Marokko, 1961
Nigeria, 1967-70 (Biafrakrieg),
1976-80
Zentralafrikanisches Kaiserreich, 1977
Burundi, 1976
Tschad, 1974-78



Waffenempfänger PLO: Y. Arafat bei KPdSU-Generalse-
kretär L. Breschnew

Imperialismus hat nämlich gegenüber
dem Sozialismus den Vorteil, daß meh-
rere Großmächte zu ihm gehören.
Während die UdSSR bis auf einen zu
vernachlässigenden Anteil der osteuro-
päischen Staaten praktisch den gesamten
Rüstungstransfer des sozialistischen La-
gers auf sich vereint, kann der Imperialis-
mus als System (bei eindeutiger Füh-
rungsrolle der USA) auf Arbeitsteilung
und „burden sharing“ (Lastenteilung; d.
Red.) mit ökonomischen und militä-
rischen Großmächten, wie Großbritan-
nien, Frankreich und die Bundesrepu-
blik zählen.

Wer bekommt Rüstungsgüter?

Da diese einen beträchtlichen – und im
Falle der BRD auch sehr dynamischen –
Rüstungsexport in die Dritte Welt haben,
fällt ein Vergleich NATO-Warschauer
Vertrag im Verhältnis 2:1 aus – ca. 60%
des Weltrüstungsexports in die Dritte
Welt entfallen auf die NATO-Staaten,
30% auf die Warschauer Vertragsstaaten
und 10% auf alle übrigen.

Betrachtet man die Empfänger sowjeti-
scher Rüstungsgüter, so lassen sich vier
große Kategorien feststellen (siehe
Tabelle 1)⁸: Befreiungsbewegungen (A),
sozialistische Entwicklungsländer (B),
sozialistisch orientierte Entwick-
lungs-

Ähnlich wie bei anderen Aspekten der
Rüstungsproblematik auch versuchen
die Sowjets hier einer von ihnen als ge-
fährlich und belastend angesehenen Ent-
wicklung entgegenzutreten, während die
USA und ihre Verbündeten politische
Lösungen blockieren und die Militarisie-
rung der Dritten Welt in der Praxis weiter
forcieren.



Waffenempfänger Vietnam: Ho Chi Minh (r.) mit UdSSR
Ministerpräsident Kosygin

Die sowjetischen Rüstungstransfers in
die Dritte Welt sind vom Umfang her
beträchtlich. Sie sind nach denen der
USA die bedeutendsten.

Die Schätzungen über die genaue Höhe
gehen zwar beträchtlich auseinander⁷,
als realistischer Mittelwert läßt sich –
auf die letzten 10 Jahre bezogen – ein
Anteil von 25-30% am gesamten Rüs-
tungstransfer in die Dritte Welt aus-
machen. Die USA pendeln zwischen 30%
und 35%.

Der bloße Vergleich dieser Zahlen ent-
hält aber eine gewisse Irreführung. Die
sowjetischen Rüstungstransfers haben
genau wie die eigene Rüstung der UdSSR
ihre Wurzel letztlich im Systemgegensatz
mit dem Imperialismus als Gesamt-
system und nicht nur in der Konkurrenz
mit der imperialistischen Führung-
macht USA.

Um die politischen Proportionen richtig
zu bewerten, ist hier unbedingt ein Ver-
gleich der beiden Systeme und nicht nur
ihrer Führungsmächte angebracht. Der

länder, progressive, antiimperialistische Regimes (C), bürgerliche bis reaktionäre Regimes (D).

Die Zusammenstellung in Tabelle 1 ist sehr summarisch. Es gehen sehr unterschiedliche Vorgänge in sie ein – von weltpolitisch bedeutenden Transfers im Vietnamkrieg bis zu exotischen Randscheinungen (Burundi!!!), die auch quantitativ so gut wie nicht ins Gewicht fallen; von jahrzehntelanger Zusammenarbeit (Algerien) bis zu kurzen Episoden (Marokko).

Eine Qualität der sowjetischen Rüstungstransfers wird aber sofort sichtbar: Von allen aufgezählten ehemaligen und ak-



Sowjetische MiG-Abfängerjäger der indischen Luftwaffe

tuellen Partnern der UdSSR sind ca. 85% in den Kategorien A-C, also den im weitesten Sinne progressiven oder zumindest antiimperialistischen Kräften zuzurechnen. Eine politische und/oder ideologische Affinität zum sowjetischen Politikverständnis ist also unübersehbar. In einigen Fällen ist es unter bundesdeutschen Linken dabei sicherlich umstritten, ob Regime X sozialistisch orientiert ist oder Regime Y eine antiimperialistische Außenpolitik verfolgt. Entscheidend für den hier diskutierten Zusammenhang ist aber zunächst nur: Wenn eine Logik der sowjetischen Rüstungstransfers existiert, derzufolge die UdSSR bevorzugt mit progressiven/antiimperialistischen Kräften zusammenarbeitet, dann ist es auch nur konsequent, wenn sie es mit allen tut, die sie so einschätzt.

Daß dabei mitunter Illusionen über die Qualität des Sozialismus, z.B. bei vielen schwarzafrikanischen Ländern bestanden haben mögen, daß auch die antiimperialistischen Potenzen mancher arabischer Regimes heute nüchterner gesehen werden müssen, steht auf einem anderen Blatt. Unberührt davon ist der empirische Befund, daß die sowjetische Rüstungstransferpolitik in den vergangenen 40 Jahren qualitativ zu 85% auf Partner konzentriert ist, zu denen eine Interessenkonvergenz zumindest auf ei-

ner antiimperialistischen Plattform besteht.

Betrachtet man die aktuellen Partner der UdSSR (1985) so bestätigt sich dieses Bild (siehe Tabelle 2). Aus der Sicht eines sozialdemokratisch orientierten Autors heißt das so: „Die Sowjetunion hat in der Vergangenheit überwiegend solche Regimes beliefert, die ihr politisch nahe standen oder zumindest gegen die USA eingestellt waren. Sie hat häufig dann geliefert, wenn westliche Länder nicht liefern wollten.“⁹

Die eindeutige Ausrichtung der sowjetischen Rüstungstransfers an Partner mit prinzipieller oder teilweiser Interessen-

konvergenz zur UdSSR verweist darauf, daß die sowjetischen Rüstungsexporte nicht ökonomisch motiviert sind, wie dies in den letzten Jahren öfter behauptet wurde.

Gerade auch bei einigen Autoren, die der Friedensbewegung nahestehen, wird der Sowjetunion unterstellt, daß Devisenbeschaffung und/oder auch Kostensenkung bei der Produktion höherer Stückzahlen für den Export Triebkräfte für Rüstungsexporte seien.¹⁰ Betrachtet man die ökonomischen Bedingungen, unter denen die UdSSR ihre Rüstungstransfers abwickelt, so erweist sich diese Behauptung als falsch.

Politische oder Profitinteressen?

Geht man die einzelnen Empfängerkategorien durch, so ergibt sich:

- Nationale Befreiungsbewegungen erhalten Waffen und Ausrüstungen kostenlos. Da die in diesem Rahmen transferierten Waffen in der Regel den Bedürfnissen der Guerilla-Kriegführung angepaßt sein müssen (Handfeuerwaffen, leichte Waffen usw.) fallen sie allerdings ökonomisch kaum ins Gewicht.

- Rüstungstransfers in sozialistische Entwicklungsländer erfolgen ohnehin nicht auf Devisenbasis. Wenn überhaupt eine Bezahlung vorgesehen ist, dann erfolgt sie zu sehr günstigen Konditionen. Ein sehr großer Teil sind reine Schenkungen.

Der bürgerliche Experte J. Krause stellt dazu fest: „Von Vietnam ist bekannt, daß es bis

Anfang der 70er Jahre seine Waffenlieferungen aus der Sowjetunion zu etwa zwei Dritteln als Geschenk erhielt. Auch heute könnte dieses Land – ebenso wie Kuba, die Mongolei und vermutlich Nord-Korea – seine recht umfangreichen Rüstungsimporte nicht bezahlen. Außerungen führender kubanischer und vietnamesischer Politiker legen es nahe, davon auszugehen, daß die Militärhilfe Moskaus gegenwärtig kostenlos erfolgt.“¹¹

Allein Kuba erhielt nach Schätzungen von SIPRI z.B. 1982 Waffen im Wert von über 500 Mio \$ – das sind knapp 20% der sowjetischen Waffenlieferungen in diesem Jahr.¹² Geht man davon aus, daß Vietnam und die anderen sozialistischen Entwicklungsländer zusammen noch einmal in einer ähnlichen Größenordnung kostenlos Rüstungsgüter erhalten, so wird schon hier sichtbar, daß ein sehr großer Teil der sowjetischen Rüstungstransfers nicht

Tabelle 2
Empfänger sowjetischer
Rüstungshilfe 1985
(ohne Befreiungsbewegungen)

Sozialistische Entwicklungsländer

- Kuba
- Vietnam
- Mongolei
- Korea (Nord)
- Laos

Antiimperialistische/progressive Regimes/ sozialistisch orientierte Entwicklungs- länder

- Nicaragua
- Angola
- Algerien
- Libyen
- Syrien
- Irak

Sonstige

- Peru
- Indien
- Nigeria
- Jemen
- Kuwait
- Jordanien

(Quelle: SIPRI Yearbook 1986)

nur kein Geschäft, sondern ein reines Zuschußgeschäft sind.

- Die nichtsozialistischen Entwicklungsländer erhalten – sofern sie nicht der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) angehören – in der Regel ebenfalls weiche Zahlungsmodalitäten, die nicht nur beträchtlich günstiger sind als die Konditionen westlicher Exporteure, sondern sowjetischerseits, wenn nicht teilweise sogar „Verlustgeschäfte (Nicaragua, Angola), zumindest ökonomisch uninteressant sind.

Solche weichen Konditionen sind z.B. Bezahlung in nicht konvertibler Landeswährung, Kompensationsgeschäfte (Waffen gegen Waren, oder auch gegen Fischereirechte u.ä.), günstige Kredite, niedrige Zinssätze (2%, maximal 3%), Preisnachlässe von 40%, mitunter 70%, bis hin in einigen Fällen zur Stundung und Streichung von Schulden für Waffenkäufe.¹³

- Seit Beginn der 70er Jahre wickelt die UdSSR gegenüber ökonomisch potenten Empfängerländern die Bezahlung ihrer Rüstungsgüter in Devisen ab. Dies geschieht vor allem gegenüber OPEC-Ländern (Algerien, Libyen, Syrien, Irak, Kuwait, Iran, Nigeria). Der Anteil der auf Devisenbasis abgewickelten Rüstungstransfers erreichte Ende der 70er Jahre 50%¹⁴ und ist seit Beginn der 80er Jahre

IN**GUTSCHEIN**GUTSCHEI
SCHEIN**GUTSCHEIN**GUTS



In der neuen Nummer:

CIA und die Contra:

Politik des "großen Knüppels"

Interview :

*mit Julio Maltez von der UNI
in Managua*

Gewalt in Guatemala:

Wo der Tod verwaltet wird

Mexico und die Krise :

Ist Pascual ein Modell ?

Abonnieren: Einzelheft 32 Seiten
3,-DM. 10 Hefte jährlich. 6-Hefte-
Abo 18,-DM. Solidaritätsabo ab
28,-DM.

**Magazin Verlag, Schwefelstr. 6,
2300 Kiel 1, Tel.: 0431/565848**

Gegen Einsendung dieser Anzeige
erhalten Sie das abgebildete Heft
kostenlos (pro Person einmal).



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

wieder etwas gesunken.

Aber auch in dieser Kategorie ist das politische Motiv ausschlaggebend und nicht ökonomische Interessen. Allerdings gibt es keinen Grund, daß dann, wenn ein Land ökonomisch dazu in der Lage ist, seinen Rüstungsbedarf zu bezahlen, daß die UdSSR – ohnehin durch das aufgezwungene Wettrüsten ökonomisch bereits überanstrengt – einseitig zusätzliche Lasten übernehmen sollte.

Es gibt aber keinen Fall, wo sowjetische Rüstungshilfe daran gescheitert wäre, daß ein Land nicht mit Devisen bezahlen konnte. Umgekehrt ist bislang kein Fall bekannt geworden, in dem die UdSSR irgendwo Waffen exportiert hätte, nur um damit Devisen zu verdienen.

Ohnehin liegt bei vielen Bewertungen der Rüstungsexportproblematik gerade in linken Kreisen eine vulgarisierte Verwendung an sich richtiger Erkenntnisse marxistischer Politökonomie vor.

Man reduziert dabei die Politische Ökonomie auf Ökonomie und unterschlägt das Politische bzw. die Dialektik zwischen beidem. Denn selbst bei den westlichen Rüstungsexporten ist das Profitmotiv nicht dafür ausschlaggebend, ob in ein Dritte-Welt-Land geliefert wird oder nicht. Auch hier stecken – von Pannen einmal abgesehen – die politischen und strategischen Interessen des Imperialismus den Rahmen ab, in dem sich dann allerdings das Profitstreben der Rüstungskonzerne sehr aktiv bewegen kann.

Innerhalb dieses Rahmens – der sehr viel weiter ist als auf sowjetischer Seite, da allein die USA in zweimal so viel Entwicklungsländer als die UdSSR Waffen liefern – entwickelt das Profitsystem dann durchaus auch eine eigene Dynamik, wirken bestimmte Marktmechanismen als Stimulans oder Bremse, tritt Konkurrenz unter einzelnen Konzernen und zwischen den imperialistischen Zentren und einzelnen Staaten auf.

Den politischen Rahmen zu sprengen, ist aber auch den Profit- und Marktmechanismen nicht möglich. Wer die Probe aufs Exempel machen will, kann einmal probieren, einen Starfighter an Kuba oder einen Leopard-Panzer an Afghanistan und ein U-Boot an Vietnam zu verkaufen. Selbst wenn die Waffen in Gold aufgewogen würden, die politischen Interessen setzen hier eine Schranke, die auch Aussichten auf märchenhaften Profit nicht zu überwinden vermögen.

Auch das Argument, daß die Produktionskostensenkung von Rüstungsgütern durch höhere Stückzahlen ein ökonomisches Motiv für die sowjetischen Rüstungstransfers seien, ist unhaltbar, wenn man den Anteil des Dritte-Welt-Exports an der sowjetischen Gesamtrüstung im konventionellen Bereich sieht. Ähnlich wie bei den USA ist dieser sehr gering, nämlich ca. 1%.¹⁵ Krause stellt dazu fest: „Bei langen Produktionslinien, wie sie für die Sowjetunion charakteristisch sind, fällt die Stück-

kostenverminderung üblicherweise kaum noch ins Gewicht.“¹⁶ Dieser Faktor hat nur für mittlere und kleine Rüstungsproduzenten wie Frankreich, Großbritannien, BRD usw. Bedeutung.
Wird fortgesetzt

Anmerkungen:

- 1) Vgl. dazu: V. Matthiess, Kriege in der Dritten Welt, in R. Hamann (Hg.), Die „Süddimension“ des Ost-West-Konflikts, Baden-Baden 1986, S. 17-30, hier S. 17f.
- 2) Programm 2000: Die Abrüstungsvorschläge Michail Gorbatschows. Das 3-Stufen-Programm zur Beseitigung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000; Hg. Parteivorstand der DKP, Düsseldorf 1986, S.15
- 3) Antwort Michail Gorbatschows auf ein Schreiben des Club of Rome, TASS/APN, 25.10.1985; deutsch in: Dokumente, hrsg. von der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR, Bonn, 29.10.1985, S.3
- 4) Dies schließt nicht aus, daß durch einseitige Maßnahmen versucht wird, eine Abrüstungsdynamik in Gang zu setzen. Doch werden solche Schritte nur einen kleinen Teilaspekt des betreffenden Militärapparats erfassen. Wenn überdies die Gegenseite nicht willens ist zu reagieren (siehe einseitiges Atomtestmoratorium der UdSSR), versandet ein solcher Ansatz schnell.
- 5) A.J. Pierre, Mitglied des Außenpolitischen Rates der US-Regierung, in: U.S. News and World Report, Washington, 8.3.1982
- 6) Antwort Michail Gorbatschows auf ein Schreiben des Club of Rome, a.a.O., S.3
- 7) Dies erklärt sich zum einen aus objektiven Schwierigkeiten, z.B. daraus, Rubel sinnvoll in Dollar umzurechnen usw. Dann spielt es eine Rolle, ob man – wie das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI – nur Großwaffentransfers erfaßt oder auch Handfeuerwaffen, Munition usw., ob Ausbildungs- und Personalhilfe, militärische Infrastruktur usw. erfaßt werden. Hinzu kommt bei US-amerikanischen Schätzungen, daß sie zum großen Teil auf CIA-Material beruhen, das zum einen nicht überprüfbar ist, zum anderen natürlich auch Interessengebundene Manipulationen enthält.
- 8) Zusammengefasst nach: J. Krause, Sowjetische Militärhilfepolitik gegenüber Entwicklungsländern, Baden-Baden 1985
- 9) M. Brzoska, Rüstung und Dritte Welt, München/Köln/London 1981; S. 77/78. Brzoska ist inzwischen übrigens Mitarbeiter von SIPRI.
- 10) Vgl. stellvertretend dazu: R. Dotzauer, Die Sowjetunion und die Dritte Welt, in: antimilitarismus information, XIV. Jhg., Heft 12, Dezember 1984, S. y-139/y-140/y-141
- 11) J. Krause, Sowjetische Militärhilfepolitik gegenüber Entwicklungsländern, Baden-Baden 1985, S. 418
- 12) SIPRI Yearbook 1986, Stockholm 1986, S. 317
- 13) Nach: J. Krause, Sowjetische Militärhilfepolitik..., a.a.O., S. 416f.
- 14) Ebenda, S. 417
- 15) Vgl. Rüstungsjahrbuch '80/81; deutsche Ausgabe von SIPRI Yearbook 1980, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 89
- 16) J. Krause, Sowjetische Militärhilfepolitik..., a.a.O., S. 445
- 17) SIPRI, Rüstungsjahrbuch 6. deutsche Kurzfassung des SIPRI Yearbook 1986, Hamburg 1986, S. 214
- 18) Ebda, S. 211
- 19) Ebda, S. 212



Das Beispiel Gertrude Shope ANC-Frauen an vorderster Front

Gertrude Shope ist eine Frau von Überzeugung, Energie und Humor. Sie muß über diese Eigenschaften verfügen, denn sie trägt eine nicht unbeträchtliche Verantwortung sowohl als Mitglied des Exekutivkomitees als auch als Leiterin der Frauenabteilung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Lusaka, Sambia.

Ihr Interesse am ANC wurde geweckt, als sie eine Gruppe ANC-Frauen gegen hohe Mieten demonstrieren sah. Erst schloß sie sich dieser Protestdemonstration an, dann dem ANC. Das war 1954, sechs Jahre vor dem Verbot der Organisation. „Der ANC hatte Erfolg, weil er sich den Fragen stellte und dabei das Volk mit einbezog.“ Der ANC zeigte den Menschen, wie sie unterdrückt werden und daß sie dagegen ankämpfen können. Er ist im Volk verwurzelt und arbeitet mit ihm zusammen, um Südafrika von der Pest der Apartheid zu befreien. Voller Leidenschaft berichtete Gertrude

kürzlich über die für den 9. August vorgesehenen Gedenkveranstaltungen aus Anlaß des 30. Jahrestages der von Frauen getragenen Anti-Paß-Kampagne von 1956. Dieser Tag ist jetzt zum Internationalen Tag der Solidarität mit dem Kampf der Frauen Südafrikas und Namibias ausgerufen worden.

An jenem Tag marschierten 20.000 Frauen aller Rassen aus allen Landesteilen Südafrikas auf Pretoria, um gegen die Ausdehnung der von der Regierung dekretierten Paßgesetze auf Frauen zu protestieren. Von dem Zeitpunkt an mußten nämlich auch die Frauen den verhaßten Paß bei sich tragen, der sie als eingeborene Arbeitskraft ausweist, damit sie – bei ordnungsgemäß abgestempeltem und mit Datum versehenen Paß – in den städtischen Zentren bleiben können.

Die Paßgesetze und die Einwanderkontrollen sind für die weitere Existenz des Apartheidregimes von ausschlaggeben-

der Bedeutung. Sie zwingen schwarze Frauen, in den schwarzen Townships zu bleiben, wo es keine Arbeit gibt, wo sie von ihren Männern, Söhnen und Vätern, die in den Bergwerken, in der Industrie und im Dienstleistungssektor für die Weißen arbeiten, getrennt leben müssen.

Die schwarzen Frauen vom Land versuchen, eine illegale Arbeit zu finden, nur gibt es mittlerweile auch Strafen für Arbeitgeber, die Frauen ohne Paß beschäftigen. Diese Art Embargo war stets erniedrigend und unmenschlich, und so ist es nicht überraschend, daß sich die Frauen dagegen auflehnten.

Weil ihr Marsch untersagt worden war, marschierten sie allein oder zu zweit zum Regierungsviertel (Union Buildings), wo ihre Sprecherinnen mit Ministerpräsident Strydom zusammentreffen wollten. Er weigerte sich jedoch, sie zu empfangen.

Sie ließen ihre Petitionen in seinem Vorzimmer zurück und dachten sich spontan folgendes Lied aus:

„Strydom, Sie sind gegen die Frauen vorgegangen.

Sie haben einen Stein ins Rollen gebracht.

Sie haben einen Felsen aus seiner Lage gedrängt.

Sie werden zermalmt werden.“

Zwei Monate später war er tot.

„Dieses Jahr“, berichtet Gertrude, „werden die südafrikanischen Frauen den Kampf weiterführen, um die vor 30 Jahren gesetzten Ziele zu erreichen. Wir werden all jener Helden gedenken, die in diesem Kampf ihr Leben gaben. Wir werden uns dafür einsetzen, daß das Todesurteil gegen Teresa Rasmusamala, die zur Zeit in einer Todeszelle sitzt, aufgehoben wird.“

Außerhalb Südafrikas demonstrierten Frauen überall gegen das Regime und bekundeten ihre volle Solidarität. Eine Frau vom ANC sprach vor den Vereinten Nationen zum Gedenken an den 9. August, und ANC-Frauen „sind überall herumgeflogen“, um an Meetings in allen Teilen Afrikas und der Welt teilzunehmen. Gertrude war z.B. zur Solidaritätsdemonstration in Angola.

Apartheid die Basis entziehen

Politisch höchst bedeutungsvoll ist Gertrudes Arbeit als Leiterin eines Sekretariats von neun Frauen. Dieses Sekretariat beschäftigt sich mit Erziehungsfragen, Kinderfürsorge, inneren und internationalen Angelegenheiten, Projekten und Finanzen, Verwaltung und Medien. Sie organisiert die erforderliche Planung, damit ein reibungsloses Funktionieren ihres Büros gewährleistet ist.

Ein Beispiel: Als schwarze Schüler und

Studenten gegen die Einführung des Afrikaans als Unterrichtssprache in das ohnehin schon durch die Rassentrennung geprägte Bantu-Erziehungssystem rebellierten, übten die Behörden am 16. Juni 1976 mit brutaler Gewalt Vergeltung, und die Jugendlichen mußten in benachbarte Staaten fliehen. Der ANC ergriff die Initiative zum Bau des „Solomon-Mahlangu-Freiheits-College“ auf einem von der tansanischen Regierung zu diesem Zweck bereitgestellten Stück Land. Schon 1979 war die Schule Realität geworden, und die Frauenabteilung übernahm in voller Verantwortung die vier Ausbildungsprogramme, einschließlich einer Kinderkrippe und eines Kinderhorts.

Welche Auswirkungen brachte der jüngste, am 12. Juni (1986; d. Red.) verhängte Notstand mit sich? Gertrudes Antwort:

„In erster Linie Elend. 5.000 Menschen wurden in Haft genommen, 3.500 sind verschwunden, und 6.000 sind obdachlos allein im Gebiet der Kapprovinz. Die Polizei geht mit Tränengas vor, dem ein weiteres schädliches Gas beigemischt ist, dessen Zusammensetzung von der Polizei geheimgehalten wird, so daß Ärzte keine Hilfe leisten können. Die schwarze Polizei greift die schwarze Bevölkerung an — beide sind Opfer des Rassismus.

An vorderster Front des Kampfes stehen die Frauen. Ihre Häuser sind zerstört, und sie müssen für das tägliche Brot der Familie sorgen. Aber sie werden gegen ihre Unterdrücker kämpfen, und sie werden alles tun, der Apartheid jegliche Basis zu entziehen. Sie haben Volkskomitees, Straßenkomitees und Parteikomitees gebildet. Weiße haben sich dem Kampf angeschlossen.

Doppelt Unterdrückte

Und jetzt kann ANC-Präsident Oliver Tambo sagen, daß die Samen der Macht des Volkes aufzugehen beginnen. 'Ihre Wurzeln reichen in alle Richtungen des Erdballs, und der ANC als die einzige Alternativmacht drängt nach vorn', sagt er. Die einzige Taktik, die das Apartheidssystem in diesem Moment lahmlegen kann, sind bindende Wirtschaftssanktionen. Der ANC ist darauf angewiesen, daß die internationale Gemeinschaft totale Sanktionen verhängt.

Diejenigen Regierungen, die das nicht wollen, erklären, daß sie mit der Verhängung von Sanktionen der schwarzen Bevölkerung Schaden zufügen. Gertrude ist der Auffassung, daß sich diese Regierungen besser um die Bedingungen kümmern sollten, unter denen ihre eigenen Arbeiter und Arbeitslosen leiden, und daß sie das südafrikanische Volk sich

um seine Belange sorgen lassen sollten. Das Volk weiß, was es will — umfassende Sanktionen. Es geht sogar soweit, daß es durch einen Boykott von Konsumgütern seine eigenen Sanktionen verhängt.

Dieses Jahr ist das Jahr des Umkhonto We Sizwe (MK), des militärischen Flügels des ANC. Gertrude betrachtet die Frauen als Bestandteil der gesamten Organisation, und die Frauen werden sich an allen Aktivitäten des MK beteiligen. „Von ausschlaggebender Bedeutung ist es, daß die im Ausland lebenden Kader ins Land zurückkommen. Wir erziehen unsere jungen Frauen so, daß sie als vollwertige Teilnehmer die MK-Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Landes mittragen können.“

Gibt es einen Unterschied zwischen den Frauen und Männern des ANC im Kampf gegen Apartheid? „Die Frauen kämpfen Schulter an Schulter mit den Männern. Der Kampf ist unteilbar. Es ist ein und derselbe Kampf. Aber die Frauen werden unterdrückt als Schwarze und auch

als Frauen.

Schwarze werktätige Frauen haben mehr zu leiden als die Männer, da sie durch eine Gesetzgebung — den Natal Code — unterdrückt werden, der schwarzen Frauen kein Eigentum zugesteht, weil sie nicht als Menschen zählen. Und nach der Heirat werden Frauen zu Abhängigen ohne jegliche Rechte.“

Gertrude ist verheiratet. Sie hat zwei Töchter und einen Sohn. Ihr Mann ist Gewerkschafter, den man schon mehrere Male inhaftiert hat. Sie hat gezeigt, daß Frauen Verantwortung übernehmen können, wenn ihre Männer eingekerkert sind, und wenn sie sich den Reihen des ANC anschließen, der ihre Fähigkeiten zum Nutzen des Volkes braucht und einsetzt.

„Niemand kann den Kampf für uns führen. Das müssen wir schon selbst tun.“ Gertrude Shope führt diesen guten Kampf.

(Quelle: Peace Courier, Helsinki, Nr. 9/1986, S.6)

MARXISTISCHE BLÄTTER **NEU**

Die **MARXISTISCHEN BLÄTTER** erscheinen jetzt monatlich. Neben der beträchtlich erhöhten Aktualität gewinnt die linke Debatte damit Raum. Raum für mehr Diskussion, mehr Analyse, mehr Kommentare, mehr Information. Ein neues Layout bietet zudem dem Leser mehr Übersicht, mehr Abwechslung, mehr Lesefreundlichkeit. Namhafte Autoren aus dem In- und Ausland gewährleisten die geschätzte journalistische Qualität. Jeden Monat auf mind. 80 Seiten.



Lassen Sie sich von den neuen **MARXISTISCHEN BLÄTTERN** überzeugen. Lesen Sie die **MARXISTISCHEN BLÄTTER** drei Monate lang kostenlos und unverbindlich. Schicken Sie diesen Coupon auf einer Postkarte an Plambeck & Co., Postfach 101053, 4040 Neuss 1. Vergessen Sie bitte nicht, Ihre Adresse und ihre Telefon-Nr. anzugeben.

Interview mit Isabel Allende Wir sprechen für einen Kontinent

Isabel Allende, im venezolanischen Exil lebende Nichte des 1973 ermordeten chilenischen Präsidenten Salvador Allende, sorgt derzeit für Furore in der lateinamerikanischen Literaturszene. Ihre beiden Erstlinge eroberten die Medienlisten auch der Bundesrepublik. Der Erstroman „Das Geisterhaus“ (Suhrkamp, 38 DM) wurde bereits zum Welterfolg. Ihr zweiter Roman „Von Liebe und Schatten“ (Suhrkamp, 38 DM) stieß im Januar d.J. auf Rang 1 bzw. 3 der belletristischen Bestsellerlisten hierzulande (Spiegel bzw. Stern) vor. Unser Gespräch erhellt das Selbstverständnis der peruanisch-chilenischen Schriftstellerin.

FRAGE: Welche Beweggründe und Neigungen aus Ihrer Jugend haben Sie dazu gebracht, sich der Literatur zu nähern?

I. ALLENDE: Meine Mutter sagt, daß ich von klein auf Geschichten erzählt habe. Ich weiß nicht, ob das wahr ist.

Ich habe schon immer als Journalistin gearbeitet, seit 17 Jahren. Oder es war deshalb, weil ich schon immer mit dem Wort gearbeitet habe, mit der Sprache, um zu versuchen, etwas mitzuteilen. Abgesehen davon, daß ich eine leidenschaftliche Leserin bin, habe ich nie gedacht, daß ich einmal ein Buch schreiben würde.

Lebenseinschnitt Militärputsch

FRAGE: Sie haben gesagt, daß der Militärputsch (Sturz Salvador Allendes 1973; d. Red.) Ihr Leben völlig über den Haufen geworfen hat. War es diese Tatsache, die Sie auch dazu gebracht hat, ein Buch zu schreiben?

I. ALLENDE: Ja. Ich weiß nicht, ob ich Bücher geschrieben hätte, wenn ich in Chile geblieben wäre.

Ich denke, daß mein Leben vielleicht einen anderen Lauf genommen hätte. Ich wäre weiterhin Journalistin geblieben, hätte gearbeitet wie ich immer gearbeitet habe. Und ich hätte vielleicht nicht die Notwendigkeit verspürt, in einem Buch all das loszuwerden, was ich in der Presse nicht hätte sagen können. Der Militärputsch bewirkte einen Schnitt in meinem Leben.

Als ich in Venezuela ankam, fiel es mir schwer, als Journalistin zu arbeiten, die Lage war wesentlich schlechter, was die Arbeit anbetraf. Ich habe an einer Privatschule gearbeitet und empfand ein lähmendes Heimweh, wie es viele von uns Chilenen durchmachten. Denn uns liegt es überhaupt nicht, auszuwandern

oder das Land zu verlassen. Wir sind sehr schlecht dran, wir leben unter der Last eines ungeheuren Heimwehs.

Nach vielen Jahren in Venezuela ergab sich plötzlich die Möglichkeit, ein Buch zu schreiben, fast zufällig. Der Anlaß war, daß mein Großvater im Sterben lag. Ich begann, ihm einen Brief zu schreiben, der sich danach in ein Buch verwandelte.

FRAGE: Schreiber, Sie, weil Sie die Notwendigkeit fühlen, sich in dieser Weise auszudrücken, oder weil Sie daran interessiert sind, eine persönliche oder politische Botschaft mitzuteilen.

I. ALLENDE: Ich glaube, ich schreibe, weil es mir gefällt zu erzählen. Es gefällt mir sehr, zu erzählen, die Geschichten einzufangen, die in der Luft liegen, sie in Worte zu fassen.



Ich gebe nicht vor, eine politische Botschaft mitzuteilen, oder eine Botschaft irgendeiner Art. Ich glaube nicht, daß ich irgendeine Wahrheit besitze. Jedoch ist alles was ich schreibe berührt von den Dingen, die für mich wichtig sind, und eines davon ist die politische und gesellschaftliche Lage unseres Erdteils.

Ich kann nicht aufhören, von der Diktatur zu sprechen, weil sie mich sehr betrifft, so wie ich nicht aufhören kann, von der Lage der Frau oder den vielen Formen der Gewalt zu sprechen, deren Opfer wir alle in der einen oder anderen Weise sind.

FRAGE: Was wollten Sie speziell mit dem ersten Buch „Das Geisterhaus“ mitteilen?

I. ALLENDE: Als ich das Buch begann, war meine Absicht, ein wenig die Geschichte meiner Familie zu beschreiben, aber es gesellten sich andere Personen hinzu. Immer mehr kam die Fiktion ins Spiel, die Vorstellungskraft. Und es war, als würde sich das ganze Land hineinlegen, all das, was mir an dem Land wichtig ist. Zum Schluß war es nicht mehr eine persönliche, sondern eine etwas verwickeltere Geschichte.

Ich glaube, daß viele Leute sich betroffen fühlten, daß sie fühlten, daß diese Geschichte ihre Geschichte sein könnte. Es gab viele Leute, die dort vertreten sind.

Das war nicht absichtlich. Ich wollte nicht die Geschichte anderer Leute erzählen, sondern einfach jene Geschichten erzählen, die bei mir waren, seit ich lebe, die Geschichten von meinem Großvater, von meinen Tanten...

FRAGE: Jetzt, mit dem zweiten Buch haben Sie eine Geschichte geschaffen, die von Geschnitten ausgeht, die andere Leute erlebt haben.

I. ALLENDE: Das ist ein wirkliches Ereignis, das mich gefühlsmäßig sehr be-

rührt hat. Ich habe über den Fall in Venezuela gelesen, es ist wirklich geschehen. In der Ortschaft Lonquén, 50 km von Santiago, wurden in einem aufgegebenen Bergwerk, im Jahre 1978, 15 Leichen von Bauern gefunden, die von den Militärs umgebracht worden waren. Unter ihnen befanden sich fünf Personen aus derselben Familie, aus der Familie Maureira, vier Söhne und der Vater.

Ich war in Venezuela, als ich die Geschichte las. Sie berührte mich, weil es der erste Fall eines geheimen Grabes war, das in Chile entdeckt wurde. Es war zumindest der erste Fall, der an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Es gibt tausende Verschwundene in Chile, die wahrscheinlich tot sind, aber es war das erste Mal, daß die Militärs die Sache nicht vertuschen konnten, und sie ans Licht kam.

Es war das erste Mal, daß die Militärs vor Gericht gebracht wurden. Freispruch selbstverständlich, aber der Fall war im Gespräch. Und es hat mich sehr berührt,

ten vorhergehenden Recherchen, als ob sie für ein Dokument wären und verwandelte sie dann in Fiktion. (...)

FRAGE: Sie haben anerkannt, daß die russische Literatur Sie sehr beeinflusst hat. Erkennen Sie keinen Einfluß anderer Literaturen in Ihrer Arbeit?

I. ALLENDE: Ich habe gesagt, daß mich die Literatur beeinflusst hat, die ich als Kind gelesen habe, die Vorliebe für das Abenteuer, diese großen Familiensagen der Russen, die Poesie von Pablo Neruda, alle Bücher der großen lateinamerikanischen Schriftsteller, die ich gelesen habe. Fast alle Werke von Garcia Marquez, von Mario Vargas Llosa, von Jorge Amado, von Borges, von Sabato, von unseren Schriftstellern.

Und ich glaube, daß das auch ein sehr starker Einfluß sein kann, Alejo Carpentier im besonderen. Mit geht es so, daß es mit sehr schwer fällt zu sagen, welches die Einflüsse sind, weil sich ein Schriftsteller ihrer nie bewußt ist. Es sind die Kritiker, die nachher auf sie hinweisen.

me. Wir sprechen für ein Volk, für einen Erdteil. Wir erzählen eine Wirklichkeit, verschiedene Gesichtspunkte dieser Wirklichkeit.

Deshalb überrascht mich etwas das Beharren auf einem „magischen Realismus“, weil ich empfinde, daß wir von unserer Wirklichkeit sprechen, der sichtbaren und der unsichtbaren Wirklichkeit, die durch die Emotionen, die Empfindungen, durch die Geschichte und die Bürde der Leidenschaften beeinflusst wird, die wir alle tragen, die aber auch eine Wirklichkeit ist, die unser tägliches Leben berührt.

Ich empfinde, daß wir alle dieselbe Geschichte erzählen, und ich auch Teil davon bin. Die Geschichten, die ich erzähle, sind keine Erfindungen, ich nehme sie manchmal aus den Zeitungen, aus dem, was mir die Leute auf der Straße erzählen, aus den Geschichten, die ich durchlebt habe. Es sind die gleichen Dinge, von denen alle lateinamerikanischen Schriftsteller sprechen, es ist eine Strömung. (...)

FRAGE: Wie erklären sie das lange Überleben der Diktatur von Pinochet?

I. ALLENDE: Zu dem Zeitpunkt, als der Militärputsch in Chile stattfand, war das Land in zwei praktisch unversöhnliche Lager gespalten. Der Militärputsch und die Diktatur zählten auf die Unterstützung einer ziemlich breiten zivilen Schicht, die sogar nach dem Putsch rief. Als der Putsch stattfand, zählten die Militärs nicht nur auf eine gewaltige Unterstützung von außen, sondern auch auf die eines großen Teils der Zivilbevölkerung.

Chiles Lehre fürs Leben

Eine Unterstützung, die zurückgezogen wurde, als das Land von einer Wirtschaftskrise erfaßt wurde. Die Leute ertragen noch die Unterdrückung, aber sie ertragen nicht eine Wirtschaftskrise, die das ganze Land erfaßt, die Chile immer ärmer macht mit einer privilegierten Gruppe und dem Rest, einer wachsenden Masse, die immer mehr verarmt. Der Rückzug dieser zivilen Kraft, die anfangs die Diktatur unterstützte, hat unter den Militärs eine ungeheure Zermürbung hervorgerufen. Das war ein sehr langsamer Vorgang, aber heute vollzieht er sich mit großer Kraft. (...)

Ich glaube, daß Chile gelernt hat, und ich erwarte, daß das eine Lehre fürs Leben sein wird und sich niemals wiederholen darf. Weil die politischen Parteien in Chile verboten sind, wird praktisch im Untergrund mit Volksorganisationen gearbeitet. Dies hat zu einer Stärkung der Basis geführt, was sehr wichtig für die zukünftige Demokratie ist. (...)



Putschmilitärs 1973 vor der Moneda

daß es 5 Jahre lang eine Gruppe von Frauen gegeben hat, die ihre Männer suchten.

Ich habe an die Frauen der Familie Maureira und der anderen Familien gedacht, die während 5 Jahren in den Konzentrationslagern, den Krankenhäusern, den Leichenschauhäusern ihre Männer suchten. Schließlich, mit Glück, fanden sie weiter nichts als die Leichen.

Damals wurde mir das Thema der Verschwundenen wichtig, das in Chile, in Argentinien, in Uruguay, und jetzt in Mittelamerika so alltäglich ist. Das Problem der Verschwundenen gleicht einer lateinamerikanischen Tragödie, und da wollte ich diese Geschichte erzählen, aber wie einen Roman erzählen, nicht wie ein Dokument oder eine Zeugenaussage. Trotzdem beschrieb ich die gesam-

Wenn man schreibt, ist man sich nicht bewußt, ob man einem Einfluß von irgendeiner Seite unterliegt. Ich kann mir vorstellen, daß den Malern, allen Künstlern, das gleiche passiert. Man macht, was man kann. Wahrscheinlich ist man wie ein unbeschriebenes Blatt, das mit einer Menge von Gedanken, von Kennzeichnungen, von Spuren, von Narben bedeckt wird, die sich hinterher in der Arbeit widerspiegeln und von denen man nicht weiß, das sie da sind.

FRAGE: Fühlen Sie sich als Teil einer lateinamerikanischen Literaturbewegung oder -strömung?

I. ALLENDE: Ja, ich fühle, daß wir alle die gleiche Geschichte erzählen.

Wir lateinamerikanischen Schriftsteller sind alle – mit verschiedenen Schattierungen und Tonlagen – die gleiche Stim-

Es gibt eine Reife des Volkes, das daran geht, seine Freiheit mit viel Blut zu erringen, mit vielen Schmerzen. Und es wird dann nicht genügt sein, sie aufs Neue zu verlieren. (...)

FRAGE: Welches Thema haben Sie für den nächsten Roman ausgewählt?

I. ALLENDE: Es ist das Leben einer Frau. Ich habe mir vorgenommen zu erzählen, was es bedeutet, eine Frau zu sein, als Frau geboren zu werden und zu leben, ständig allen Hindernissen zu trotzen, die einem im Weg liegen, vor allem diejenigen, die man durch die Erziehung eingetrichtert bekommt.

Ich bezwecke nicht, ein feministisches Dokument anzufertigen, so wie ich auch nie vorhatte, ein politisches Dokument anzufertigen. Aber ich beanspruche zu erzählen, was es bedeutet, eine Frau zu sein.

Ich bin Lateinamerikanerin

FRAGE: Ist es eine chilenische oder eine lateinamerikanische Frau?

I. ALLENDE: Sie ist nicht chilenisch, sie ist lateinamerikanisch. Ich erwähne das Land nicht, weil ich das in keinem der vorangegangenen Bücher getan habe, und zwar ein wenig wegen dem, über das wir vorher gesprochen haben, wegen dem lateinamerikanischen Empfinden. Es ist jetzt 13 Jahre her, seit ich nicht mehr sage: „Ich bin Chilenin.“ Ich sage: „Ich bin Lateinamerikanerin.“ Dies, weil ich fühle, daß unser Schicksal ein gemeinsames ist, und daß das Problem einer Frau in Chile oder in Venezuela oder in Brasilien das gleiche ist.

Es hängt davon ab, ob man das Glück hat, in eine privilegierte Gruppe hineingeboren zu werden, mit Zugang zur Kultur, zu Bildung und Gesundheit, oder ob man eine proletarische Frau ist, Arbeiterin, Bäuerin, Eingeborene. In welchem Teil des Erdteils man auch lebt, man wird dadurch geprägt.

(Quelle: Cuadernos del Tercer Mundo, Montevideo, Nr. 91/Oktober 1986, S. 75-80)

Rezension

Guatemala aus der Nähe betrachtet

Horst-Eckart Gross, Guatemala, Bericht über einen verdeckten Krieg, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1986, 245 S., 14,80 DM.

Für die Behörden war er bei der Einreise ein ganz normaler Tourist und blieb es auch bis zum Ende seines Aufenthalts. Durch diesen Deckmantel geschützt, gelang es Horst-Eckart Gross, freier Publizist, bei einem längeren Aufenthalt in Guatemala im Spätsommer 1984 mit zahlreichen Menschen über die Situation ihres Landes zu sprechen. Unter konspirativen Bedingungen hatte er u.a. Kontakt zu Mitgliedern der Guerillaverbände, zu Vertretern der Theologie der Befreiung und Angehörigen von Verschwundenen. Auch die Militärs waren seine Gesprächspartner.

Aus eigenen Eindrücken, Dokumenten und Gesprächsnotizen entstand sein Buch „Guatemala, Bericht über einen verdeckten Krieg“. Es gibt einen Überblick über die Lage in einem Land, in dem Folter und Mord üblich sind, und das in der internationalen Berichterstattung häufig vergessen wird.

Das große Plus des Buches ist, daß die Betroffenen selbst zu Wort kommen, daß sie selber ihre Geschichte und die Geschichte des Landes erzählen. Wer könnte das vom Militär produzierte Leid eindringlicher beschreiben als die Frau, die bei einem Mordanschlag des guatemalteckischen Geheimdienstes einen Arm verlor und deren Sohn entführt wurde? Und wer könnte den Wandel vieler Kirchenmitglieder von strammen Antikommunisten zu Kämpfern an der Seite der Guerilla eher erklären als ein spanischer Missionar, der diesen Weg gegangen ist?

Da, wo Gespräche und Dokumente nicht ausreichen, gibt Gross weitere Hintergrundinformationen. Dabei fällt die differenzierte Betrachtungsweise auf, wenn er zum Beispiel über das Verhältnis zwischen Mestizen und Indios in Guatemala schreibt. Eines der interessantesten Kapitel des Buches befaßt sich mit der Entwicklung und dem Aufbau der Armee. Mancher, der Guatemala bislang nur für eine Bananenrepublik der USA hielt, wird durch die Darstellung des Autors eines besseren belehrt. Spezielle Daten wie zur Landreform oder den sozialen Verhältnissen sind häufig in einem vom übrigen Text abgeteilten Kasten präsentiert, was die Übersicht erleichtert.

Am Ende seines Buches beurteilt Gross die Vorgänge, die sich nach seiner Rückkehr aus



Guatemala dort ereigneten. So wurde 1985 eine verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt, Anfang 1986 trat mit dem Christdemokraten Vinicio Cerezo nach 16jähriger Militärrherrschaft erstmals wieder ein ziviler Präsident die Nachfolge von Putsch-General Mejia Victores an. Doch vor diesem Wechsel erließ das Militär noch schnell eine Generalamnestie für seine Verbrechen während der Diktatur. Von den 640 Mitgliedern der berüchtigten Geheimpolizei DIT, die unter Cerezo aufgelöst wurde, kamen 470 sofort in den normalen Polizeidienst. Politisch motivierte Morde an Mitgliedern der Opposition gehören weiterhin zum Alltag.

All dies sind Vorkommnisse, die den Autor skeptisch stimmen, was eine Demokratisierung des Landes angeht. Entscheidend ist für ihn, ob das Militär zu wirklichen Zugeständnissen bereit ist.

Für alle, die mehr als nur ein oberflächliches Wissen über das Land in der Nachbarschaft von Honduras und El Salvador haben wollen, ist das Buch wärmstens zu empfehlen. Gerd Görz

- Die EPK-Drucksachen 1986:
Bd.3 **Kirchen in Südafrika mit Interviews:**
A. Boesak und M. Tsele
(9,- DM)
- Bd.4 **Gift und Geld Pestizide und Dritte Welt**
(12,- DM)
- Bd.5 **Unterdrückung oder Widerstand? Die Inkatha-Bewegung in Südafrika**
(10,- DM)

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ
Zeitschrift zu Theorie und Praxis der Entwicklungspolitik

EPK

- Fünf Themenhefte im Jahr —
z.B.:
1/86 **Zerstobene Träume — Mexiko die bürokratisierte Revolution**
(5,- DM)

- 2/86 **Gezogen und Geschoben Weltweit auf der Suche nach Arbeit**
(5,- DM)
- 3/86 **Herrscher der Meere**
(5,- DM)

EPK — die Zeitschrift mit dem Rhino
Postfach 2846 - 2000 Hamburg 20
Tel.: 040/390 52 21

Ein Jahresabonnement kostet DM 22,-
(Institutionen DM 35,-)



Wohin geht China?

Seit Jahren lese ich mit großem Interesse das AIB, eine der wenigen Zeitschriften in der BRD, die wissenschaftlich fundierte Analysen und Informationen zu den aktuellen Bewegungen und Veränderungen innerhalb des internationalen politischen, Staaten- und Wirtschaftssystems unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Länder der „Dritten Welt“ liefert.

Anlaß für meinen Brief ist der Artikel „Vor der Aussöhnung China-UdSSR?“ von G. Schucher im Heft 11/1986. Bedauerlicherweise könnte ich bisher kaum aktuelle Literatur über die VR China aufreiben, die analytisch die Hintergründe für die Entwicklungen der KP und der Außenpolitik der VR China aufzeigt. Mir geht es dabei weniger um eine chronologische Darstellung als vielmehr um die Darstellung der inneren Dialektik dieser Entwicklungen, etwa Klassenstruktur, ökonomische, politische und ideologische Entwicklungen etc. Grundfrage ist: Welche Prozesse waren und sind für die Differenzen, die zur Trennung der VR China vom sozialistischen Lager geführt

haben, verantwortlich; welche Chancen bestehen für ihre Überwindung? Ist die VR China ein sozialistisches Land? Eine marxistische Analyse müßte, jenseits der ideologischen „äußeren“ Differenzen, die zugrundeliegenden gesellschaftlichen bzw. Klassenverhältnisse berücksichtigen.

Auch außenpolitisch scheinen nationale Aspirationen zu überwiegen: kleinliche Grenzstreitigkeiten mit der UdSSR, Scharmützel mit Vietnam und zuletzt wieder mit Indien, ebenso wie die Unterstützung von Konterrevolutionären in verschiedenen Ländern, solange es gegen die UdSSR geht, lassen sich nicht mit einer verantwortungsbewußten sozialistischen Außenpolitik auf einen Nenner bringen. Der Vorwurf des angeblichen sowjetischen Expansionismus, Hauptargument der reaktionärsten imperialistischen Kriegstreiber im Westen, soll offensichtlich von den eigenen Provokationen ablenken; zumindest ist mir nicht bekannt, daß die SU irgendwelche bestehenden Grenzen in Frage stellt bzw. zusätzliches Territorium beansprucht.

Der Vorwurf des „Revisionismus“ und der „Rückkehr zum Kapitalismus“ an die UdSSR entbehrt – zumindest bei einer marxistisch-leninistischen Analyse – jeder wissenschaftlichen Grundlage und mutet geradezu albern an. Die „Supermachttheorie“ wird, in dem sie der nationalen im Gegensatz zur Klassenfrage den Vorrang gibt, zum Rechtfertigungsmittel eigener Außenpolitik.

Interessant bei alledem ist nicht nur, daß die KPCh zu Fehleinschätzungen gelangt (Drei-Welten-Theorie, Rivalität der Supermächte, Expansionismus der SU), sondern wie und warum, welches Interesse damit verbunden ist, und welche Tendenzen zu deren Aufhebung führen können.

Für nähere Ausführungen oder Literaturempfehlungen wäre ich sehr dankbar.

Johannes Rumpf, Cordoba

„Wahres Gesicht“ der Türkei

Mir hat an Ihrem Türkei-Artikel von Charles Pauli, „Hinter der Fassade der ‚Demokratisierung‘“, in AIB 12/1986 besonders gut gefallen, daß er hinter die Fassade von Scheindemokratisierung guckt und in den Mittelpunkt rückt, wie sehr trotz Wahlen, Parteien, Parlament Folter und Unterdrückung der Menschen- und Arbeiterrechte das „wahre Gesicht“ der Türkei darstellen.

Von meinen regelmäßigen Briefkontakten und teilweise auch persönlichen Kontakten mit den Familien von politischen Gefangenen bzw. den Gefangenen selbst kann ich die Tatsachen, die in Ihrem Artikel beschrieben sind, nur bestätigen. Ein weiteres aktuelles Beispiel: Erst im Oktober 1986 gab es einen längeren Hungerstreik im Gefängnis von Bartın, womit die politischen Gefangenen dort gegen die ausgesprochen schlechte Versorgung mit Trinkwasser protestierten.

Zu Ihrer Berichterstattung über die Izmir-Demonstration möchte ich noch hinzufügen, daß die Flugblätter, die als Bonbonpapier getarnt auf der Kundgebung „verteilt“ werden sollten, von der verbotenen Organisation KP der Türkei (Einheit) stammen. Servet Ziya Corakli, Mitglied des PEN-Clubs und angeklagt, Flugblätter mit der Unterschrift der KP der Türkei (Einheit) verteilt zu haben, wurde inzwischen zu einer Haftstrafe von 6 Jahren und 8 Monaten verurteilt. S.Z. Corakli ist Vorsitzender des Cinemathek-Vereins der Türkei. *A. Claußen, Bielefeld*

Beatriz Brinkmann freilassen!

Die am 19.9.1986 in Chile verhaftete und gefolterte Marburger Lehrerin Beatriz Brinkmann (siehe AIB 12/1986, S. 53) ist noch immer nicht auf freiem Fuß. Am 13. Januar d.J. lehnte der Oberste Gerichtshof die Einspruchsbeschwerde im Verfahren gegen Beatriz Brinkmann ab, wodurch sie weiterhin unbefristet ohne Festlegung eines Prozeßtermins in Haft bleibt.

Dem Rechtsanwalt wurde selbst Akteneinsicht verweigert. Die Intervention der bundesdeutschen Botschaft im Dezember 1986 blieb erfolglos, die Militärbehörden haben ihr nicht einmal eine dringend angemahnte Antwort gegeben. Da das Pinochet-Regime anscheinend Härte demonstrieren will, ist nun ein verstärkter Einsatz des Auswärtigen Amtes unbedingt erforderlich.

Als nächsten praktischen Schritt der Solidarität halten die „Initiative: Freiheit für Beatriz Brinkmann“ (c/o Ulrike Alms-Hartwig, Goldbergstr. 17, 3550 Marburg) und der Rechtsanwalt eine Postkartenaktion an den Gouverneur von Valdivia für besonders wichtig (Postkarte im Innenteil dieser Ausgabe). Damit wird ein erneuter Antrag des Anwalts auf Freilassung gegen Kautionsunterstützung.

Beteiligt Euch an der Aktion!

Menschenrechte in der Türkei

Im Januar d.J. hat die Informationsstelle Türkei Hamburg ihren „2. Gegenbericht zur Situation der Menschenrechte und Demokratisierung in der Türkei“ vorgelegt.

Der 70seitige Bericht umfaßt u.a. die Kapitel Prozesse, Gefängnisse und Folter, in denen zahlreiche Fälle eklatanter Menschenrechtsverletzungen in der Türkei geschildert werden. Das Kapitel Kurdistan stellt die brutalen Methoden des türkischen Staates zur Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung dar: Militarisierung und Terrorisierung der Region, Zwangsumsiedlungen ganzer Dörfer, systematische Verelendung usw.

Ein Sonderkapitel befaßt sich mit dem Menschenrechtsverein, der im Juli 1986 von bekannten Schriftstellern, Rechtsanwälten, Ärzten, Wissenschaftlern, Journalisten und Angehörigen politischer Gefangener gegründet wurde, und es enthält ein Interview mit einer der Mitbegründerinnen. Im Kapitel Soziale Opposition wird schließlich die aktuelle Entwicklung in den Bereichen Gewerkschaftsbewegung, 1. Mai und Studentenbewegung geschildert.

Der Bericht ist über die Informationsstelle Türkei Hamburg e.V., Sophienallee 20, 2000 Hamburg 20 zum Preis von 15 DM (plus 2 DM Porto und Versandkosten) zu beziehen.

Broschüre zur IGfM

Propagandisten des Krieges, Hintermänner der Contra: „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“

lautet der Titel einer 84-seitigen (DIN A4) Dokumentation, die jetzt vom Arbeitskreis Nicaragua in Frankfurt herausgegeben wurde. Die Broschüre soll die Geschichte, Ideologie und Arbeitsweise dieser „ehrenwerten Gesellschaft“ erhellen und Material liefern, um ihr politisch den Kampf anzusagen.

Dieser Anspruch der Herausgeber ist erfüllt worden. Sie decken die Gründung der IGfM

Edition FDCL 10



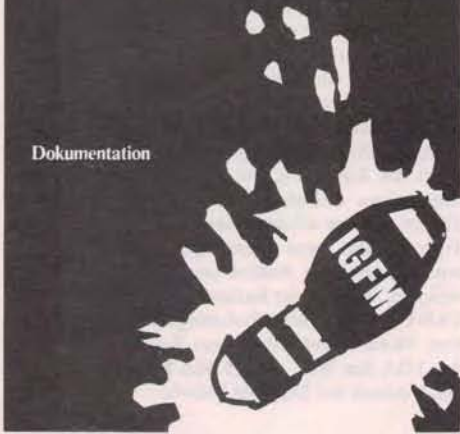
Trotz Unterdrückung durch die Militärdiktatur ist die Gewerkschaftsbewegung die stärkste organisierte politische und soziale Kraft Chiles. Die Gewerkschaftsgruppierungen, ihre Verbindungen zu Parteien, katholischer Kirche und sozialen Bewegungen sowie die Perspektive der Gewerkschaftspolitik werden auf dem Hintergrund der historischen Entwicklung analysiert.

Herbst 1986, ca. 250 Seiten DM 19,80
ISBN 3-923020-09-0

In Ihrer Buchhandlung oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, D-1000 Berlin 61

Propagandisten des Krieges Hintermänner der Contra: „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“

Dokumentation



durch konterrevolutionäre russische Emigranten und Nazikollaborateure ebenso auf wie ihre Verbindungen zu antikommunistischen Söldnertruppen, zu Geheimdiensten und zu anderen reaktionären bis faschistischen Organisationen im Geflecht der sog. „Schwarzen Internationale“.

Die Broschüre, die viele Originaldokumente und Kurzbiographien der führenden IGFM-Mitglieder enthält, zeigt auf, wie unter dem Mäntelchen der Verteidigung der Menschenrechte der psychologische Krieg gegen die sozialistischen Länder geführt und vor allem die nicaraguanische Contra unterstützt wird. Der einzige Schwachpunkt der sehr detaillierten Dokumentation liegt im geringen Stellenwert, der den Aktivitäten der IGFM für das Apartheidsystem Südafrikas und gegen die SWAPO Namibias beigemessen wird. In Zusammenarbeit mit Solidaritätsgruppen aus diesem Bereich sollte es möglich sein, diesen Mangel bei einer Neuauflage zu beseitigen.

Vertrieb gegen Vorkasse von 5 DM pro Exemplar und Porto über Arbeitskreis Nicaragua, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt. Konto: B. Bindl, BfG Frankfurt, Kto.Nr. 2755311800

22. Evangelischer Kirchentag

Der 22. Deutsche Evangelische Kirchentag, der vom 17.-20. Juni d.J. in Frankfurt zusammentritt, wird neben der Friedensfrage vom Thema Südafrika beherrscht sein. Denn der Konflikt um die Konten des Kirchentages bei der im Südafrika-Geschäft stark engagierten Deutschen Bank hat sich in den letzten Monaten stark zugespitzt. Die Teilnehmer des letzten Kirchentages hatten bereits eine Resolution verabschiedet, in der eine Kündigung der Konten bei der Deutschen Bank gefordert wurde.

Am 1.11.1986 reagierte das Präsidium des Kirchentages mit folgendem Kernsatz auf diese Forderung: „Das Präsidium konnte mehrheitlich nicht zu der Überzeugung kommen, daß ein völliger Abbruch von Geschäftsbeziehungen ein vom Bekenntnis gebotener, dem Kirchentag gemäßer oder im Blick auf die Aufgaben des Kirchentages verantwortbarer

Beitrag zur Überwindung der Apartheid wäre.“

Nach diesem Präsidiumsbeschuß kündigten verschiedene Gruppen, darunter die Anti-Apartheid-Bewegung, ihre Mitarbeit am Kirchentag auf. Am 21.1.1987 ging der Vorstand des Kirchentages über den Präsidiumsbeschuß hinaus. Die Deutsche Bank solle in den anstehenden Umschuldungsverhandlungen die Forderung nach Aufhebung der Pressezensur und des Ausnahmezustandes, nach der Freilassung der politischen Gefangenen und der Zulassung verbotener politischer Organisationen stellen.

Sollten diese Bedingungen für den Kirchentag „nicht erkennbar“ in den Gesprächen zwischen der Deutschen Bank und Südafrika gestellt werden, werde der Vorstand des Präsidiums vorschlagen, die Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Bank abzubrechen. Die meisten Dritte-Welt- und Friedensgruppen befanden diese Erklärung als unzureichend und einigten sich am 24. Januar in Mainz auf eine entsprechende „Aktionskampagne Kirche gegen Apartheid“.

Parallel zum Kirchentag wird es ein umfangreiches Programm zu Apartheid und den bundesdeutschen Beziehungen zum Apartheidstaat geben. Auch innerhalb des Kirchentages werden Gruppen in geeigneter Form ihren Protest gegen die unbefriedigende Haltung des Kirchentages in der Kontenfrage dokumentieren.

KAS gegen Die Grünen

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat eine Unterlassungsklage gegen die Fraktion der Grünen im Bundestag angestrengt, nicht mehr zu behaupten, die KAS habe Mordkommandos in Südafrika und Contras in Mittelamerika unterstützt. Die Behauptung der KAS, sie fördere in Südafrika Projekte an der Universität von Natal und am Inkhatu-Institut sehen die Grünen als Bestätigung ihrer Behauptung an. Das Institut gehört nämlich der Inkhatu-Bewegung Gutsha Buthelezis, die für eine Anzahl von Gewalttaten gegen Apartheidgegner verantwortlich ist.

Auch an die antisandinistischen Contras habe die KAS – so die Grünen – Mittel fließen lassen, und zwar über ihren ehemaligen Repräsentanten in Costa Rica, Wolfgang Picht (siehe hierzu AIB 1-2/1987, S. 24f.). Die Fraktion der Grünen erklärte, sie werde den juristischen Streit durchfechten und ihre Behauptungen vorher nicht zurücknehmen.

BRD-Libanon

Am 13. Januar d.J. wurde der Libanese Mohamed Ali Hamadei auf dem Frankfurter Flughafen festgenommen, als er sich im Besitz eines falschen Passes und von Sprengstoff befand. Wenige Tage später wurde Hamadei auf Antrag der USA in Auslieferungshaft genommen, da ihm die Beteiligung an der Entführung einer TWA-Maschine im Juni 1985 nach Beirut, wobei ein US-Marinesoldat erschossen wurde, vorgeworfen wird.

Nach der zwischen dem 17. und 20. Januar erfolgten Entführung der beiden Bundesdeutschen Cordes und Schmidt durch die schiitische Hezbollah scheint Hamadeis Auslieferung allerdings fraglich. Die Hezbollah, die für die Vertreibung Israels aus dem Südlibanon kämpft, sucht mit der Entführung die Freilassung Hamadeis zu erzwingen.

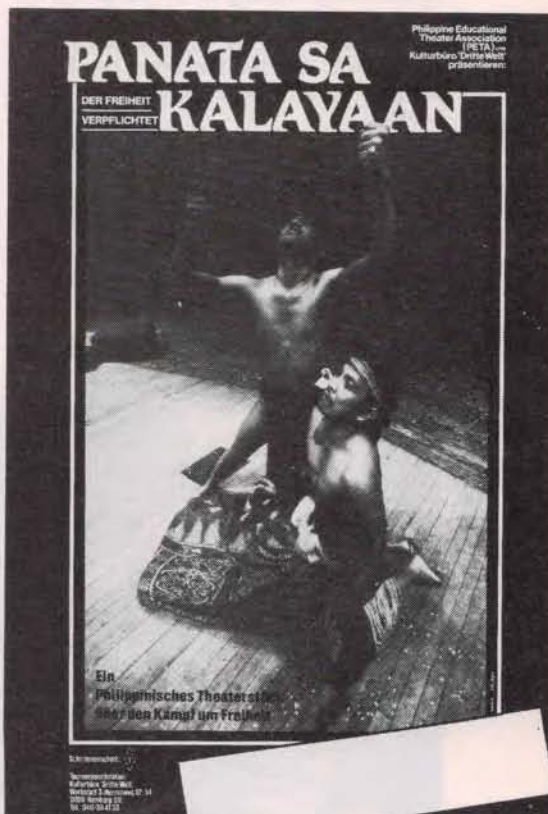
Der Bonner Krisenstab, der unter Ausschluß der Grünen agiert, hält sich vorerst alle Optionen zur Befreiung der beiden Deutschen offen – ein Einsatz der GSG 9 zur Befreiung der Geiseln würde jedoch verworfen.

Ähnlich wie die Bundesregierung plädieren vorläufig auch die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens noch für die Verhandlungslösung zur Befreiung ihrer entführten Staatsbürger. Insgesamt befinden sich zur Zeit ca. 22 Geiseln im Libanon, darunter 8 US-Bürger, 5 Franzosen und 2 Briten. Daß das Leben der westeuropäischen Geiseln jedoch nicht nur in den Händen der Entführer bzw. der westeuropäischen Regierungen liegt, wird deutlich, wenn man US-Außenminister Shultz sagen hört, „die Vereinigten Staaten müßten dann zu militärischen Mitteln greifen, wenn sie ein genau definiertes Ziel hätten“.

Philippinisches Volkstheater

Seit Anfang Februar d.J. befindet sich die Philippine Educational Theater Association (PETA) auf einer Gastspielreise in der Bundesrepublik. PETA arbeitet seit 20 Jahren als politische Theaterbewegung. Sie schöpft sowohl aus den Traditionen und Mythen des Volkes als auch aus den Formen des klassischen und modernen Theaters der westlichen Welt. Ihr neuestes Stück „Panata sa Kalayaan“ (Der Freiheit verpflichtet) zeichnet den Weg des philippinischen Volkes nach – von der Unterdrückung zur Befreiung von der Marcos-Diktatur. Der zweite Teil des Stückes ist der politischen Entwicklung nach dem Sturz des Diktators gewidmet. PETA zeigt die Schwierigkeiten auf, die erlangte Freiheit im politischen Alltag durchzusetzen.

Das 27köpfige Ensemble tritt u.a. auf in Hamburg (27.2.), Göttingen (1.3.), München (9./10.3.), Mainz (7.4.), Hannover (11.4.) und West-Berlin (18.5.).



Kurzinformationen

Chile

Am 6. Januar d.J. wurde der seit dem 7.9. 1986 bestehende Belagerungszustand, der nach dem Anschlag auf Pinochet vom September 1986 verhängt worden war (siehe AIB 11/1986), vom Regime nicht weiter verlängert.

Kurz zuvor war bereits die Ausgangssperre aufgehoben worden und Pinochet hatte in seiner Neujahrsansprache angekündigt, daß den meisten Exilierten die Rückkehr gestattet würde. Diese Maßnahmen dienen – vor allem angesichts des im April d.J. anstehenden Papstbesuches – der Aufbesserung des internationalen Ansehens des Regimes.

Mit dem am 15. Januar d.J. von der Militärjunta verabschiedeten Parteiengesetz soll ein weiterer Keil zwischen die Oppositionsparteien getrieben werden. Nach den Bestimmungen des Gesetzes sollen marxistische Parteien weiterhin verboten bleiben. Die anderen müssen 35.000 Unterschriften beibringen, um legalisiert zu werden, und die Namen ihrer Mitglieder den Militärbehörden mitteilen. Ihre Tätigkeit soll außerdem streng vom Regime überwacht werden.

Die Linksparteien der Demokratischen Volksbewegung (MDP) bezeichneten das Gesetz als „eine Farce, die von der Diktatur dazu bestimmt ist, sie zu institutionalisieren und die Wiederwahl Pinochets zu garantieren“. Während die Parteien der Rechten das Gesetz akzeptieren, herrscht bei denen der Mitte Kritik vor, wobei jedoch nicht alle das Gesetz insgesamt ablehnen. Der Vizepräsident der Christdemokraten, Claudio Huepe, erklärte, daß seine Partei sich „niemals unter den Bedingungen dieses Gesetzes registrieren lassen“ würde.

Ecuador

In einer Sondersitzung am 20. Januar d.J. forderte das Parlament Präsident Febres Cordero zum Rücktritt auf. Die notwendige Zweidrittelmehrheit, die den Staatschef zur Abdankung gezwungen hätte, kam jedoch nicht zustande.

Febres Cordero war am 16. Januar von rebellierenden Fallschirmjägern entführt worden. Mit der Zusicherung, den Geiselnern Straffreiheit zu gewähren, wurde der Politiker wenig später im Austausch gegen den früheren Luftwaffengeneral René Vargas freigelassen. Vargas befand sich seit einem mißglückten Putschversuch im März 1986 in Haft.

Ecuadors Präsident Febres (l.) nach seiner Entführung mit Verteidigungsminister Salazar



Die Parlamentsmehrheit aus linken, sozial- und christdemokratischen Oppositionsparteien beschuldigte den Präsidenten, durch seine Ablehnung der vom Kongreß bereits im September 1986 beschlossenen Amnestie für Vargas den Vorfall provoziert zu haben. Außerdem lasteten sie dem Reagan-Freund Febres zahlreiche Verstöße gegen die Verfassung und Menschenrechte, die Mißachtung von Kongreßentscheidungen und eine zunehmende Einschränkung der Pressefreiheit an.

Ein formelles Verfahren zur Absetzung von Febres scheiterte an der Zustimmung der Abgeordneten der Demokratischen Linken, nachdem Militärkreise andernfalls eine Auflösung des Parlaments angedroht hatten. Die Demokratische Linke, die die stärkste Fraktion stellt, hofft bei den 1988 anstehenden Präsidentschaftswahlen auf einen Sieg, da sich in Ecuador ein wachsender Unmut über die Auswirkungen (Arbeitslosigkeit, Inflation) der ultraliberalen Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung (vgl. AIB 7/1986) ausbreitet.

Mittelamerika

Ein Versuch den Contadora-Friedensprozeß, der zu einer Verhandlungslösung der mittelamerikanischen Krise führen soll, wiederzubeleben, ist im Januar d.J. gescheitert.

Die Außenminister der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Kolumbien und Venezuela) und der Unterstützerguppe (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Peru) sowie die Generalsekretäre der UNO, Perez de Cuellar, und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Baena Soares, hatten am 19. und 20. Januar d.J. Gespräche mit den Staatsoberhäuptern von Costa Rica, Nicaragua, Honduras, El Salvador und Guatemala geführt. Die USA hatten bereits im Vorfeld der Friedensmission die „Gruppe der Zehn“ versucht die Teilnahme der Generalsekretäre von UNO und OAS und damit die Aufwertung der Rundreise zu verhindern.

Eine Einigung scheiterte erneut an der Haltung von Costa Rica, El Salvador und Honduras, die in Übernahme der US-Position forderten, Nicaragua müsse demokratisiert werden, und die erklärten, Verhandlungen seien erst möglich, wenn Nicaragua seine Klage vor dem Haager Gericht gegen Honduras und Costa Rica wegen Unterstützung der Contras zurückzöge. Nicaragua hat als Voraussetzung für eine Einigung erneut die Beendigung der US-Aggression gefordert. Damit könnten dann auch alle Bestimmungen der am 9. Januar d.J. verkündeten Verfassung in Kraft treten.

Tschad

In den ersten Januartagen 1987 gelang es Einheiten der Nationalen Streitkräfte des Tschad (FANT) unter Präsident Hissène Habré im Verein mit Einheiten, die sich von der Übergangsregierung der Nationalen Einheit (GUNT) abgespalten hatten, die Oasen Fada und Zouar im Nordosten bzw. -westen des Tschad zu erobern. Der gesamte Teil des Tschad nördlich des 16. Breitengrades war bisher von der GUNT und libyschen Truppen kontrolliert worden. Im Süden unterstützten 1.200 französische Soldaten die Regierung in N'Djamena. Französische Flugzeuge hatten am 16.12. 1986 die Einheiten, die sich von der GUNT abgespalten hatten und sich im nördlichen Tibesti-Gebirge schwere Kämpfe mit libyschen Truppen und ihren ehemaligen Kampfgefährten lieferten, mit Waffen und Militärberatern versorgt. Tags zuvor hatten die Einheiten der FANT ihre Offensive Richtung Norden begonnen. Massive Waffenhilfe aus Frankreich und den USA (im Wert von 15 Mio \$) ermöglichte den Vorstoß der Truppen Habrés.

Sambia

Eine Preiserhöhung von 120% für eine bestimmte Maismehlsorte im Rahmen eines Sparprogramms des Internationalen Währungsfonds (IMF) führte im Dezember 1986 in den Städten des Kupfergürtels Sambias zu massiven Demonstrationen und Plünderungen. Nach Armee- und Polizeieinsätzen, bei denen 15 Personen ums Leben kamen, nahm die Regierung die Preiserhöhung zurück.

Die Regierung versucht schon seit Jahren mit Hilfe des IMF die schon über 10 Jahre dauernde Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen. Die Wurzel der Krise liegt in dem auf dem Kupferexport gründenden Akkumulationsmodell. Der Kupferpreis ist schon Jahre sehr niedrig, seine Erholung nicht zu erwarten. Die Regierung versäumte es, die Jahre des Kupferbooms zu einer gezielten Diversifikation der Wirtschaft und einem Abbau der Importabhängigkeit zu nutzen. Die Industrie steckt durch den Devisenmangel in großen Schwierigkeiten.

Die Auslandsverschuldung beträgt ca. 4,5 Mrd \$, der Schuldendienst verschlingt selbst unter günstigsten Umschuldungsbedingungen 40-50% der Exporterlöse. Am stärksten von der Krise betroffen ist die ständig wachsende Zahl der städtischen Armen.

Bei den jüngsten Unruhen wurden Symbole des Luxuskonsums, aber auch Häuser von Funktionären der regierenden Vereinigten Nationalen Unabhängigkeitspartei (UNIP), von der aufgebrachten Bevölkerung gezielt zerstört. Die Unterwerfung unter das Diktat des IMF, aber auch Sambias aktives Engagement in der Sanktionsfrage sind in politischen Kreisen nicht unumstritten.

Ein Weg aus der Dauerkrise zeichnet sich nicht ab. In Ermangelung einer organisierten Opposition findet der soziale Unmut seinen Ausdruck in hoher individueller Kriminalität und Gewalt.

Philippinen

Bei einer Volksabstimmung sprachen sich am 2. Februar d.J. fast 80% der Philippinos für eine neue Verfassung aus. Die massive Wahlbeteiligung und der hohe Anteil an Ja-Stimmen



Die NPA-Guerilleros setzen nach dem Ende des Waffenstillstands ihren Kampf fort

darf vor allem als Zurückweisung der Ultra-rechten gewertet werden.

Ein von der Armee am 22. Januar d.J. verübtes Massaker an über 20 demonstrierenden Bauern in Manila und ein dilettantischer Putschversuch von Anhängern des ehemaligen Diktators Ferdinand Marcos am 27. Januar haben die Präsidentin „Cory“ Aquino als vermeintliche Alternative zu den Gegnern demokratischer und sozialer Reformen und Verhandlungen mit den Linken erscheinen lassen. Durch das Referendum wurde sie zudem bis 1992 in ihrem Amt bestätigt.

Viele linke Organisationen, darunter das legale Bündnis Bayan und die neugegründete Volkspartei (PnB) hatten mit Vorbehalten für ein Ja zur Verfassung aufgerufen. Andere, darunter die Nationale Demokratische Front (NDF), die größte Gewerkschaft Bewegung 1. Mai (KMU) und die Philippinische Bauernbewegung (KMP) hatten für Nein votiert, da die Verfassung weder eine Landreform noch einen Abzug der US-Basen vorsieht und das weitere Eindringen des ausländischen Kapitals fest-schreibt.

Am 30. Januar beendete die NDF die Verhandlungen mit der Regierung, die nach Beginn eines zweimonatigen Waffenstillstands am 10.12.1986 aufgenommen worden waren. Grund dafür war nicht nur die Ermordung der über 20 Bauern, sondern die Unnachgiebigkeit der Regierung, soziale Reformen, darunter vor allem eine Landreform einzuleiten. Daß die Regierung ihre Politik eines „ungerechten Friedens“, wie es die NDF nannte, fortsetzen will, zeigt auch das Verbot für die PnB, an Wahlen teilzunehmen, und die Verkündung eines 1-Mrd-\$-Programms, mit dem Land und andere Vergünstigungen für desertierende Mitglieder der NPA gekauft werden sollen.

Indien-Pakistan

Am 23. Januar d.J. versetzte Indien seine Truppen in Alarmbereitschaft und schloß die Grenzen zum westlichen Nachbarstaat Pakistan. Der Grund für diese Maßnahme war die Tatsache, daß Pakistan nach Manövern nahe der indischen Grenze 14 von insgesamt 17 Divisionen in ihren Stellungen beließ. Bereits Mitte des Monats war es zu Scharmützeln in der Grenzprovinz Kaschmir gekommen.

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern hatten sich in den letzten Monaten zunehmend verschlechtert. Indien warf Pakistan wiederholt vor, Sikh-Rebellen im indischen Bundesstaat Pandschab zu unterstützen und ihnen die Unterhaltung von militärischen Ausbildungslagern zu gestatten.

Hauptgrund für die Spannungen ist aber die von den USA finanzierte militärische Auf-

rüstung Pakistans. So soll das Land jetzt AWACS-Frühwarnflugzeuge erhalten, die nach Ansicht Indiens das militärische Gleichgewicht zwischen beiden Ländern zerstören. Besorgnis löst in Indien auch aus, daß Pakistan mit US-amerikanischer Duldung dabei ist, eine eigene Atombombe zu entwickeln.

Ob es nach einem Abkommen über den jeweiligen Rückzug der Truppen aus dem Grenzgebiet zwischen beiden Staaten am 4. Februar d.J. zu einer Entspannung der Beziehungen kommt, bleibt abzuwarten.

Afghanistan

Die bislang weitreichendste Initiative in Richtung eines Verhandlungsfriedens unternahmen zur Jahreswende 1986/87 die Regierungen Afghanistans und der Sowjetunion. Von einem Moskau-Besuch Mitte Dezember 1986 hatte der neugewählte Revolutionsratsvorsitzende Mohammad Najib zunächst die Idee mitgebracht, eine „Regierung der nationalen Versöhnung“ zu bilden. Am 3. Januar d.J. wurde beschlossen, auf zentraler und örtlicher Ebene Versöhnungskommissionen zu gründen, ausgestattet u.a. mit der Befugnis, in Friedensverhandlungen mit „bewaffneten Oppositionsgruppen“ einzutreten.

Gekoppelt wurde dies mit der Verkündung eines einseitigen afghanisch-sowjetischen Waffenstillstands für 6 Monate, der zum 15. Januar in Kraft trat. Bei einem Kabul-Besuch am 5. Januar sicherte der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse zu, Moskau werde Najibs Kurs der gesamtationalen Aussöhnung „mit allen Mitteln unterstützen“ und seinerseits die Verhandlungsanstrengungen – sei es in Genf, Islamabad oder New York – intensivieren.

Vizeaußenminister Anatoli Kowaljow hielt sich Mitte Januar zu Verhandlungen mit der Regierung Zia ul-Haqs in Islamabad auf. Mit Blick auf die Mitte Februar in Genf unter UN-Vermittlung wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen Afghanistan und Pakistan (siehe AIB 1-2/1987, S. 62ff.) erklärte Schewardnadse: „Wer es mit Afghanistan tatsächlich gut meint, muß praktisch zu einer politischen Regelung beitragen. Sie ist heute wie nie zuvor greifbar und real.“

Auch im strittigsten Verhandlungspunkt, dem Zeitplan für den sowjetischen Truppenabzug, wird Moskau weitere Konzessionswilligkeit nachgesagt: War im Vorjahr von einer Vierjahrespanne die Rede, so spricht man nunmehr von 18-24 Monaten.

Teile der Reagan-Administration und die Allianz der sieben Exilführer der afghanischen Contra verwarfen, anders als die Regierung Pakistans, auch diese Friedensinitiative. Am 18. Januar erklärte die Allianz in Peschawar ihr Nein zur nationalen Aussöhnung und zum Waffenstillstand. Ihre sog. Alternative: Sturz des Najib-Regimes, Bildung einer „islamischen Regierung“ und eines „islamischen Staates“, mit den Fundamentalisten um Hekmatjar an der Spitze.

Islamische Konferenz

Die 5. Islamische Gipfelkonferenz, die vom 27.-29. Januar d.J. in Kuwait tagte, stand im Zeichen der „Besorgnis über die Fortdauer der Eskalation“ im Golfkrieg – wie es in der Schlußresolution heißt. In ihr appellieren die 44 Konferenzteilnehmer weiter an die Regie-

rungen Irans und Iraks, „sofort alle militärischen Operationen einzustellen“, nach einer friedlichen Lösung des Konflikts zu suchen und die Kriegsgefangenen auszutauschen. Einmal mehr bietet die Konferenz ihre Vermittlungsdienste an, die ein „Komitee des guten Willens“ unter Vorsitz von Gabuns Präsident Djawara wahrnehmen soll.

Teheran, das mit der Januaroffensive auf Basra erneut Geländegewinne, aber keinen Durchbruch erzielte, boykottierte den Kuwaiter Gipfel. Afghanistan war nicht eingeladen worden. Dafür war erstmals wieder das 1978 ge-bannte Ägypten (Separatfrieden mit Israel, USA) mit von der Partie.

Neben dem Schwerpunkt Golfkrieg stand der Nahost- bzw. Palästinakonflikt im Vordergrund. Die islamischen Staaten bekräftigten ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Im Schlußdokument wird Israels Rückzug aus allen besetzten Gebieten, einschließlich dem syrischen Golan und Jerusalem, sowie ein Palästinenserstaat gemäß dem arabischen Friedensplan von Fes 1982 gefordert. Abgelehnt werden „alle separaten Übereinkommen“ mit Israel. Stattdessen verlangte man eine internationale Nahostkonferenz unter Schirmherrschaft der UNO und unter Beteiligung der PLO.

Zur Afghanistankrise wurde die Forderung nach dem Abzug der sowjetischen Truppen auf Initiative Pakistans(!) hin ergänzt um eine positive Wertung der jüngsten afghanisch-sowjetischen Friedensinitiative (siehe Afghanistan-KI). Letzteres stieß auf den Protest der afghanischen Contra-Allianz, die auf der Islamischen Konferenz Gaststatus genießt.

Der Kuwaiter Gipfel verurteilte ferner die bedingungslose US-Unterstützung für Israel wie die Apartheidpolitik Südafrikas. Und sie forderte die Unabhängigkeit Namibias.

Verschuldung

Die Wirtschafts- und Schuldensituation Lateinamerikas stand im Zentrum der Sonderkonferenz der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL), die im Januar d.J. eine Woche lang in Mexiko-Stadt tagte.

Die am 23.1.1987 verabschiedete „Erklärung von Mexiko“ stellt fest, daß die Schulden der Region (1986: 382 Mrd \$) trotz gesunkener internationaler Zinsen unter den „gegenwärtigen Bedingungen und ohne eine günstigere Wirtschaftsentwicklung“ nicht bezahlbar seien und plädiert für eine Bindung der Schuldendienstzahlungen an die Wirtschaftskraft sowie Verhandlungen zwischen Schuldnern und Gläubigern. Die lateinamerikanische Region befindet sich in der schwersten und ausgedehntesten Krise der vergangenen 50 Jahre. Rund 35% aller Exporteinnahmen würden in den Schuldendienst fließen.

Nicaragua und Kuba forderten eine „Front der Schuldner“ und betonten, wie die meisten lateinamerikanischen Teilnehmer auch, die äußeren Ursachen der Verschuldung: Rohstoffpreisverfall, Protektionismus und das „Chaos“ im internationalen Währungssystem. Sieben Industrienationen (u.a. die USA und Großbritannien), die als bedeutende Gläubigerstaaten ebenfalls der CEPAL angehören, unterzeichneten dieses Dokument nicht und verwiesen dagegen auf die Notwendigkeit interner Strukturanpassungsmaßnahmen zur Lösung der Schuldenprobleme.

G 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungsgebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Elisabeth Feimann
Ich war ein Contra
Bekennnis eines antisandinistischen Kommandanten
Pahl-Rugenstein-Verlag
120 Seiten, 9,80 DM

Vukani-Makhosikazi
Frauen in Südafrika
Bilder und Texte
Pahl-Rugenstein-Verlag
288 Seiten, 16,80 DM

Jochen Hippler
Krieg im Frieden
Amerikanische Strategien für die Dritte Welt
Pahl-Rugenstein-Verlag
180 Seiten, 14,80 DM